



65. Sitzung

Mittwoch, 11. Oktober 2006

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Vortrag zum sechzigjährigen Bestehen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Franklin Kopitzsch 3411 A

Wolfhard Ploog CDU 3422 D, 3427 C

Dr. Andreas Dressel SPD 3424 A

Antje Möller GAL 3425 A, 3428 A

Aydan Özoguz SPD 3426 C

Mitteilungen des Präsidenten

Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung 3417 C

Zur Geschäftsordnung

Christian Maaß GAL 3417 D

Klaus-Peter Hesse CDU 3418 A

Dr. Till Steffen GAL 3418 B

Beschlüsse 3418 C

Aktuelle Stunde 3418 D

Fraktion der CDU:

Kein Kind aus den Augen verlieren – wir brauchen ein Schülerregister

mit

Fraktion der GAL:

Hamburg schützt seine Kinder: Recht auf Bildung und Schulbesuch für alle wahren!

Robert Heinemann CDU 3419 A, 3425 D

Wilfried Buss SPD 3419 D

Christa Goetsch GAL 3420 C, 3427 A

Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin 3421 C

Fraktion der SPD:

Gemeinsam für Airbus: Standort und Arbeitsplätze für Hamburg sichern

Dr. Mathias Petersen SPD 3428 C

Barbara Ahrons CDU 3429 B

Gudrun Köncke GAL 3430 A

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 27 Abgeordneten für die Regionalkonferenz 2006 zur Metropolregion Hamburg

– Drs 18/5074 – 3430 D

Zur Geschäftsordnung

Gesine Dräger SPD 3430 D

Hans-Detlef Rook CDU 3431 A

Christa Goetsch GAL 3431 C

Beschluss 3431 D

Ergebnis 3465

Antrag der Fraktion der GAL:

Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn schnell und umfassend realisieren!

– Drs 18/5072 – 3432 A

dazu		Michael Neumann SPD	3448 B
Interfraktioneller Antrag:		Dr. Till Steffen GAL	3449 A
Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn finanziell absichern – Hamburg ist dabei!		Dr. Manfred Jäger CDU	3450 C
– Drs 18/5115 –	3432 A	Barbara Duden SPD	3451 D
Klaus-Peter Hesse CDU	3432 A	Christian Maaß GAL	3453 C
Jenspeter Rosenfeldt SPD	3433 C	Bernd Reinert CDU	3454 C
Jörg Lühmann GAL	3434 C, 3437 B	Dr. Andreas Dressel SPD	3455 C
Dr. Michael Freytag, Senator	3435 B	Christa Goetsch GAL	3457 A
Ekkehart Wersich CDU	3435 D	Henning Finck CDU	3457 C
Jan Quast SPD	3436 C	Dr. Willfried Maier GAL	3458 A
Martina Gregersen GAL	3437 B	Beschlüsse	3459 B
Beschlüsse	3437 C	Antrag der Fraktion der CDU:	
Bericht des Innenausschusses:		Fußball-WM-Sause auf dem Heiligengeistfeld – Public Viewing und Fan-Fest zur Fußball-EM 2008	
"Terrorismusabwehrkonzept"		– Drs 18/5063 –	3459 D
– Drs 18/5040 –	3437 D	Beschluss	3459 D
Dr. Manfred Jäger CDU	3437 D	Antrag der Fraktion der SPD:	
Dr. Andreas Dressel SPD	3438 D	Gesundheitsvorsorgebestimmungen in Hamburger Kitas endlich umsetzen!	
Dr. Till Steffen GAL	3440 A	– Drs 18/5067 –	3460 A
Udo Nagel, Senator	3440 D	Carola Veit SPD	3460 A
Aydan Özoguz SPD	3442 A	Harald Krüger CDU	3461 B
Beschluss	3442 D	Christiane Blömeke GAL	3462 B
Antrag der Fraktion der SPD:		Beschluss	3462 D
Ursachen für den Rückgang des Wohnungsbaus sowie für das Scheitern des Wohnungsbauprogramms 2005/2006 analysieren und Konsequenzen ziehen		Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:	
– Drs 18/5070 –	3442 C	Keine Diskriminierung von Menschen mit Behinderung beim Erwerb von Bahn-Tickets!	
Jan Quast SPD	3442 C	– Drs 18/5029 –	3462 D
Hans-Detlef Roock CDU	3443 B	Beschluss	3462 D
Claudius Lieven GAL	3444 A	Bericht des Eingabenausschusses:	
Beschluss	3444 D	Eingaben	
Bericht des Verfassungsausschusses:		– Drs 18/5047 –	3463 A
Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen		Beschlüsse	3463 A
– Drs 18/4889 –	3444 D	Sammelübersicht	3463 A
dazu		Beschlüsse	3463 A
Antrag der Fraktion der CDU:		Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen/ Bezirksverwaltungsgesetz Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft		Verordnetes Personalkarussell bei unserer Hamburger Polizei	
– Drs 18/5111 –	3444 D	– Drs 18/4882 –	3463 B
Farid Müller GAL	3444 D	Beschlüsse	3463 B
Kai Voet van Vormizeele CDU	3446 B		

Bericht des Verfassungsausschusses:

**10. Gesetz zur Änderung der Verfassung
der Freien und Hansestadt Hamburg**

– Drs 18/4997 – 3463 B

Beschluss 3463 C

Bericht des Innenausschusses:

Verwahrplatz Tiefstack-Rothenburgsort

– Drs 18/5039 – 3463 D

Beschlüsse 3463 D

Antrag der Fraktion der SPD:

100 Jahre Verkehrsknoten Hauptbahnhof

– Drs 18/5068 – 3464 A

Beschluss 3464 A

Antrag der Fraktion der SPD:

Erfolgsgeschichte des Planetariums

im Stadtpark fortsetzen

– Drs 18/5069 – 3464 A

Beschluss 3464 A

A **Beginn: 15.02 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Professor Kopitzsch. Am 13. Oktober 1946, also fast genau auf den Tag vor 60 Jahren, fanden in Hamburg die ersten Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Nach 14 Jahren Gewaltherrschaft gab es in einem deutschen Bundesstaat wieder ein Landesparlament, das frei und demokratisch von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt wurde.

Die drei in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen historischen Neuanfang heute mit einer Festrede des Hamburger Historikers Professor Franklin Kopitzsch zu würdigen. Herr Kopitzsch, der sich bereit erklärt hat, die Geschichte der Bürgerschaft auf diese Weise zu dokumentieren, ist Leiter der Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg.

Bevor wir mit der Tagesordnung der regulären Sitzung beginnen, darf ich daher Herrn Professor Kopitzsch an das Rednerpult bitten.

(Beifall im ganzen Hause)

Dr. Franklin Kopitzsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erinnern für Gegenwart und Zukunft: Von den Anfängen der Demokratie in Hamburg. Am 13. Oktober, vor fast genau 60 Jahren, wählten die Hamburgerinnen und Hamburger zum ersten Mal nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkrieges ihr Parlament, die Bürgerschaft. Am 30. Oktober 1946 versammelte sich dann in diesem Plenarsaal die neu gewählte Bürgerschaft zu ihrer konstituierenden Sitzung. Diese Tage waren zentrale Marksteine in der hamburgischen Parlamentsgeschichte, vergleichbar mit dem 14. Dezember 1848, dem 6. Dezember 1859, dem 24. März 1919 und eng verknüpft mit dem 8. März 1933 und dem 27. Februar 1946, allesamt Daten, die es verdienen, stärker im historisch-politischen Bewusstsein der Hamburgerinnen und Hamburger verankert zu werden. Sie stehen für wichtige Stationen auf dem Weg zur Demokratie, der auch in Hamburg ein langer und schwieriger war.

Ich freue mich, dass Sie, Herr Bürgerschaftspräsident Röder, wie Ihre Vorgänger und Vorgängerinnen den Wert der historischen Erinnerung als Teil der politischen Kultur erkennen und mit Veranstaltungen und Veröffentlichungen dazu beitragen, dass der kritische Umgang mit unserer Geschichte, die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit von der Bürgerschaft gefördert werden.

Vom 5. Oktober bis zum 4. Dezember 1848 wählten rund 50 Prozent der wahlberechtigten über 22-jährigen männlichen Staatsangehörigen die Konstituante, die Verfassunggebende Versammlung. Der Dachdecker David Christopher Mettlerkamp, ein Veteran der Befreiungskriege und Mitbegründer des Kunstvereins, eröffnete am 14. Dezember 1848 im Haus der Patriotischen Gesellschaft an der Trostbrücke die erste Sitzung und erklärte:

"Gleiche politische und bürgerliche Berechtigung aller Staatsangehörigen an diejenigen Anordnungen ihrer gesellschaftlichen Beziehungen, nach denen sie unter wechselseitigen Dienst- und Hilfsleistungen miteinander

der ruhig und friedlich leben wollen, ist eine unabwiesbare Forderung der Vernunft und des sittlichen Willens."

Das durchzusetzen war nach Mettlerkamp die Aufgabe der Zeit.

"Wir sollen durch Vereinfachung und Sparsamkeit in unserem Staatshaushalt auf die Verbesserung unserer Finanzen, auf die Hebung unseres Wohlstandes hinwirken, auf gerechte Verteilung der Staatslasten, auf schnelle und wohlfeile Rechtspflege, auf zweckmäßigen und vollständigen Schulunterricht, auf Hebung des Gewerbestandes, auf Sicherung jedweder individueller Freiheit innerhalb ihrer sittlichen Grenzen sollen wir hinwirken und die dazu erforderlichen Gesetzesschranken bezeichnen."

So aktuell und modern sind zuweilen die Forderungen, die Programme der Altvorderen! Das Werk der Konstituante scheiterte 1849/50 an den gegenrevolutionären Kräften in der Stadt wie im Deutschen Bund und ihrem geschickten Zusammenspiel.

Erst ein Jahrzehnt später, vom 14. bis zum 21. November 1859, wählten die "volljährigen männlichen hamburgischen Staatsangehörigen" die neue Bürgerschaft. 84 Abgeordnete wurden in allgemeiner Wahl bestimmt, 60 von den Notabeln, Bürgern, die ein Ehrenamt innehatten, gewählt, 48 von den Grundeigentümern. Bei allen Modifikationen blieb es bis zum Ende des Kaiserreichs bei der Bevorzugung dieser beiden Gruppen. Alterspräsident der konstituierenden Sitzung am 6. Dezember 1859, wiederum im Haus der Patriotischen Gesellschaft, war der Kaufmann und Reeder Robert Miles Sloman, ein gebürtiger Engländer, der 1848 einer der engagiertesten Vorkämpfer einer deutschen Flotte gewesen war. Er sah in der neuen Bürgerschaft "das Werk des Fortschrittes, durch die öffentliche Meinung und die Tendenzen der Zeit hervorgerufen". Die Öffentlichkeit der Verhandlungen und die Freiheit der Diskussionen machten für ihn den entscheidenden Unterschied zur alten Erbgesessenen Bürgerschaft aus. Diese waren ihm "das Palladium unserer bürgerlichen Rechte und die Mittel, durch welche wir zur Erlangung der vielen Reformen, der wir bedürfen, kommen werden".

Erster Präsident wurde Johannes Versmann, der 1848/49 mit seinem St. Pauli-Bürgerverein und in der Konstituante für die Demokratie eingetreten war. Er erinnerte denn auch an "die vereitelten Hoffnungen, das Hin- und Herschwanken der Meinungen, die verschiedenen Partheien, welche unseren, gerade vor Allem ein friedliches Zusammenleben der Bürger heischenden kleinen Staat Jahrelang zerklüfteten. Er erhoffte sich mit dem 6. Dezember 1859 "den Anfang einer neuen glücklichen Ära für unsere geliebte Vaterstadt, den Beginn einer langen Epoche inneren Friedens und äußeren Glückes!".

Vizepräsident wurde 1859 ein Hamburger Jude, Gabriel Riesser. Als einer der führenden Köpfe der Paulskirche hatte er sich schon 1848/49 große Verdienste um den Parlamentarismus und die Grundrechte der Deutschen erworben. 1861 und 1862 wählte die Bürgerschaft Isaac Wolffson zu ihrem Präsidenten. Mit ihm wurde zum ersten Mal ein jüdischer Mitbürger Präsident eines deutschen Landesparlamentes. Ihm folgte von 1892 bis 1902 mit Siegmund Hinrichsen ein weiterer Hamburger Jude und um das Gemeinwohl verdienter Patriot.

B

C

D

A Mit der Verfassung von 1860 setzte in der Tat ein Modernisierungsschub ein. Bis zum Ersten Weltkrieg wurde Hamburg zur Millionenstadt, zum drittgrößten Hafen der Welt und zu einer Industriemetropole. Doch die Demokratisierung blieb stecken. 1890 gab es bei 623 000 Einwohnern 138 000 Reichstagswähler, aber nur 23 000 Bürgerschaftswähler. Nachdem 1901 und 1904 die ersten Sozialdemokraten in die nun im Rathaus beheimatete Bürgerschaft einzogen, führte die Bürgerschaftsmehrheit 1906 gegen den Widerstand der Vereinigten Liberalen um Carl Petersen und der Sozialdemokraten um Otto Stolten ein Klassenwahlrecht ein, das der Historiker Hans Wilhelm Eckardt treffend charakterisiert hat: Von nun 160 Sitzen in der Bürgerschaft stellte "die Minderheit der gut situierten Bürger 128, die Mehrheit der weniger gut verdienenden Bürger jedoch nur 24 Sitze" und "die Masse der Einwohner" war "überhaupt nicht repräsentiert". Eine Epoche "äußeren Glückes" war die Ära nach 1859, eine des "inneren Friedens" nicht. Sozialistengesetz und Politische Polizei, Choleraepidemie 1892, Hafenarbeiterstreik 1896/97, "Wahlrechtsraub" 1906 markieren die Konflikte und Krisen deutlich. Viel zu spät, im Oktober/November 1918, waren Senat und Bürgerschaft zu einer Verfassungs- und Wahlrechtsreform bereit.

Die Revolution erzwang eine grundlegende Neuordnung. Am 16. März 1919 wählten 80,6 Prozent der wahlberechtigten Männer und Frauen die neue Bürgerschaft. Alterspräsidentin wurde Helene Lange, eine der großen Vorkämpferinnen der deutschen Frauenbewegung, die seit 1916 in Hamburg lebte und am Sozialpädagogischen Institut unterrichtete. Sie gehörte der Deutschen Demokratischen Partei an.

B Helene Lange war am 9. April 1848 geboren worden, in jenem Jahr, in dem erstmals auch die Frauen Gleichberechtigung und politische Teilhabe gefordert hatten. In ihrer Ansprache widmete sie sich dem "Neubau" des Staates und der zu schaffenden Verfassung als "Grundlage unseres Staatslebens, von der die überzeugende und überwindende Kraft politischer Gerechtigkeit und sozialen Geistes ausgeht". Bei allen politischen Gegensätzen gelte es, "Einheiten" zu suchen. Die erste dieser Übereinstimmungen war für sie:

"die Erhaltung des wirtschaftlichen Bodens, auf dem unsere Mitbürger aller Schichten, alle Männer, Frauen und Kinder dieses Staates leben. Wir haben die Verpflichtung, ihnen die Heimat als eine Stätte zu erhalten, die ihnen Arbeit, Entfaltung ihrer Kräfte und durch sie ein lebenswertes Dasein bietet."

Es gehe nun um "eine restlos demokratische Grundlage des neuen Staates". Um sie zu verwirklichen, gebe es

"keinen anderen Weg als den der unbedingten Gerechtigkeit, der demokratischen Gleichberechtigung. Sie kann allein unser leitender Gedanke sein. Sonst müsste alles, was wir schaffen, schnell wieder zerfallen. Wir Frauen"

– so erklärte Helene Lange –

"bringen diesen Optimismus mit. Sonst wären wir nicht hier. Wer ein Leben lang für Ziele gekämpft hat, die bis zu allerletzt in unerreichbarer Zukunft zu liegen schießen, der bringt aus diesen Kämpfen viel Zuversicht mit zu dem, was man noch nicht sieht."

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten betrug 1919 10,8 Prozent. Nach Rückschlägen und Stagnation stieg

er erst in den Achtzigerjahren deutlich an und liegt heute bei rund einem Drittel. C

Der erste Präsident, der Sozialdemokrat Berthold Grosse, erinnerte in seiner Antrittsrede an die jahrzehntelangen Kämpfe um das Wahlrecht und erwartete eine neue Verfassung, aufgebaut

"auf dem gleichen Recht aller Staatsbürger und -bürgerinnen. Nicht die Bevorzugung mit Glücksgütern des Lebens, nicht 'Mehr Lohn und weniger Arbeit' – wie letzthin hier ausgesprochen wurde – soll der herrschende Gedanke sein, sondern für gleiche Leistung gleicher Anteil an den Gütern des Lebens, Freiheit und Wohlfahrt alles dessen, was Menschenantlitz trägt".

Trotz langer politischer Stabilität und auch im reichsweiten Vergleich eindrucksvoller Aufbauleistungen gerieten die demokratischen Kräfte in Hamburg im Sog der Weltwirtschaftskrise und der zunehmenden Polarisierung und Radikalisierung in die Minderheitsposition. Die nationalsozialistische Agitation konnte auch an in Hamburg seit dem Kaiserreich stark vertretene antidemokratische und antisemitische Strömungen anknüpfen, weite Teile des alten und neuen Mittelstandes gewinnen und – dauerhafte Mahnung bis heute – große Resonanz unter Jung- und Nichtwählern finden. In der vierten Sitzung der Bürgerschaft im Jahre 1933, am 8. März, wurde ein von großen Teilen des bürgerlichen Lagers unterstützter, von Nationalsozialisten geführter Senat gewählt. Hans Podeyn, der Fraktionsvorsitzende der SPD, hielt in dieser Sitzung eine Rede, die sich durchaus mit der von Otto Wels in der Reichstagsitzung vom 23. März 1933 vergleichen lässt. Podeyn erklärte darin:

"Wir Sozialdemokraten denken jetzt mit Stolz an die Arbeit, die unsere Vertrauensmänner im Senat geleistet haben. Niemals waren uns die Ämter das Entscheidende. Wir haben sie aufgegeben, als sie nicht mehr die Möglichkeit einer aktiven Vertretung der Volksinteressen gaben. D

Wir stehen jetzt in der Opposition. Wir sehen, dass uns diese Opposition durch eine rücksichtslose Machtpolitik erschwert werden soll. Mag der sozialistische Befreiungskampf dadurch gehemmt werden, bezwungen wird er nicht!

Mit eindrucksvoller Klarheit hat der 5. März erwiesen,"

– der Tag der Reichstagswahl –

"dass Millionen Arbeiter in Deutschland, 220 000 Männer und Frauen in Hamburg, unerschütterlich zur Sozialdemokratie stehen. Diese Treue, die lebendig geblieben ist trotz schwerster Verantwortung und trotz stärksten Drucks, gibt uns die sichere Gewähr, dass wir Sozialdemokraten auch die jetzt begonnene zweite Periode der Verfolgung und des Terrors überwinden werden."

Herbert Ruscheweyh, wie Podeyn Sozialdemokrat, seit 1931 Bürgerschaftspräsident, dankte den aus dem Amt geschiedenen Senatsmitgliedern. Es war ihm "die verbindliche Pflicht menschlicher Gerechtigkeit" anzuerkennen, "dass die scheidenden Senatoren in den schweren Jahren ihrer Amtsführung unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit das Beste für Hamburg erstrebt haben". Die neuen Senatoren mahnte er:

"Mit ihrer Arbeit, meine sehr geehrten Herren, stehen Sie vor Hamburgs Forum nicht allein. Hamburg ist

A Deutschlands Ausfalltor in die Welt. Das war es. Das soll es bleiben. Übernehmen Sie Ihr Amt vor der Bürgerschaft aus dem wahren Geist des Wortes, das in überzeitlich gewordener Sprache jeden begrüßt, der Hamburgs Rathaus betritt: Libertatem, quam peperere maiores nostri, digne studeat servare posteritas."

– Die Freiheit, die schwer errungen die Alten, möge die Nachwelt würdig erhalten.

Solange es ihm als Präsident möglich war, trat Ruscheweyh für die Rechte des Parlaments und der Abgeordneten ein. Solange es ihm als Anwalt möglich war, half er verfolgten Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der neue Bürgermeister, der Nationalsozialist Carl Vincent Krogmann, erklärte:

"Wir haben den Willen, das wieder gutzumachen, was in den letzten 14 Jahren versäumt worden ist und hoffen, dass Gott uns die Kraft gibt. Missverständener Sozialismus, falsche Theorien undeutsch denkender Sozialromantiker haben unsere blühende Handelsstadt in einen Trümmerhaufen verwandelt."

– Soweit Krogmann.

Im Mai 1933 wurde auch in Hamburg die Gleichschaltung vollzogen. Die neu zusammengesetzte Bürgerschaft trat am 10. Mai zusammen. Vorangegangen war ein Gottesdienst in der St. Jacobi-Kirche. In seiner Predigt huldigte Senior Karl Horn Adolf Hitler. Für ihn war er "der gottgesandte Reichsschmied unserer Tage". Seine Zuhörer forderte er auf: "Fest bleiben in dem Werk der Erneuerung unseres Volkes bis ans Ende. Warten können, aber fest bleiben". Das sei die Aufgabe der neuen Zeit, "in diesem Morgenrot der Freiheit". Das Werk der vermeintlichen Erneuerung führte bis ans bittere Ende und verwandelte Hamburg in einen Trümmerhaufen, wie ihn die Stadt nie zuvor erlebt hatte.

B

"Von der Zerstörungswut des Regimes zeugten"

– so der Historiker Frank Bajohr –

"1945 Trümmer- und Leichenberge, die in der europäischen, deutschen und hamburgischen Geschichte ihresgleichen suchen. Als die britischen Truppen am 3. Mai 1945 in Hamburg einrückten, bestanden ganze Stadtteile nur noch aus Trümmerflächen, waren rund 300 000 Wohnungen und damit mehr als die Hälfte des Hamburger Wohnungsbestandes zerstört. Hunderttausende ehemaliger Einwohner lebten als 'Butenhamburger' außerhalb der Stadt oder hausten provisorisch in Kellerwohnungen und Nofunterkünften. Mehr als 100 000 Hamburger waren als Soldaten gefallen oder Opfer des Bombenkrieges geworden. Die einstmals blühende jüdische Gemeinde der Hansestadt bestand 1945 nur noch aus Rudimenten. Tausende Hamburger Juden waren in die Emigration getrieben und rund 10 000 ermordet worden. Im nahegelegenen Konzentrationslager Neuengamme hatten mehr als 50 000 Häftlinge das Kriegsende nicht überlebt, waren ermordet, durch Arbeit vernichtet oder durch elende Lebensbedingungen zugrunde gerichtet worden."

– Soweit Frank Bajohr.

Über 4000 Menschen wurden Opfer des Mordprogramms der "Euthanasie". Hamburgerinnen und Hamburger wurden wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung, ihrer sexuellen Orientierung, als Sinti und Roma oder als

vermeintlich Asoziale verfolgt, unterdrückt und ermordet. 20 Mitglieder der Bürgerschaft wurden Opfer der Verfolgung. Fünf kommunistische Abgeordnete mussten in den Stalinschen Säuberungsaktionen ihr Leben lassen. Frank Müller hat ihrer aller Schicksal in einer Broschüre, die von der Bürgerschaft 1993 herausgegeben wurde, eindringlich beschrieben. Diese Schrift ist für die historisch-politische Bildungsarbeit inner- und außerhalb der Schulen ebenso wertvoll wie die Rede, die mein englischer Kollege und exzellente Hamburg-Kenner Richard J. Evans im vergangenen Jahr auf der Gedenkveranstaltung der Bürgerschaft 60 Jahre nach Kriegsende gehalten hat. Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg hat ebenfalls vor einem Jahr das in jeder Hinsicht gewichtige Sammelwerk "Hamburg im Dritten Reich" vorgelegt, das ein differenziertes Bild jener Jahre zeichnet. Der Historiker Holger Martens hat in Kooperation mit der Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte der Universität Hamburg mit Studentinnen und Studenten ein Internet-Lexikon über politisch verfolgte in Hamburg während der NS-Zeit erarbeitet, das unter www.politisch-verfolgte.de der Öffentlichkeit und der Forschung zugänglich ist. Darin finden sich auch Dokumente und Informationen über Abgeordnete der Bürgerschaft, die Widerstand leisteten und verfolgt wurden. Nur wer solche Informationsquellen ignoriert, kann im Nationalsozialismus lediglich eine "beklagenswerte Entgleisung" oder "Verirrung" sehen.

C

Seit dem "Unternehmen Gomorrha" im Juli und August 1943 zerfiel die "Volksgemeinschaft", richteten sich die Menschen in der Trümmergesellschaft ein und erwarteten das Ende des Krieges.

"Für die Hamburger"

D

– so erinnerte sich Helmut Schmidt im Mai 1995 –

"war der Mai 1945 vor allem anderen eine Erlösung. Eine Erlösung aus der Angst vor dem Tode, aus der Angst vor der Gestapo. Eine Erlösung auch aus der Schizophrenie unseres eigenen Verhaltens während der Nazizeit und während des Krieges. Jahrelang hatten wir einerseits – gleich ob zivile Bürger oder ob Soldaten – in unserer großen Mehrheit die Befehle der Obrigkeit befolgt, obgleich wir andererseits uns nachts zunehmend der Hoffnung auf eine Niederlage Deutschlands und auf ein baldiges Ende hingegeben haben. Man kann diese Schizophrenie eine Tragödie des Pflichtbewusstseins der Deutschen nennen, des Pflichtbewusstseins gegenüber Staat und Regierung. Zu welchem Pflichtbewusstsein wir Deutschen über Generationen hinweg viel stärker erzogen worden sind – und das begann schon im 18. Jahrhundert – als zur persönlichen Entscheidung und zur politischen Verantwortung."

Die Frauen und Männer, die in jenen Monaten den Neubeginn des politischen Lebens wagten, die ungeachtet oft tiefer Enttäuschungen über das Ende und den Untergang der Weimarer Republik, ungeachtet oft schmerzlicher Erfahrungen mit Verfolgung und Unterdrückung bereit waren, die Demokratie von neuem in Deutschland zu verankern, bewiesen, wie die Bürgerschaftspräsidentin Ute Pape vor zehn Jahren schrieb:

"Mut, Mut zur Gestaltung, Mut zum Engagement. Das, was Bürgerinnen und Bürger unter schwierigsten Lebensumständen an zusätzlicher Belastung auf sich genommen haben, sollte uns Vorbild sein, die wir uns den

A täglichen Kampf ums Überleben kaum noch vorstellen können."

Am 27. Februar 1946 fand, einberufen durch die britische Militärregierung, die erste Sitzung der Ernannten Bürgerschaft statt. Generalleutnant Sir Evelyn Barker, der Militärgouverneur von Schleswig-Holstein und Hamburg, dankte Bürgermeister Rudolf Petersen und der Verwaltung für ihre Arbeit, erinnerte an die Verantwortung der Nationalsozialisten für die "Ungeheuerlichkeiten" ihres Regimes, für Zerstörung und Elend. Nun gelte es, die Selbstverwaltung zu erneuern, die in Hamburg seit 1529 praktiziert worden war, 1906 einen Rückschlag erfahren hatte, 1921 in der Verfassung verankert und 1933 von den Nationalsozialisten beseitigt worden war. Als Präsident amtierte dann Herbert Ruscheweyh, der von Bürgermeister und Senat mit Genehmigung der Militärregierung mit dieser Aufgabe betraut worden war. In seiner Person verkörperten sich Kontinuität und Neuanfang des parlamentarischen Lebens in Hamburg. Ruscheweyh erklärte:

"Als letzter legaler Präsident unseres hamburgischen Parlaments soll ich die Verbindung von unserer geschichtlich entwickelten republikanischen Verfassung zu dem jetzt nach dreizehnjähriger Unterbrechung neu anhebenden demokratischen öffentlichen Leben knüpfen und als Richter dieser Stadt soll ich an dieser Stelle bekunden, dass Recht und Gesetz und ihre von aller Parteilichkeit freie Anwendung die Grundlage unseres neuen Staatslebens sein sollen."

Ruscheweyh erinnerte an die Bürgerschaftssitzung vom 8. März 1933 und die Versprechungen Bürgermeister B Krogmanns:

"Und was ist daraus geworden? Wir alle haben es miterlebt und sehen es jeden Tag aufs Neue. Ganze Teile der Stadt sind in Schutt und Asche gelegt, die Einwohner haben das Letzte verloren, der Hafen ist zerstört, unsere Schiffe sind versenkt, verbrannt oder im Kriege aufgebracht, unsere Lebensgrundlage ist nahezu vernichtet.

Aber weit schlimmer als dieser Verlust ist die Zerrüttung der Seelenkräfte unseres Volkes. Korruption, niedere Gesinnung und ein erschütternder Mangel an aufrechtem, selbstständigem Urteilsvermögen haben Eingang in den Charakter unseres Volkes gefunden."

Dennoch gelte es, den Neuanfang zu wagen.

"Ich hab's gewagt", darf jeder von Ihnen sagen. Dank und Achtung Ihrer Mitbürger gebühren Ihnen und Ihren vielen Mitarbeitern in der Verwaltung unseres Gemeinwesens. Denn ich nehme an, dass keiner aus Ehrgeiz oder Eitelkeit in dieser Zeit ein öffentliches Amt übernimmt. Wahrer Vertreter seines Volkes zu sein"

– so Ruscheweyh weiter –

"kann nur beanspruchen, wer bescheiden in sich ruht, demütig gegenüber den ewigen Mächten. Wenn diese Charaktergrundlagen den ersten und den letzten Staatsdiener erfüllen, wird auch unsere Stadt sich aus ihrem Niederbruch wieder erheben. Erinnern wir uns doch der ersten Stunden nach jedem Fliegerangriff auf die Stadt. Mit welcher fast gleichmütigen Emsigkeit ging jeder daran, die entstandenen Schäden auszubessern und zu helfen, wo er nur konnte. Das hat mit dem Nationalsozialismus gar nichts zu tun, sondern nur mit der

Hilfsbereitschaft, die dem Hamburger vom alten Schläge zu eigen ist." C

Am 8. März 1946 trat die Ernannte Bürgerschaft zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Zu Beginn gedachte Präsident Ruscheweyh der Toten und der Opfer:

"Bevor Sie Ihr Haus konstituieren und Ihre sachlichen Beratungen aufnehmen, ist es uns allen ein verpflichtendes Bedürfnis, der Männer, Frauen und Kinder unserer Stadt zu gedenken, die ihr Leben im Kriege oder als Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gelassen haben. Wenn ein Volk seine siegreich aus einem gerechten Krieg heimkehrenden Truppen begrüßt, ist es leicht, ein echtes Trostwort für die Hinterbliebenen der Gefallenen zu finden. Wir aber müssen uns und der Welt gestehen, dass die damalige Regierung und die hinter ihr stehende Partei das deutsche Volk und unser Land freventlich wider göttliches und menschliches Recht in diesen Krieg geführt haben. Um so ernster ist unsere Ehrfurcht vor den Toten des Krieges, um so stärker verpflichtet uns die stumme Mahnung, all der mutigen, der aufrechten Männer und Frauen, die im Kampf gegen die nationalsozialistische Gewalt ihr Leben hingegeben haben. Möge Sie diese Gesinnung bei Ihren Beratungen leiten. Dann ist das Opfer unserer Toten nicht umsonst gegeben."

Einstimmig wählte die Ernannte Bürgerschaft Adolph Schönfelder zu ihrem Präsidenten. Der Sozialdemokrat war damals 70 Jahre alt. Der gelernte Zimmermann hatte der Bürgerschaft seit 1919 angehört und sich zunächst der Schulreform und der Gründung der Universität gewidmet. 1925 war er Senator geworden, zuständig zunächst für die Baubehörde, von 1926 bis 1933 als "Polizeiher" für die Polizei. Auch an der hamburgisch-preußischen Zusammenarbeit wirkte er mit. Als Zweiter Bürgermeister gehörte er seit 1945 wieder dem Senat an und war am Neuaufbau der Verwaltung entscheidend beteiligt. Nun wurde er in einer für Hamburg einmaligen und einzigartigen Kombination zugleich Parlamentspräsident. Seine große Liebe gehörte zeitlebens der Kunst und Kultur, vor allem der Staatsoper. Nach seiner Wahl erklärte Schönfelder:

"Ich übernehme dieses Amt nur zögernd und nicht leichten Herzens. Wir befinden uns in bitterster Notzeit. Ich fürchte, dass wir noch nicht am tiefsten Grunde unserer Not angelangt sind. Ich fürchte vielmehr, dass uns Monate bevorstehen, wie sie eine Generation wohl kaum jemals erlebt hat. Es ist meine Ansicht: Wenn sich jetzt nicht alle deutschen Männer eng zusammenschließen und sich über Parteien, über Meinungsverschiedenheiten, über Rasse, Religion hinweg die Hände reichen zu einer wahren Hilfsgemeinschaft, dann wird unser Volk zugrunde gehen. Ich bitte Sie alle hier in der Bürgerschaft, mit ernstem Willen diese Notgemeinschaft aufzurichten. Ich jedenfalls bin gewillt, in diesem Geiste die Verhandlungen zu führen. Ich bitte Sie dafür um Ihre Nachsicht und um Ihre Unterstützung."

Der neue Präsident dankte dann dem Vorgänger Ruscheweyh, den er selbst für diese Aufgabe vorgeschlagen hatte. Neue Forschungen von Holger Martens haben ergeben, dass der Sozialdemokrat und Widerstandskämpfer Gustav Dahrendorf "im Zuge der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944 örtliche Vertrauensleute über den geplanten Staatsstreich unterrichtete" und sich in Hamburg an Ruscheweyh und Schönfelder wandte. Vor kurzem ist eine Biographie Ruscheweyhs erschie-

A nen, eine mit Recht ausgezeichnete Dissertation aus der Feder von Daniel Ihonor mit dem treffenden Untertitel "Verantwortung in schwierigen Zeiten".

Magda Langhans von der KPD, die bereits von 1931 bis 1933 der Bürgerschaft angehört und danach Widerstandsarbeit geleistet hatte, wurde zur Zweiten Vizepräsidentin gewählt. Sie nahm die Wahl mit dem Hinweis an,

"dass in diesem Haus wohl zum ersten Male eine Frau mit in das Präsidium gewählt ist. Es erfüllt mich mit besonderer Genugtuung, dass auch die neue Demokratie erkannt hat, dass die Frauen heute nicht mehr abseits stehen dürfen beim Neuaufbau unseres neuen Deutschlands."

Magda Langhans starb 1987. Seit diesem Jahr haben vier Präsidentinnen der Bürgerschaft vorgestanden. Damit ist das Hamburger Parlament zu einem Vorbild bei der Gleichberechtigung auch in Spitzenämtern geworden. Am 8. Oktober 1946 beendete die Ernannte Bürgerschaft ihre Arbeit. Max Ketels von der CDU dankte im Namen aller Fraktionen dem Präsidenten, der wiederum an seine Antrittsrede erinnerte und betonte, dass sich das Parlament in der Tat "als eine wahre Hilfsgemeinschaft erwiesen" habe. Er erinnerte an die Einstimmigkeit vieler Beschlüsse und dass er keinen einzigen Ordnungsruf habe aussprechen müssen. Er erneuerte seinen Appell an die Besatzungsmächte und die Welt, dem deutschen Volk zu helfen. "Der deutsche Ungeist hat Krieg und Not über die Welt gebracht." Doch der deutsche Geist habe in der Forschung, in den Künsten "unendlich Schönes der ganzen Welt gegeben". Daran gelte es anzuknüpfen, um

B "uns wieder nach oben zu arbeiten und den deutschen Namen in der Welt wieder zu Ehre und Ansehen zu bringen. Ich darf behaupten,"

– so Schönfelder –

"dass diese Bürgerschaft ihre Verhandlungen in diesem Geiste geführt hat. Und ich darf weiter behaupten, dass verantwortungsbewusste deutsche Männer und Frauen wohl in der Lage sind, unter eigener Verantwortung ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, dass keinerlei Mißtrauen der Besatzungsmacht berechtigt ist."

Am 13. Oktober 1946 fand die erste freie Bürgerschaftswahl seit dem 24. April 1932 statt. Damals hatten sich 80,5 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt, nun waren es 79 Prozent. Das Mehrheitswahlrecht mit Reststimmenausgleich führte dazu, dass die SPD mit 43,1 Prozent der Stimmen 83 Mandate erhielt, während die CDU mit 26,7 Prozent nur 16, die FDP mit 18,2 Prozent nur sieben und die KPD mit 10,2 Prozent nur vier Mandate erreichten.

Am 13. Oktober 1946 trat die Bürgerschaft zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Alterspräsident war der CDU-Abgeordnete Johannes Reinhard, der vom Alldeutschen Verband und der Deutschnationalen Volkspartei einen weiten Weg zur Demokratie zurückgelegt hatte. Er wies kurz auf die Folgen des Wahlrechts hin und erklärte dann:

"Um so mehr steht vor uns die Aufgabe, in echter demokratischer Haltung unsere Arbeit zu tun, dass die wertvollen Kräfte im Volke, die zum Aufbau nötig sind, sich auch entfalten können."

Einstimmig wählte das Parlament Schönfelder zum Präsidenten. Reinhard sah darin die Anerkennung seines Wirkens in der Ernannten Bürgerschaft "mit zähem Fleiß,

mit Gerechtigkeit, mit sachlichem Ernst, aber auch gelegentlich mit befreiendem Humor". Die "erste Sorge", so Schönfelder, müsse "der Not des Volkes", der Überwindung von Hunger und Kälte, gelten. Er appellierte einmal mehr an die Besatzungsmacht und die Welt:

"Ein im Elend versunkenes Deutschland wird auch dem übrigen Europa weder Glück noch Frieden bringen. Nur ein zur Arbeit fähiges Volk kann seine Pflicht gegenüber einer friedlichen Welt erfüllen."

Schönfelder bekannte sich zur deutschen Einheit, zu einer Vertretung des deutschen Volkes auf zentraler Ebene, zur Eigenständigkeit Hamburgs, zur Beibehaltung der Deputationen, zur Selbstverwaltung auch im kommunalen Bereich und zur Fortführung der "Denazifizierung". Erster Vizepräsident wurde der CDU-Abgeordnete Franz Beyrich, der dieses Amt als Abgeordneter des Zentrums bereits 1932/33 innegehabt hatte und nun erklärte:

"Es ist mir eine Genugtuung, einen Platz wieder zu übernehmen, den ich 1933 räumen musste."

Am 22. November trat die Bürgerschaft im Großen Festsaal des Rathauses zusammen, um die in der Sitzung am 15. November gewählten Senatoren zu vereidigen. Präsident Schönfelder wies darauf hin, "dass hier zum ersten Male nach 13 Jahren in einem deutschen Lande eine vom Parlament gewählte Regierung in ihr Amt eingeführt wird". Er erinnerte noch einmal an Krogmanns Versprechungen vom März 1933 und an das von den Nationalsozialisten hinterlassene Chaos. Nun gelte es, den "Neuaufbau" zu wagen, neuen "Hanseatengeist" lebendig werden zu lassen.

Zivilgouverneur Henry Vaughan Berry betonte in seiner Rede die große Genugtuung, den Hamburgerinnen und Hamburgern mit den freien Wahlen ein demokratisches Grundrecht wiedergegeben zu haben. Stärkere Förderung wünschte er sich für die Universität Hamburg, aus der einer – so wörtlich – "der großen geistigen Mittelpunkte des westlichen Europas" werden sollte. Ausdrücklich dankte er den Bürgermeister Petersen und Schönfelder für ihre Arbeit am Bau des Fundaments einer demokratischen Gesellschaft.

Max Brauer, der neue Erste Bürgermeister, erklärte in seiner programmatischen Antrittsrede:

"Hitlers Sieg würde die Vernichtung der Humanität und jeder echten Gesittung bedeutet haben!"

Er fügte hinzu:

"Und erkennen wir auch dieses andere: Wir allein haben das Übel des Nationalsozialismus nicht zu überwinden vermocht! Wir haben der Sieger harren müssen, die uns von unserem schlimmsten Feind befreiten."

Und weiter:

"Wir rücken immer wieder voller Abscheu ab von den grauenvollen Verbrechen, die der Nationalsozialismus an den Juden und an Millionen Andersdenkender begangen hat. Das war schlimmer als ein Rückfall in finsternes Mittelalter. Gerade Hamburg ist auf dem Gebiet der Wohltätigkeit, der Künste und Wissenschaften, des Handels und der Wirtschaft erfüllt von Zeugnissen großer Leistungen, die jüdische Mitbürger in Jahrhunderten in unserer Stadt vollbracht haben. Die Namen von Max Warburg, Albert Ballin, Heinrich Hertz, Mendels-

C

D

A sohn-Bartholdy und Ernst Cassirer werden niemals der Vergessenheit anheimfallen. Sie sind die Mitträger des Ruhmes unserer Stadt."

– So Max Brauer.

Ich möchte dem heute hinzufügen: Dies gilt auch für die jüdischen Mitbürger, die sich um das Parlament und das politische Leben große Verdienste erworben haben: Gabriel Riesser, Isaac Wolffson, Anton Réé, Siegmund Hinrichsen, den Sozialdemokraten Herbert Pardo, der in der Emigration überlebte, und den Demokraten Max Eichholz, der in Auschwitz ermordet wurde. Sie alle werden gewürdigt in dem in diesem Jahr erschienenen, vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden herausgegebenen Lexikon "Das Jüdische Hamburg" und in der "Hamburgischen Biografie".

Wie Schönfelder bekannte sich auch Brauer zur Selbstständigkeit Hamburgs. "Drei Elendsquellen" gelte es angesichts des bevorstehenden Winters zu begegnen: Hunger, Wohnungsnot, Kälte und Brennstoffmangel. Brauer entwarf mit dem Wissen des erfahrenen Kommunalpolitikers und ehemaligen Oberbürgermeisters von Altona, mit den in Frankreich, China und den Vereinigten Staaten von Amerika erworbenen Kenntnissen und Einsichten, mit Freimut gegenüber der Besatzungsmacht wie den eigenen Landsleuten das Konzept eines Neuaufbaus der Stadt. Auch er bezog ausdrücklich die Universität ein:

"Ein Lichtblick möge uns auch immer mehr unsere Universität werden. Der gute Ruf, den unsere junge Alma Mater bis 1933 errungen hatte, wurde verdunkelt, als manche ihrer wertvollsten Kräfte der Lehrstühle beraubt wurden.

B Wir wollen hohe Ansprüche an unsere Universität und unser kulturelles Leben stellen, wir wollen mit der falschen reaktionären Geschichtsauffassung Schluß machen und uns der wahren Freiheit des Geistes freuen".

"Nüchternen Sinnes und heißen Herzens, voll der Leidenschaft, die Not zu wenden, wollen wir einig zusammenstehen. Als Sohn des Hamburger Volkes rufe ich jeden von Ihnen auf, alle Kräfte für unsere Stadt und ihre Zukunft bereitzustellen, der auch wir uns alle mit letzter Hingabe widmen werden".

In dieser Haltung arbeiteten der von der SPD und FDP, bis 1948 auch von der KPD gebildete Senat, dem mit Paula Karpinski erstmals auch eine Frau angehörte, und die Bürgerschaft mit der CDU in der Opposition zusammen. Es gelang mit dem größten Kraftaufwand, die von Brauer und Schönfelder vorausgesagte Herausforderung des Winters 1946/47 zu bestehen und den Wiederaufbau voranzutreiben. Erich Lüth, damals Senatspressesprecher, und Kurt Sieveking, als Senatssyndikus enger Mitarbeiter Brauers, haben diese Zeit eindrucksvoll beschrieben. Zivilgouverneur Berry ordnete an, auch die Büros der Besatzungsmacht nicht zu heizen. Bei allen Konflikten, die es zwischen britischen und hamburgischen Behörden gab, waren es solche Gesten und die Bereitschaft, voneinander zu lernen, die die Grundlagen der europäischen Verständigung und Einheit schufen. Auch für die Arbeit der ersten gewählten Nachkriegsbürgerschaft gilt, was unser ehemaliger Kollege, der Historiker Walter Tormin, der Ernannten Bürgerschaft bescheinigte:

"Sie hat die Nöte der Bürger öffentlich artikuliert und sich bemüht, die schlimmsten Folgen der Gewaltherrschaft und des Krieges wenigstens zu mildern. Sie hat

politische Grundsatzfragen kontrovers diskutiert und damit Formen und Inhalte demokratischer Meinungsbildung vorgeführt. Sie hat zur Klärung der politischen Fronten in Hamburg beigetragen und sie hat den Hamburgerinnen und Hamburgern, insbesondere den Jüngeren, die das nie erlebt haben, praktisch demonstriert, wie in einer Demokratie Entscheidungen zustande kommen."

Neben Bürgermeister Brauer und seinem Senat waren auch die Parlamentarier am Wiederaufbau Hamburgs und der Neugestaltung des politischen Lebens beteiligt. Ältere wie Adolph Schönfelder und sein früherer Senatskollege Paul de Chapeaurouge, nun in der CDU, die Hamburg 1948/49 im Parlamentarischen Rat vertraten und das Grundgesetz mitgestalteten, Jüngere wie Erich Klabunde, Erik Blumenfeld und Edgar Engelhard, Frauen wie Martha Damkowski, Magda Hoppstock-Huth und Elisabeth Ostermeier. Schönfelder blieb bis 1960 Bürgerschaftspräsident. Als er 1966 starb, würdigte ihn Herbert Dau, der ihm nachgefolgt war und das Amt bis 1978 wahrnahm:

"Er suchte politische, soziale und menschliche Harmonie, mit anderen Worten: Gerechtigkeit für jedermann. In ihm vereinigen sich Schlichtheit und Würde, freier Bürgerinn, menschliche Güte und ein alle Gegensätze immer glättender Humor."

Was vor 60 Jahren begann, trägt bis heute Früchte. Wenn die Bürgerschaft 2009 auf 150 Jahre parlamentarische Arbeit in Hamburg zurückblicken kann, sollte eine Bilanz der Zeit seit 1946, des Wandels vom Feierabendparlament zu einem modernen Landesparlament, das sich durch hohen Arbeitseinsatz, die Verbindung der Abgeordneten mit dem Alltags- und Berufsleben und durch eine vernünftige Diätenregelung auszeichnet, gezogen werden. Bei allem berechtigten Stolz auf das Geleistete bleibt die Demokratie immer wieder auf kritische Bestandsaufnahmen angewiesen. Herbert Dau hat dazu 1971 im Vorwort zu Erich Lüths Darstellung "Die Hamburger Bürgerschaft 1946 bis 1971. Wiederaufbau und Neubau" einen noch heute lesens- und bedenkenswerten Beitrag geliefert. Dau hielt es für überlebenswichtig, dass das "Wahlvolk mehrheitlich in den Stand" versetzt werde, "seine Wahl nach Gründen der Vernunft zu treffen und sie nicht als Schönheitswettbewerb aufzufassen". Was würde er heute angesichts der Personalisierung, ja Boulevardisierung von Politik sagen?

Parteien haben eine große Verpflichtung, über den Köpfen nicht die Programme und Sachthemen zu vernachlässigen. Politik ist in Gefahr, Teil eines seichten und oberflächlichen Entertainments zu werden. Hinzu kommt das permanente Schielen auf nicht selten fragwürdige demoskopische Ergebnisse. Politische Führung, das zeigen Persönlichkeiten wie Brauer und Schönfelder, darf sich nicht erschöpfen im Moderieren, Koordinieren und Krisen entschärfen. Politische Führung setzt konzeptionelle Kraft und das Zusammenführen der Ressorts und der Ressourcen voraus. Männer wie der Kaufmann und Aufklärer Georg Heinrich Sieveking und der Senator und Bürgermeister Amandus Augustus Abendroth haben schon 1791 und 1814 an "kleinlicher Autoritätssucht" und am "Departements-Geist", am besten als eine Mischung von eigensüchtigem Ressortdenken, unreflektiertem Festhalten am Herkommen und Schlendrian zu charakterisieren, scharfe Kritik geübt. Solchen Missständen muss

- A jede politische Führung begegnen, ihnen muss die besondere Aufmerksamkeit der Parlamentarier gelten.

In der Zivilgesellschaft kann der Parteisoldat nicht der ideale Abgeordnete sein. Eigenständigkeit des Denkens, Erkennen von Zusammenhängen, von Ursachen und Wirkungen, Übereinstimmung von politischer Haltung und politischem Handeln, Kritikbereitschaft und die Fähigkeit zur Kontrolle von Regierung und Verwaltung sind die Eigenschaften, die auf Dauer für den Fortbestand und die Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie entscheidend sind.

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie hat kürzlich in der Wochenzeitung "Die Zeit" mit selbstkritischem Blick auf sein Fach und die politische Praxis folgendes Resümee gezogen:

"Reform und Demokratie sind kein Gegensatz, aber Reformen ohne (mehr) Demokratie sind nichts. Die Planungsphilosophie hat den Akzent zu stark auf den 'Output' gelegt, also auf die Effizienz von Regierung und Verwaltung. Eine an demokratischer Beteiligung orientierte Politikwissenschaft ist näher beim Bürger und würdigt stärker dessen 'Input'. Wenn die Effizienz der staatlichen Exekutiven und die Glaubwürdigkeit von Parteien, Verbänden und selbst Nichtregierungsorganisationen leiden, müssen Risikogesellschaften neue Formen und Arenen reflexiver Selbstorganisation schaffen. Die Große Koalition hat die Kluft zwischen den Erwartungen der Bürger und der Leistungsfähigkeit der Eliten noch verstärkt und Mecklenburg-Vorpommern zeigt als jüngstes Beispiel, wie weit der Zweifel an der Demokratie schon reicht. Äußere Bedrohungen kommen hinzu. Für die Demokratie, wie wir sie kennen, wird es ungemütlich."

B

– Soweit Leggewie.

Parteien und Parlamente müssen aus meiner Sicht alles ihnen Mögliche tun, um selbst wieder zu Foren und "Arenen reflexiver Selbstorganisation" zu werden. In der Wissens- und Informationsgesellschaft muss es aus politischen und ökonomischen Gründen mehr Transparenz, mehr Mitbestimmung geben, muss Demokratie zur Lebensform werden. In diesen Zusammenhängen steht die Bürgerschaft vor zwei großen Herausforderungen.

Zum einen wird sie über ein neues Wahlrecht zu entscheiden haben, für das sich die Hamburgerinnen und Hamburger ausgesprochen haben. Sie sollte sich diese Entscheidung nicht leicht machen, eventuelle Änderungen bedürfen einsichtiger und überzeugender Argumente. Die Bürgerinnen und Bürger, die zeigen jahrzehntelange Erfahrungen in Süd- und Südwestdeutschland, sind sehr wohl in der Lage, Personal- und Listenvorschläge der Parteien zu bewerten und zu gewichten. Ich bin überzeugt, dass es in der politischen Intelligenz und staatsbürgerlichen Verantwortung kein Nord-Süd-Gefälle gibt.

Auch aus der Sicht des Historikers ist es im Übrigen ein erheblicher qualitativer Unterschied, ob die Bürgerschaft über ein Votum der Bürgerinnen und Bürger zu einer Sachfrage oder über das Wahlrecht befindet. Wahlrechtsfragen, das wussten schon Bismarck und Lassalle, sind Machtfragen. Zum demokratischen Stil – dies mein Rat – gehört allerdings in solchen Fragen der größtmögliche Konsens.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweitens wird die Bürgerschaft verstärkt ein Forum, eine Arena sein müssen für die erfreulicherweise von den Parteien derzeit erarbeiteten, auf die ganze Stadt – und hoffentlich auch auf die Metropolregion Hamburg – bezogenen Konzepte der "Wachsenden Stadt", der "Menschlichen Metropole" und der "Kreativen Stadt". Die offene Auseinandersetzung mit solchen Konzepten ist eine große Herausforderung und Chance für Senat und Bürgerschaft, Parteien und Fraktionen, eine Chance, auch externen Sachverstand einzubeziehen.

Noch immer gilt, was Helmut Schmidt 1962 in seinem legendären, anonym in der Zeitung "Die Welt" erschienenen, Appell an die Hanseaten schrieb:

"Diese Stadt beherbergt ein unglaubliches Reservoir an weltweiter Erfahrung, an geistigem Potential, an realistischer Fähigkeit zur Kalkulation, an Toleranz und Prinzipientreue, an Weitblick und Wagemut."

An der Politik ist es, dieses Potential zu nutzen. – Danke.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen gestern übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 7, die Große Anfrage der GAL-Fraktion aus Drucksache 18/4914, nicht zu debattieren. Stattdessen soll der Tagesordnungspunkt 17 als vierter Debattepunkt aufgerufen werden. Es handelt sich dabei um den Bericht des Verfassungsausschusses aus der Drucksache 18/4889. Mir ist mitgeteilt worden, dass hierzu aus den Reihen der GAL-Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung gemäß Paragraf 44 in Verbindung mit Paragraf 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. Das ist der Fall. Der Abgeordnete Maaß hat es.

Christian Maaß GAL (zur Geschäftsordnung):* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten eigentlich nicht vor, hier noch einmal eine solche Geschäftsordnungsdebatte zu führen, wie wir sie beim letzten Mal geführt haben.

(Lachen bei der CDU)

Wir können uns auch eine schönere Situation vorstellen, als nach diesem grundsätzlichen Vortrag von Professor Kopitzsch zu diesem Klein-Klein überzugehen, zu Tagesordnungspunkt 17, dem Bericht des Verfassungsausschusses zum Wahlrechtsraub, der ein etwas anderer ist, als der von Professor Kopitzsch zweimal angesprochene von 1906.

Bis gestern Abend dachten wir, darauf verzichten zu können, diese Debatte hier noch einmal zu führen und einen Vertagungsantrag zu stellen. Aber dann erreichte uns ein Antrag der CDU-Fraktion, der nochmals Änderungen an diesem Gesetzentwurf, der bereits in erster Lesung beschlossen wurde, vorsieht. Wir sind uns einig, dass es sich hier um ein hoch strittiges, um ein hoch wichtiges und ein hoch komplexes Gesetzesgebilde handelt.

Nun sieht Ihr Antrag in drei Artikeln Änderungen an mehreren Stellen vor. Die CDU behauptet, es würde sich nur um redaktionelle Änderungen handeln, aber wir verlangen nicht zuviel, wenn wir sagen, dass wir wenigstens gerne überprüfen möchten, ob das, was Sie uns in letzter

C

D

A Minute unterschoben wollen, auch tatsächlich keine wesentlichen Auswirkungen hat; das ist nicht zuviel verlangt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Genau das ist doch der Punkt. Die CDU will heute eines der umstrittensten Gesetze der letzten Jahrzehnte verabschieden, wohlgemerkt nach einem halben Jahr Beratung. Die meisten Mitglieder der Bürgerschaft – ich glaube, da trete ich niemandem zu nahe – haben diesen Entwurf in der letzten Fassung, wie er heute beschlossen werden soll, weder gelesen geschweige denn verstanden. 60 Jahre nach den Nachkriegswahlen ist Ihr Umgang mit dem Wahlrecht und dem Parlament schlicht unfassbar. Wie tief wollen Sie eigentlich noch in Ihrem Umgang mit dem Wahlrecht und dem Parlament sinken?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Maaß, Polemik ersetzt die Sachlichkeit nicht und das trifft Ihren Beitrag hier.

(Beifall bei der CDU)

In einem haben Sie recht, lieber Kollege Maaß. Die heutige Geschäftsordnungsdebatte ist nicht nur *eigentlich* nicht nötig, sie ist *tatsächlich* nicht nötig, denn es hat sich seit unserer letzten Bürgerschaftssitzung an den Grundpositionen der CDU zum Wahlrecht inhaltlich absolut nichts geändert. Was Ihnen heute vorliegt – Sie haben es schon richtig dargestellt –, sind reine Verweisänderungen und das, was Sie hier noch diskutieren wollen, ist nicht zu diskutieren, ist nicht zu prüfen. Es ist so eindeutig und klar, dass keinerlei Bedarf besteht, in irgendeiner Form eine Vertagung herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe bereits bei der letzten Geschäftsordnungsdebatte, lieber Kollege Maaß, dargestellt, dass es auch eine zeitliche Komponente für dieses Wahlrecht gibt. Diese zeitliche Komponente lässt sich nicht verschieben. Insofern versuchen Sie auch heute wieder mit einem ganz billigen Geschäftsordnungstrick, das Wahlrecht zu verhindern.

Es gibt die Notwendigkeit, dieses Wahlrecht heute zu beschließen. Die CDU wird dieses Wahlrecht heute auch so beschließen, denn es ist besser als das, was wir sonst bekämen. Wir werden daher Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Steffen.

Dr. Till Steffen GAL (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hesse, Sie strafen Ihre eigenen Worte Lügen,

(Oh-Rufe von der CDU)

wenn Sie sich heute nicht darauf einlassen, Ihre in allerletzter Minute eingebrachten Änderungen noch einmal gründlich zu beraten. Wie oft haben Sie hier vorgeführt,

das Ihrer Meinung nach den Initiatoren des Wahlrechts, das vom Volk beschlossen wurde, Fehler unterlaufen und Unstimmigkeiten drin seien; das nehmen Sie immer als Begründung.

Gerade Herr Reinert hat gestern noch einmal mit den kleinsten angeblichen Fehlern begründet, warum das Wahlrecht jetzt geändert werden müsse. Sie sagen immer, es sei handwerklich nicht ordentlich gemacht worden und die Bürgerschaft müsse deswegen nachbessern. Die Bürgerschaft kann handwerklich nur dann ordentlich arbeiten, wenn die Änderungen an solchen wichtigen Gesetzen in den Ausschüssen auch geprüft worden sind. Sind Sie sich denn überhaupt sicher, welche Verweisungen das sind, ob das Rechtsgrund- oder Rechtsfolgenverweisungen sind, die Sie hier beschließen wollen?

(Wolfgang Beuß CDU: Was schreien Sie eigentlich so?)

Das müssten Sie im Ausschuss erklären und das müssten wir noch einmal eingehend prüfen. Dieses Vorgehen wird dem Thema Wahlrecht nicht gerecht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte dem Antrag der GAL-Fraktion folgen und TOP 17 unserer Tagesordnung zum Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen vertagen und stattdessen über die Große Anfrage aus TOP 7 debattieren? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Wer möchte heute über den Tagesordnungspunkt 17 anstelle von Tagesordnungspunkt 7 debattieren? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist angenommen. Dann wird Tagesordnungspunkt 17 nachher als vierter Debattenpunkt aufgerufen werden.

Des weiteren haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte 2 und 35 vertagt werden sollen. Es handelt sich dabei zum einen um die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres, Drucksache 18/5013, und zum anderen um den Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 18/5073.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Kein Kind aus den Augen verlieren – wir brauchen ein Schülerregister

von der SPD-Fraktion

Gemeinsam für Airbus: Standort und Arbeitsplätze für Hamburg sichern

und von der GAL-Fraktion

Hamburg schützt seine Kinder: Recht auf Bildung und Schulbesuch für alle wahren!

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und dritte Thema gemeinsam zu debattieren. Ich rufe daher

- A jetzt das erste und dritte Thema auf. Wird das Wort gewünscht? Der Abgeordnete Heinemann hat es.

Robert Heinemann CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will gar nicht den aktuellen und tragischen Fall aus Bremen bemühen, weil hier sicherlich auch kein Schülerregister geholfen hätte, aber wir kennen alle auch andere Fälle. Ich war im letzten Jahr daher sehr froh, dass sich alle Fraktionen im Hause in einer Frage völlig einig waren: Wir müssen alles tun, damit wir in Hamburg kein Kind mehr aus dem Blick verlieren.

(Beifall bei der CDU)

Nur deshalb haben wir unter anderem bekanntlich das Schülerregister eingeführt. Wir wollen wissen, welche Kinder in Hamburg wo zur Schule gehen und ob die Meldeadressen stimmen, damit der Staat seine Schutzfunktion besser wahrnehmen kann. Um gleich ein Missverständnis zu beseitigen: Der aufenthaltsrechtliche Status wird im Schülerregister gar nicht gespeichert. Wer also, wie die GAL, das Gegenteil behauptet und meint, Schulleiter würden jetzt zu Handlangern der Ausländerbehörde, der hat sich mit dem Schülerregister nicht wirklich auseinandergesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Aber natürlich geht es um eine vollständige Erfassung aller Hamburger Schülerinnen und Schüler, auch der Schülerinnen und Schüler, die illegal in Hamburg leben, was dann beim Abgleich mit den Meldeadressen auffallen kann. Ich habe wirklich alle Protokolle der letzten 20 Monate durchgesehen und niemals hat die GAL dort die Einführung dieses Schülerregisters kritisiert.

B

(*Nebahat Güçlü* GAL: Aber Hallo!)

Im Gegenteil, Frau Goetsch hat sogar gesagt, der Senat würde hier noch viel zu wenig tun.

Nachdem das Schülerregister nun längst beschlossen und fast vollständig umgesetzt worden ist, fällt der GAL und einigen Sozialdemokraten plötzlich ein, dass es vielleicht ein Problem mit illegal hier lebenden Kindern geben könnte. Liebe Frau Goetsch, das ist so, auch wenn Sie für diese Erkenntnis in der Tat ein wenig lange gebraucht haben.

(Beifall bei der CDU)

Uns ist dieses Problem schon deutlich länger bekannt und wir haben als Christlich Demokratische Union auch einen ganz klaren Standpunkt. Wir wollen und müssen alle in Hamburg lebenden Kinder schützen, ganz egal, ob sie sich legal oder illegal hier aufhalten.

(Beifall bei der CDU)

Das können wir nur tun, wenn wir nicht die Augen vor einem Problem verschließen, sondern ganz genau hinschauen. Stellen Sie sich einmal vor, ein Schulleiter nimmt in seine Schule ein Kind auf, welches offensichtlich illegal in Hamburg lebt, und eines Tages kommt dieses Kind nicht mehr in die Schule. Was macht denn dann der Schulleiter? Er wird wohl kaum zur Polizei gehen können, also schreibt er vielleicht Briefe, befragt Nachbarkinder oder klingelt an der Wohnungstür. Kommt Ihnen das irgendwie bekannt vor, Frau Goetsch? So war es im Fall Jessica. Wenn wir nicht endlich auch bei den illegal hier lebenden

Kindern genauer hinschauen, dann kann niemand für deren Kindeswohl garantieren.

C

(Beifall bei der CDU)

Es muss auch gar nicht zu einem solchen Extremfall kommen. Was passiert, wenn sich ein solches Kind in der Sportstunde verletzt und in kein Krankenhaus kann? Unter welchen Bedingungen leben diese Kinder eigentlich zu Hause? Der NDR hat berichtet, dass die Schulleiterinnen wegen der sprachlichen Barriere sehr wenig über die Lebensumstände der Familien wissen und auch nicht danach fragen. Na, wunderbar. Welcher Angst und welchem Druck sind diese Kinder ständig ausgesetzt und wie können wir es als Rechtsstaat eigentlich dulden, dass einzelne Kinder existentiell vom Wohlwollen einiger Schulleiter und Ärzte abhängig sind?

Leben in der Illegalität ist per se Kindeswohlgefährdend und deshalb dürfen wir uns hier nicht wegducken

(Beifall bei der CDU)

und schon gar nicht dürfen wir als Politiker Schulleiter zum Rechtsbruch auffordern, weil wir vielleicht mit unseren eigenen Gesetzen nicht zufrieden sind.

Frau Goetsch, Frau Boeddinghaus, Frau Fiedler, Sie haben Hamburgs Schulleiter in eine unglaublich schwierige Situation gebracht, indem Sie eine Wahlfreiheit suggerierten, die es überhaupt nicht gibt, und indem Sie Schulleitern eine Verantwortung zugeschoben haben, die diese gar nicht tragen können. Sie wären doch nachher wieder die ersten, die fragen würden, wie es wieder zu einer solchen Katastrophe kommen konnte. Und was noch viel schlimmer ist: Sie haben durch Ihre öffentliche Panikmache eventuell einige illegal hier lebende Eltern dazu gebracht, ihre Kinder von der Schule abzumelden und sie damit der Bildung und dem Schutz des Staates zu entziehen und alles nur deshalb, weil Sie das Problem verdrängen wollen statt es zu lösen.

D

(Beifall bei der CDU)

Wir hingegen wollen uns dem Problem stellen. Die CDU ist daher fest entschlossen, über die Innenbehörde und gegebenenfalls auch über die Härtefallkommission jeden Einzelfall, der durch den Abgleich der Register entdeckt wird, genau zu prüfen. Wir werden dabei versuchen, den Kindern bis zum Erreichen eines Schulabschlusses einen gesicherten Aufenthaltsstatus in Hamburg zu verschaffen. Das ist natürlich auch rechtlich viel anstrengender und komplizierter, als einfach die Augen zu verschließen. Aber wir werden uns dieser Aufgabe stellen, weil für uns Kindeswohl nicht nur ein Lippenbekenntnis ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Buss.

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU hat für die heutige Aktuelle Stunde ein ernstes und schwieriges Thema angemeldet. Sie haben formuliert, kein Kind dürfe aus den Augen verloren werden. Nach den Beratungen im Sonderausschuss "Vernachlässigte Kinder", dem auch ich angehörte, ist dies nach dem Fall Jessica auch eine richtige Konsequenz.

(*Wolfhard Ploog* CDU: Richtig!)

A Aus diesem Grund war es auch für die SPD-Fraktion stets klar, dieses Schülerregister zu unterstützen, weil nur so gewährleistet werden kann, dass die Schulen und die Schulbehörde die Übersicht darüber behalten, ob Kinder dem Schulbesuch entzogen werden oder nicht.

Aber das Problem, das jetzt aufgetaucht ist, lautet: Wie können wir verhindern, dass durch dieses Schülerregister das Gegenteil bewirkt wird, nämlich dass Kinder am weiteren Schulbesuch gehindert werden,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

denn wer glaubt, mit dem Schülerregister seien alle Probleme rechtsstaatlich beseitigt, macht es sich etwas zu einfach. Deutschland ist nun einmal seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland und damit auch zunehmend eines, in das illegal eingewandert wird. Wir können in Deutschland, selbst in Hamburg, illegale Einwanderung nicht verhindern und müssen uns deshalb deren Folgen entsprechend stellen. Wenn es Menschen in Hamburg gibt, die, aus welchen Gründen auch immer, hier illegal leben, dann darf es nicht dazu kommen, dass deren Kinder am meisten darunter leiden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir haben es spätestens, wenn es um die Kinder dieser Illegalen geht, mit einem klassischen Fall von Rechtsstaat auf der einen Seite und dem Gebot der Menschlichkeit auf der anderen Seite zu tun.

Insofern hat der Appell der 70 Menschen aus Hamburg auch sein Ziel erreicht. Wir diskutieren heute über diesen Konflikt und der Appell hat dazu entscheidend beigetragen. Nicht umsonst hat die hamburgische Presselandschaft dieses Thema ziemlich hoch aufgehängt.

B Es kann für uns kein Zweifel daran bestehen, dass die hier illegal lebenden Menschen gegen Gesetze verstoßen. Aber muss man deren Kinder, die ohnehin schon unter dieser Situation leiden, noch zusätzlich bestrafen, indem man ihnen den Schulbesuch erschwert, möglicherweise verwehrt? Es darf nicht das Ergebnis der Einführung des Schülerregisters sein,

(Harald Krüger CDU: Das ist es ja auch nicht!)

dass diese Kinder nicht mehr in die Schule kommen. Denn die Schule ist der einzige Schonraum, den diese Kinder noch haben. Wo sollen sie denn noch hin, wenn sie gerade durch ihren Schulbesuch die Lage der gesamten Familie aufs Spiel setzen?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Von daher erreicht dieses zentrale Schülerregister, so wie es zurzeit aufgebaut ist, gerade im Fall der Illegalen genau das Gegenteil: Es werden uns Kinder verloren gehen. Bildung ist aber für Kinder ein UNO-Menschenrecht. Das konnten auch Sie der Presse entnehmen, Frau Senatorin. Für die SPD-Fraktion ist daher klar, dass wir für dieses zentrale Schülerregister sind und immer sein werden, aber wir stellen uns zumindest die Fragen, ob man alle Daten, die in Paragraph 1 dieser Verordnung genannt sind, auch wirklich erheben muss und ob die Innenbehörde darauf ebenfalls Zugriff haben muss.

(Robert Heinemann CDU: Paragraph 2 ist der relevante Punkt, Herr Buss!)

– Kommen Sie doch her und sprechen Sie dazu, Herr Heinemann.

Die Diskussion, Wege zu finden, wie man diesen Zielkonflikt zwischen Rechtsstaat und Menschlichkeit bei der Ausgestaltung des Schülerregisters lösen könnte, zeichnet für mich die SPD aus und darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, ich habe mich gestern Abend über die sehr offenen und wie ich dachte ehrlichen Worte bei "Schalthoff live" gefreut. Ich habe jetzt das Gefühl, dass es entweder nicht ernst gemeint war, was Sie gesagt haben, oder dass Sie Druck aus der Innenbehörde bekommen haben und jetzt diese Rede halten mussten.

Ich frage an dieser Stelle noch einmal: Brauchen wir ein Schülerregister? Wir Grüne haben von Anfang an an der Wirksamkeit dieses Instruments gezweifelt. Wir alle wissen, dass das zentrale Schülerregister den Fall von Jessica nicht verhindert hätte. Sie wollen das Register trotzdem, weil Sie hoffen, vernachlässigte Kinder in die Schule zu bringen. Ich zweifle, ob man damit Erfolg hat. Ich zweifle aber nicht an den guten Absichten, die auch eben von der SPD noch einmal wiederholt wurden. Nur, in der Ausgestaltung gibt es Differenzen. Wir haben dem Register übrigens nicht zugestimmt.

Für vernachlässigte Kinder muss aus humanitären Gründen, und weil sie ein Recht auf Bildung haben, alles getan werden, um sie in die Schule zu holen. Genau das selbe gilt für Kinder ohne Aufenthaltsstatus.

(Beifall bei der GAL und bei Luisa Fiedler SPD)

Es geht um das "Wie". Sie haben den Appell an Ihrem Platz liegen. Es muss alles getan werden, dass sie in der Schule bleiben – wie es eben von Herrn Buss schon gesagt wurde – oder in die Schule kommen. Sie können sich an fünf Fingern abzählen, dass Eltern, die um die Abschiebung der ganzen Familie fürchten, ihre Kinder nicht an der Schule anmelden werden, wenn sie wissen, dass diese es der Ausländerbehörde meldet.

Mitten in diesem Konflikt stehen unsere Schulleiterinnen und Schulleiter. Diese sind angetreten, Kinder zu unterrichten, zu schützen und zu erziehen. Diese sind angetreten, um das Recht der Kinder auf Schulbesuch umzusetzen, wie es in Paragraph 1 unseres Hamburger Schulgesetzes steht, und zwar für ausnahmslos alle Kinder in Hamburg. Dort ist es festgeschrieben. Nun kommen sie in den Konflikt, dass sie etwas machen sollen, was einerseits der Gesetzgeber will – nämlich melden –, andererseits im Konflikt zum Schulgesetz steht. Die Frage ist: Wie soll man sich verhalten, wenn ein Gesetz sich gegen das andere ausschließt? Wir haben diese Problematik schon einmal bei dem neuen Ausländerrecht 1991 gehabt, als das Ausländerrecht gegen das Kinder- und Jugendhilfegesetz stand. Jede Schulleiterin und jeder Schulleiter, die sich und der sich für das Recht des Kindes auf Schulbesuch entscheidet, hat meinen und den vollen Respekt unserer Fraktion.

(Beifall bei der GAL)

C

D

A Wir brauchen so engagierte, so couragierte Schulleiter für die Kinder in Hamburgs Schulen. Wir müssen uns noch einmal anschauen, Herr Heinemann, um welche Kinder es eigentlich geht. Sie kennen den Fall Yeşim. Die Presse hat viel über diese Kinder geschrieben. Es geht um Kinder, die hier in Hamburg geboren sind, die deutsch sprechen, die integriert sind, die sechs, zwölf Jahre oder länger hier sind, die in die Kita, in die Schule gehen. Die Kinder können nichts dafür, wo sie leben und wann sie leben. Es geht nur um das Wohl der Kinder, unabhängig von ihren Eltern. Es geht um das Recht auf Bildung und ärztliche Versorgung.

Herr Heinemann, was Sie letztes in der Presse sagten – Zitat:

"Wenn sich Kinder jahrelang in einem illegalen Status befinden, ist das für sie psychisch sehr belastend."

Und weiter im Zitat:

"Für die Kinder ist es besser, den Fall zu lösen."

– Ja. Und dann sagen Sie:

"..., sie bekommen entweder einen sicheren Aufenthaltsstatus ..."

– Ja.

"... oder gehen zurück ins Heimatland."

Zitat Ende.

Um welche Heimat geht es eigentlich? Die Heimat dieser Kinder ist Hamburg. Was anderes kennen sie zum großen Teil gar nicht. Haben Sie auch einmal an die Furcht der Kinder, in ein Land geschickt zu werden – ob Afghanistan oder Dafour –, abgeschoben zu werden, wo sie weder Sprache noch Land kennen, wo Hunger und Krieg herrscht? Das ist für die Kinder ebenfalls belastend. Davon haben sie vielleicht die größte Angst und die ist berechtigt.

B

(Beifall bei der GAL und bei *Luisa Fiedler und Lutz Kretschmann-Johannsen, beide SPD*)

Jeder hier, der weiß, wie rigoros die Hamburger Ausländerpolitik in puncto Abschiebung ist, muss das bedenken. Auch die Schülerin Yeşim und ihre Mutter sollten abgeschoben werden. Erst nach wochenlangen öffentlichen Auseinandersetzungen, wo wirklich die Unmenschlichkeit auf dem Tisch lag, hat die Härtefallkommission diese richtige Entscheidung treffen können, dass Yeşim hierbleiben kann.

Wenn Sie, Herr Heinemann, das gestern Abend ehrlich meinten, wenn Sie den Eltern die Angst nehmen wollen, wenn Sie hinschauen wollen, wenn Sie wirklich helfen wollen, dann müssen Sie glaubhafte Signale senden, dann müssen Sie jetzt den Druck von den Schulleitern nehmen, dann müssen Sie den Fall Yeşim zur Regel machen und garantieren, dass Kinder ohne Aufenthaltsstatus wirklich ohne Angst vor Entdeckung geschützt werden.

Das, Herr Heinemann, wäre wirklich human. Politisch könnten Sie es, Sie müssen es nur wollen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenige Tage nach dem Tod der kleinen Jessica aus Jenfeld – das war genau am 9. März 2005 – haben wir hier in der Bürgerschaft eine sehr besonnene, noch ganz unter dem Eindruck dieses tragischen Todesfalls stehende Debatte geführt. Alle Fraktionen und der Senat waren sich damals einig, dass so etwas in Hamburg nie wieder geschehen dürfe und dass deshalb auch

C

(*Christian Maaß GAL:* Das ist so vorgeschoben, so durchsichtig!)

– ich betone: auch – die Vernetzung der Behörden und ihrer Informationen deutlich verbessert werden müsse.

(Beifall bei der CDU)

Alle waren sich insbesondere darüber einig, dass ein schnellerer Zugriff auf die Daten von Schülerinnen und Schülern, die in der Schule dauerhaft fehlen, dringend nötig sei, um eben nicht so viel Zeit verstreichen zu lassen. Der Senat und die CDU haben entsprechend zugunsten des Kindeswohls unverzüglich gehandelt. REBUS-Mitarbeiter sollten umgehend das Jugendamt benachrichtigen. Wir haben den Schulzwang im Schulgesetz eingeführt, wir haben die Absentismus-Richtlinie überarbeitet und wir führen jetzt das zentrale Schülerregister ein, um schnell nötige Daten zu übermitteln. So sichern wir den Schulbesuch aller Kinder in unserer Stadt.

Auch Sie, Frau Goetsch,

(*Antje Möller GAL:* Das ist so peinlich!)

D

waren vor anderthalb Jahren mit uns der Meinung, dass diese bessere Verknüpfung der Behörden nötig sei. Ich zitiere aus Ihrer Rede vom März 2005:

"Dann müssen daraus Konsequenzen gezogen werden, sei es, systemische Fehler abzustellen und die verbindliche Koordination zwischen den Ämtern anzuweisen, ..."

Das waren Ihre Worte.

(*Christa Goetsch GAL:* Natürlich, aber nicht mit der Ausländerbehörde!)

Genau diese verbindliche Koordination und Zusammenarbeit, das schnelle Auswerten und Überprüfen von vorliegenden Daten erlaubt das zentrale Schülerregister.

(*Christiane Blömeke GAL:* Wenn man das so auslegt!)

Mit ihm können unsere REBUS-Kollegen und im Zweifelsfall auch die Jugendämter eben nicht so rasch – ich zitiere wieder –

"systemischen Fehlern"

erliegen und allzu lange für das Feststellen von Meldeadressen und Familienhintergründen brauchen, sondern auch – wie Sie damals gefordert haben – durch verbindliche Koordination und Zusammenarbeit der Ämter schnell an die Informationen kommen. Frau Goetsch, nur durch diese konsequente Vernetzung von Behörden und Infos können wir helfen, solch tragische Fälle wie den Tod der kleinen Jessica zukünftig zu verhindern.

- A (Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL*: Tun Sie doch nicht so, Sie wollen abschieben, das ist Ihr Ziel!)
- Natürlich wissen das hier heute in diesem Hause alle. Weil Sie es wissen, hat es hier im Hause auch keine Einwände gegeben, als am 27. September 2005 die Drucksache 18/2926 mit dem Titel "Hamburg schützt seine Kinder" zur Kenntnis genommen wurde.
- (*Antje Möller GAL*: Dagegen kann man doch keine Einwände erheben!)
- Denn unter 3.1.3 zum zentralen Schülerregister steht – ich zitiere:
- "Andere Behörden können Auskünfte erhalten oder online Einsicht in das Register nehmen."
- Sie, Frau Goetsch, haben soeben gesagt, Sie hatten Zweifel am zentralen Schülerregister. Bisher haben Sie diese nicht geäußert.
- (*Christa Goetsch GAL*: Das ist ja gar nicht wahr!)
- Ich denke, das zentrale Schülerregister ist ein entscheidender Schritt, diese Lücken im System, die wir bisher hatten, zum Schutz des Kindeswohls zu schließen.
- Ich frage mich nur: Warum ist Ihnen, Frau Goetsch, und einigen Kollegen der SPD eigentlich offensichtlich das Kindeswohl in bestimmter Art und Weise nicht mehr so wichtig?
- (*Christian Maaß GAL*: Fadenscheinig!)
- B Warum wollen Sie der Öffentlichkeit und den nicht legal in Hamburg lebenden Ausländern einreden, dass eine zentrale Schülerregistrierung gleichbedeutend mit Abschiebung sei? Sie wissen, dass das nicht stimmt.
- (Beifall bei der CDU)
- Warum wollen Sie den Menschen weismachen, dass das Recht auf Bildung jedes Kindes und sogar die Erfüllung der Schulpflicht gefährdet sei? Sie wissen, dass auch das nicht stimmt.
- (*Dirk Kienscherf SPD*: Fragen Sie doch einmal den Innensenator!)
- Keine gesetzliche Regelung hebt das Recht auf Schulbesuch wie die Schulpflicht aus. Kein Kind, Herr Buss, wird am weiteren Schulbesuch gehindert. Auch nicht, und jetzt möchte ich Sie bitten, einmal genau hinzuhören, die schon im Jahr 1997 unter einer SPD-Schulsenatorin erlassene Schuldatenschutzverordnung, in der ausdrücklich der aufenthaltsrechtliche Status ausländischer Schüler als Gegenstand der Datenverarbeitung genannt wird. – 1997.
- (*Wolfgang Ploog CDU*: Hört, hört!)
- Sie haben in den letzten neun Jahren nicht dagegen protestiert. Deshalb, denke ich, ist diese Diskussion, wie sie von Ihnen angestoßen wurde, scheinheilig.
- (Beifall bei der CDU)
- Sie verbreiten hier wissentlich Unwahrheiten und schüren damit Angst – Angst bei Menschen, die sich nicht wehren können. Das halte ich für unverantwortlich.
- (Beifall bei der CDU – *Nebahat Güçlü GAL*: Schämen Sie sich nicht?! – *Christian Maaß GAL*: Unverschäm!)
- Wahr ist dagegen, dass mit solchen Falschdarstellungen bewirkt wird, dass ein illegal in Hamburg lebendes Kind aus der Grauzone von dauerhafter Ungesetzmäßigkeit und ständiger Angst nicht herauskommt. Wahr ist, dass wir nur durch ein Herausholen aus der Illegalität, durch verantwortungsvolle Einzelfallprüfungen, wie sie in Hamburg stattfinden, Sicherheit und einen Schutz – auch versicherungsrechtlich – für die Kinder schaffen.
- (Beifall bei der CDU)
- Ich frage die Unterzeichner des aus meiner Sicht unverantwortlichen Appells an die Schulleiter noch einmal: Wie wollen Sie durch Rechtsbruch und Grauzone sicherstellen, dass wir nicht einen weiteren Fall Jessica erleben, der dann vielleicht ein illegal in Hamburg lebendes Kind betrifft? Was verstehen Sie unter Kindeswohl? Ich sage Ihnen hier ganz deutlich: Für mich sind auch Kinder, die in ständiger Angst leben, gefährdet.
- (Beifall bei der CDU)
- Auch deshalb haben die CDU und der Senat sich für die Maßnahmen der Drucksache "Hamburg schützt seine Kinder" so nachhaltig engagiert. Dazu brauchen wir genau die Informationsvernetzung aller Hamburger Behörden, die an diesem Ort vor anderthalb Jahren auch alle gefordert haben. Dazu brauchen wir aber auch das Vertrauen in die ausländerrechtliche Einzelfallprüfung.
- (Zurufe von der GAL)
- Denn schließlich zeigt die Erfahrung, dass dabei in der Vergangenheit in der Regel zugunsten des Abschlusses der schulischen Bildung von Kindern und Jugendlichen entschieden wurde.
- (Glocke)
- Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Frau Senatorin, entschuldigen Sie die Unterbrechung, aber die Liste der Wortmeldungen ist noch sehr leer. Wir könnten uns die Zwischenrufe sparen. Ich nehme noch jede Menge Wortmeldungen entgegen. Ich glaube, das hilft der Debatte. – Danke.
- Senatorin Alexandra Dinges-Dierig** (fortfahrend): Für das körperliche und seelische Kindeswohl, für die Schulbildung aller unserer Kinder in Hamburg ist das zentrale Schülerregister gut. Für die CDU und den Senat steht das Wohl der Kinder, der Schutz aller Schülerinnen und Schüler im Vordergrund. – Vielen Dank.
- (Beifall bei der CDU)
- Erste Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Ploog.
- Wolfgang Ploog** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Goetsch, das Beispiel, das Sie genannt haben, war nun gerade das falsche Beispiel. Denn, ohne in Einzelheiten zu gehen, als der Fall Yeşim aufbrach, hat meine Fraktion als erste gesagt, Yeşim solle bleiben. Ich habe überhaupt keine Schwierigkeiten gehabt – hören Sie doch einmal zu, Sie müssen nämlich nicht das Falsche berichten –, weder in der Fraktion noch mit dem Senat, diesen Fall so zu lösen, wie er gelöst wurde. Auch die Mutter darf bleiben. Im Übrigen wurde bei beiden Kindern nun auch noch zusätzlich dafür gesorgt, dass sie in das Gesundheitssystem aufgenommen

A men werden, was dringend nötig war. Deswegen kann ich überhaupt nicht verstehen, was diese Form der Angst-mache soll. Dazu ist das Erforderliche aber gesagt.

Ich möchte noch ein bisschen zu dem ordnungspolitischen Aspekt sagen, denn über den weiteren Sinn und die Notwendigkeit des Schülerregisters waren Sie sich einig. Das hat die Senatorin eben auch berichtet und Herr Heinemann hat dazu auch das Erforderliche gesagt. Nun plötzlich zerfällt die Einigkeit des Hauses, weil das Register einen Nebeneffekt zeitigt: Es gibt uns Auskunft über sogenannte illegale Kinder. Lehrer und Medien sind in Aufruhr, die Kinder sollen nicht gemeldet werden. Auch da muss ich sagen – und das ist auch schon gesagt worden: Warum eigentlich nicht? Warum wollen Sie eigentlich diese Menschen dem Schutze des Staates entziehen?

(*Nebahat Güçlü GAL*: Weil Sie keine Alternative bieten!)

Welche Begründung gibt es dafür?

(Beifall bei der CDU)

Sie unterstellen einfach, dass es irgendwo einen Eingreiftrupp der Innenbehörde gibt, der dann sagt "Erkannt, gegriffen und abgeschoben." Da kann ich Ihnen nur eines sagen:

(Zurufe von *Nebahat Güçlü GAL*)

– Ja, das sind Ihre bössartigen Unterstellungen. Da brauchen Sie gar nicht zu zetern und mir Beifall zu klatschen – das ist völlig falsch.

(Beifall bei der CDU)

B Ich empfinde es als eine üble Unterstellung meiner Fraktion und dem Senat gegenüber, dass wir mit Kindern und Menschen so verfahren. Das wissen Sie genau.

(Beifall bei der CDU)

Die Verfahren laufen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ab und Sie haben überhaupt nicht das Recht, in dieser Stadt Zweifel zu säen, dass wir anders verfahren würden.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Doch, das haben wir!)

Sie liegen völlig falsch.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen noch eines: Das Wegducken der Schulleitungen löst die Probleme dieser Familien überhaupt nicht. Das wird Ihnen auch bekannt sein. Ich komme auf das zurück, was ich Ihnen zu dem ordnungspolitischen Aspekt sagen wollte: Ich meine, dass jeder Staat, auch die Freie und Hansestadt Hamburg, zunächst einmal einen Anspruch darauf hat, zu wissen, wer sich auf Dauer in seinen Mauern aufhält. Dazu gehören auch diese Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Die haben sich zu erkennen zu geben. Hamburg und Deutschland sind weder Aufenthalts- noch Rückzugsräume für verschleierte Identitäten. Das kann nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Dabei tauchen im Übrigen auch die Fragen auf: Warum kommen diese Menschen nach Deutschland? Warum kommen sie nach Hamburg?

(*Christian Maaß GAL*: Um hier zu arbeiten!)

Sie kommen doch in erster Linie, um hier Schutz und günstigere Bedingungen für ihr Leben zu finden. Da müssen sie doch keine Angst haben vor dem Staat, der ihnen diese Möglichkeiten bietet.

(Lachen bei der GAL – vereinzelter Beifall bei der CDU)

– Ihr Lachen könnte mir Gelegenheit geben, darüber noch weitere Ausführungen zu machen. Aber es ist völlig irrsinnig, was Sie da unterstellen.

Wer in der Illegalität lebt – das ist hier auch gesagt worden, ich muss es einfach wiederholen –, ist schutzlos und entzieht sich unseres Schutzes und unserer Fürsorge. Die Einzelheiten sind genannt worden: Krankenversicherungsschutz ist nicht geboten, Grundsicherungsleistungen auch nicht; Schutz vor Ausbeutung bei Schwarzarbeit, auch eine Sache, die wir immer wieder beklagen und die bekämpft werden muss; der Schutz der Kinder gegen Unfälle in der Schule ...

(Zurufe von der GAL)

– melden Sie sich bitte, wenn sie etwas zu sagen haben, ich bin noch nicht ganz fertig und vielleicht sind Sie dann auch zufrieden.

(*Farid Müller GAL*: Wir dürfen auch dazwischenrufen!)

– Das dürfen Sie machen, aber qualifiziert bitte.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mit dem Auftauchen aus der Illegalität – das muss hier auch noch einmal festgestellt werden, darauf hat auch zutreffend schon der Kollege Heinemann hingewiesen – endet auch der psychische Druck, der diese Menschen krank machen kann. Ich darf auch noch einmal auf diesen Appell zurückkommen. Ich meine, Sie können doch nicht von einem kleinen Kind verlangen – und wie wollen Sie ihm das beibringen: "Du nimmst an den Schülermonatskarten nicht teil, Du musst Dein Geld jeden Tag bei mir abholen, sonst entdecken sie Dich. Du musst über die Straße schleichen, sonst entdecken sie Dich. Wenn Du einen Unfall hast, musst Du nach Hause kommen, Du darfst nicht ins Krankenhaus. Alles fliegt auf."

(*Farid Müller GAL*: Das ist die Realität!)

Was ist denn das für ein Leben? Und Sie muten nun den Schulleitern zu, dass sie dafür sorgen sollen, dass das aufrechterhalten wird? Ich habe dafür nicht das geringste Verständnis.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen noch einmal:

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Ploog, Sie ...

Wolfgang Ploog (fortfahrend): – Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Ich fordere dazu auf, dass die Schulleiter ihrer Meldepflicht nachkommen und ich sage Ihnen, dass die CDU-Fraktion, wie von der Senatorin schon versprochen, sich dem anschließt und dafür sorgt, dass diese Kinder ihre

C

D

A Schulbildung hier zu Ende durchführen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Ploog, in Ihren Äußerungen war durchaus ein bisschen Zynismus dabei.

(Karen Koop CDU: Nein, das war es genau nicht!)

Den hätten Sie sich wirklich sparen können, weil das der Problematik an dieser Stelle nicht gerecht wird. Das möchte ich für uns erst einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Denn für uns gilt ganz klar, dass wir Verständnis haben für die Pflichtenkollision, für den Konfliktpunkt, der die betroffenen Schulleiter an dieser Stelle erfasst hat. Aber wir gehen mit diesem Dilemma um und versuchen da auch einen Ausweg zu finden. Ich finde, es ehrt auch uns als Fraktion, dass wir in dieser Frage versuchen, einen vernünftigen Weg zu finden – rechtsstaatlich und human. Das ist allemal besser, als wenn man sagt, wir machen das einfach nach Schema F. Das kann es nicht sein, sondern wir müssen einen vernünftigen Ausweg aus dieser Situation finden.

(Beifall bei der SPD)

B Deshalb finde ich es auch eine ziemliche Frechheit, zu behaupten, dass hier einigen im Hause bei dem Thema das Kindeswohl egal sei. Das kann doch wirklich nicht der Punkt der Debatte sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Aber wir sagen auch, dass Rechtsverstöße an dieser Stelle letztlich dieses Problem, das wir mit Illegalität in diesem Bereich haben, nicht lösen können und nicht lösen werden. Man muss auch sagen, dass die Schule letztlich nicht der Ort sein kann, um das Problem der Illegalität zu lösen.

(Beifall bei der SPD und bei *Nebahat Güçlü und Christiane Blömeke, beide GAL*)

In Wahrheit ist die rechtliche Situation nach dem Ausländerrecht durch das Schülerregister nicht verändert worden, sondern die Pflichten durch das Aufenthaltsgesetz, durch Bundesrecht, sind geregelt und verändern sich an dieser Stelle durch das Schülerregister nicht. Das Problem ist jetzt offenbar geworden, stärker als das vorher der Fall war.

Deshalb müssen wir – da knüpfe ich auch an das an, was der Kollege Buss gesagt hat – danach schauen, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. Wie gesagt, rechtsstaatlich und human. Wir als SPD haben uns die ganze Zeit dafür eingesetzt, dass Kinder und Jugendliche, deren Aufenthaltsgenehmigung endete, bis zum nächst höheren Schulabschluss diese Ausbildung, diesen Schulabschluss tatsächlich auch zu Ende machen können.

Dieses muss im Wege von Einzelfallentscheidungen erreicht werden. Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes haben wir über die Härtefallkommission und über diesen rechtlichen Weg auch die Möglichkeit dazu. Das

heißt, wir können – und ich sage ganz deutlich, wir müssen – bei diesen Fällen, die jetzt offenbar werden, genau diesen Weg gehen. Das ist unsere Forderung an den Senat, das ist unsere Erwartung an Sie, ...

(Karen Koop CDU: Genau das hat er doch gesagt! Was ist denn daran zynisch?!)

– weil Sie ganz genau wissen, Frau Koop, dass es am Schluss nichts nützt, wenn die Härtefallkommission ein Ersuchen beschließt, das in der Innenbehörde nicht umgesetzt wird. Deshalb muss diese Rechnung mit der Innenbehörde und mit dem Innensenator gemacht werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Deshalb habe ich das sehr wohl vernommen – ich war gestern Abend auch bei "Schalthoff live" –, dass Herr Heinemann hier eine wirklich sehr honorige Zusicherung gegeben hat.

(Michael Neumann SPD: Aber der Innensenator nicht!)

– Ja, deswegen ist die entscheidende Frage – ich nehme Ihnen das auch persönlich absolut ab –: Kann Herr Nagel, kann sein Staatsrat Ahlhaus, kann die Innenbehörde zusichern, dass dieser Weg gegangen wird? Das ist doch die entscheidende Frage. Dann werden wir aus diesem Dilemma herauskommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Jenseits dessen muss es darum gehen, an den grundsätzlichen Problemen, die wir mit dem Bereich der Illegalität haben, zu arbeiten. Hier brauchen wir, um nur ein Beispiel zu nennen, endlich eine vernünftige Bleibe-
rechtsregelung für langjährig Geduldete. Das gibt auch einen Anreiz, nicht in die Illegalität in Deutschland abzurutschen. Da muss dieser Senat endlich seine Blockadehaltung überwinden, insbesondere Sie, Herr Nagel.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL –
Karen Koop CDU: Das ist doch nicht Ihre Idee!)

Es hat mit der liberalen, weltoffenen Tradition dieser Stadt nichts mehr zu tun, wenn Sie sich in den Geleitzug von Herrn Beckstein begeben. Da sollten Sie wirklich an andere Traditionen anknüpfen.

Natürlich muss es auch repressive Instrumente geben, aber insbesondere zuvörderst im Bereich der Schleuser und Menschenhändler, der Leute, die an dem Unglück dieser Leute so massiv verdienen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen feststellen, dass wir allein mit diesen Instrumenten nicht weiterkommen. Wir müssen insbesondere auf Bundesebene sehen, wie wir den rechtlichen Status verändern und auch verbessern können. Gerade im Bereich der humanitären Situation – Herr Ploog hat die Punkte angesprochen – muss es eine Veränderung geben. Deswegen hoffe ich, dass der Prüfauftrag, den die Große Koalition in Berlin formuliert hat, jetzt ordentlich abgearbeitet wird. Da fände ich es gut, wenn wir als Bürgerschaft hier einen Beitrag für diese Diskussion leisten, um diese unbefriedigende Situation endlich zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das beinahe Interessanteste an der Debatte und vor allem an der völlig überreizten Rede der Senatorin ist doch, dass Sie die Reaktionen auf den Appell völlig unterschätzt haben. Sie haben völlig unterschätzt, wie wichtig es der Öffentlichkeit und den Medien ist, dass genau dieser Punkt, den Sie jetzt wieder herunterspielen wollen, nämlich das Verhindern des Schulbesuches von Kindern im nicht legalen Aufenthalt durch den Zugriff auf die Daten durch die Innenbehörde, gestoppt wird. Sie haben das völlig unterschätzt.

(Beifall bei der GAL und bei *Sabine Boeddinghaus SPD*)

Es hat Sie einfach völlig überrascht, dass an dem Punkt eine Debatte auftaucht.

Es haben mehrere Leute diese Sendung gesehen. Das ist dem Sender auch einmal zu wünschen. Aber Sie haben sich merklich in Ihrer inhaltlichen Argumentation zu heute, sagen wir einmal, korrigieren lassen.

Herr Heinemann, Sie haben gestern gesagt:

"Selbstverständlich waren die Auswirkungen bekannt. Selbstverständlich wussten wir, dass es dazu kommen wird, dass die Familien im illegalen Aufenthalt dadurch Auswirkungen auf die Bildung ihrer Kinder haben."

Das wussten Sie. Sie haben auch gesagt:

B "Wir haben lange überlegt, wie wir damit umgehen."

Sie haben nur nicht gesagt, was dabei herausgekommen ist. Denn das ganze Thema hätten Sie von sich aus einschließlich der Senatorin überhaupt nicht angesprochen, wenn es nicht andere getan hätten. Das ist am bittersten und man kann es nicht deutlich genug öffentlich sagen: Sie hätten dieses Thema schlicht und einfach verschwiegen.

Das Problem, das Sie mit dem Schülerregister haben werden, ist die Nachprüfbarkeit des Erfolges. Sie werden sich schwer damit tun, wirklich nachweisen zu können, dass die Vernachlässigung von Kindern dadurch gestoppt wird. Was man aber sofort sehen wird, ist, dass die Zahl der Abschiebungen mit Familien, deren Kinder in der Schule waren, rapide steigen wird.

(Beifall bei der GAL)

Ich freue mich darüber, dass die Sensibilität in der Öffentlichkeit derartig groß ist. Ich freue mich über diese Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner eines Appells, der weder zu einem Rechtsbruch noch zu sonst etwas nicht Legalem aufruft, sondern lediglich auf eine Pflichtenkollision hinweist, die offenbar von der Senatsebene, aber auch von der Mehrheitsfraktion, bewusst ignoriert wird. Ich kann nur weiterhin dazu auffordern, sich diesem Appell anzuschließen.

(Beifall bei der GAL)

Zum Stil dieser Debatte, um mich kurz mit der Rede der Senatorin zu beschäftigen: Sie sagen, wir hätten hier keinen Einspruch erhoben. Vielleicht sind Ihnen die parlamentarischen Gepflogenheiten nicht ganz vertraut. Wenn etwas zu Kenntnis gegeben wird, kann man dagegen keinen Einspruch erheben. Eine Kenntnisnahme ist

eine Kenntnisnahme. Der interfraktionelle Antrag, der gemeinsam beschlossen wurde, hatte dieses Register mit dem Zugriff der unterschiedlichen Behörden nicht zum Thema. Von daher stimmt einfach nicht, was Sie hier eben gesagt haben.

(Beifall bei der GAL)

Im Übrigen hat das Datenregister von 1997, auf das Sie hier so süffisant hingewiesen haben, niemals Zugriff auf die Daten und keinen Abgleich mit den Daten der Innenbehörde beinhaltet. Auch dies ist ein Vergleich, der deutlich macht, wie sehr Sie beißen müssen, um sich hier dem Thema überhaupt widersetzen zu können.

Noch etwas wird mehr als deutlich: Die ganze bundes- und europaweite Debatte zum Thema "Familien und Personen im nicht legalen Aufenthalt" scheint an der CDU, aber auch am Senat völlig vorbeigegangen zu sein. Es gibt seit Jahren, initiiert durch die Kirchen, aber auch zum Teil durch die Gewerkschaften, eine Diskussion darüber, wie man mit der Tatsache umgehen solle, dass wir hier wie in anderen europäischen Ländern eine Einwanderung in den nicht legalen Aufenthalt haben. Europaweit wird mit Konventionen gearbeitet, die diese Personen als Wanderarbeiter und -arbeiterinnen bezeichnen. Das ist nämlich der Haupteinwanderungsgrund. Dieses Motiv ist nicht gewollt. Auch in Deutschland will dies niemand legalisieren. Die Debatte in anderen europäischen Ländern läuft anders, aber diese Menschen haben drei Grundrechte und diese haben auch wir als Bundesland Hamburg zur gewährleisten. Das Recht auf Bildung ist eins davon.

(Beifall bei der GAL und bei *Wilfried Buss SPD*)

Wenn Sie an dieser Stelle plötzlich feststellen, dass nicht nur einmal wieder die Grünen oder andere Interessierte sich dieses Themas annehmen, sondern auch zum Beispiel einzelne Bezirke, dass sich die Kirchen damit beschäftigen, dass es auch im Innenausschuss auf Bundesebene ein Thema war, dass es Teil des Koalitionsvertrages ist, wird es Zeit, dass auch Sie sich dieses Themas annehmen und hier zu einer klaren Äußerung kommen, ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Bitte kommen Sie zum Schluss.

Antje Möller (fortfahrend): – ich komme zum Schluss –, wie Sie das Recht dieser Kinder auf Schulbesuch schützen wollen, und zwar so, dass sie mit Ihren Familien hierbleiben können und nicht nur sie allein.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es schade, dass wir bei einem so wichtigen und ernsten Thema teilweise so unsauber argumentieren. Zum einen hat Herr Buss hier noch einmal behauptet, in Paragraph 1 stehe das Thema "aufenthaltsrechtlicher Status". Wenn Sie bitte richtig in die Verordnung schauen würden: Es gibt einen Teil 2, der mit "Besonderheiten des automatisierten Schülerregisters" überschrieben ist. Es hilft, dort hineinzuschauen. Dort

- A steht nämlich genau der aufenthaltsrechtliche Status nicht drin. Die Aussage stimmt also, dass der aufenthaltsrechtliche Status im Schülerregister nicht erfasst wird.

Dann wurde mehrfach behauptet, meine Position heute und gestern bei Schalthoff sei nicht dieselbe. Es wurde allerdings kein Beispiel genannt, wahrscheinlich deshalb, weil es gar keinen Unterschied gibt. Ich habe gestern und heute genau das Gleiche erklärt, dass wir versuchen würden – es gibt die Einzelfallprüfung und die rechtlichen Rahmenbedingungen – jedem Schüler den Abschluss eines Bildungsganges hier zu ermöglichen und dafür entsprechend den Aufenthaltsstatus sicherzustellen. Herr Ploog hat dies auch noch einmal erklärt.

Zu Frau Möller: Wir haben es schon lange vorhergesehen, da wir – offenbar anders als Sie – das Thema besser durchschaut und uns intensiver damit beschäftigt haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Nagel soll einmal etwas dazu sagen!)

Wir haben diese Linie von daher schon lange für uns festgelegt. Wir sind damit bislang nur nicht groß an die Öffentlichkeit getreten, weil niemand weiß, wie viele Kinder betroffen sind, niemand, weder Sie noch wir wissen es. Nur weil Sie jetzt Panik gemacht haben – insofern haben Sie einen medialen Erfolg gehabt, den gönne ich Ihnen auch –, und zwar zulasten der Kinder, und weil jetzt aufgrund Ihrer Panikmache in der Tat droht, dass diese Kinder nicht mehr zur Schule gehen, sagen wir nun öffentlich, was wir dort planen. Aber die entsprechende Politik von Herrn Ploog und der Innenbehörde der vergangenen Jahre zeigt, dass wir mit dieser Thematik auch in der Vergangenheit sehr sorgsam umgegangen sind.

B

(Beifall bei der CDU)

Sie versuchen hier immer, ein Thema, das rechtlich auf ganz anderer Ebene, im Bund, geändert werden müsste, über das Schülerregister zu lösen. Das ist natürlich der völlig verkehrte Weg. Ich hätte mich gefreut, wenn sich wenigstens die SPD heute diesbezüglich eindeutig positioniert hätte. Herr Buss war völlig nebulös.

(Michael Neumann SPD: Wenn Sie so weiterreden, unterschreibe ich auch noch!)

Bei Herrn Buss habe ich nur verstanden: Schülerregister eigentlich "ja", aber irgendwie gibt es auch Probleme. Das war Herr Buss. Dann kam, Gott sei Dank, noch Herr Dr. Dressel, der es dann ein bisschen auf den Punkt gebracht hat, aber gleichzeitig halten Frau Boeddinghaus und Frau Fiedler an ihrem Aufruf fest. Wo, Herr Neumann, ist bitte die Position der SPD? Sorgen Sie bitte dafür, dass Frau Fiedler und Frau Boeddinghaus den Aufruf zurückziehen, nur dann können Sie auch glaubhaft damit umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe den Eindruck, dass es nur eine Fraktion gibt, die im Moment ehrlich mit diesem Thema umgeht und sich ehrlich Gedanken darüber macht. Das ist die CDU.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özoguz.

Aydan Özoguz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, Sie machen den Bock zum Gärtner. Sie verwirren die Debatte.

C

Ich möchte auf Senatorin Dinges-Dierig eingehen: Wollen Sie das Kernproblem nicht sehen oder können Sie es nicht sehen? Sie stoppen nämlich bei Ihren Ausführungen immer an der Stelle, wo es um Konsequenzeninge, ...

(Dr. Martin Schäfer SPD: Wo es ums Thema geht!)

– ja, wo es ums eigentliche Thema geht. Wir sind uns alle darüber einig, dass wir Vernachlässigung von Kindern aufdecken wollen. Das ist überhaupt nicht die Frage. Sie haben sehr lange dazu gesprochen, weil Sie wissen, dass sich niemand dagegen aussprechen würde. Das ist nicht der Punkt. Man kann jedoch sehr zynisch wirken, wenn man hier steht und sagt, man tue dies alles zum Schutze der Kinder, wohl wissend, dass dies Abschiebung für Kinder und ihre Familien bedeuten wird. Das ist zynisch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte auch auf die Härtefallkommission eingehen. Wir arbeiten dort, Gott sei Dank, sehr konstruktiv zusammen. Das ist richtig. Aber es ist interessant, dass hier immer nur auf *einen* Fall der Illegalität eingegangen wird. Es gibt aber einen zweiten und dort sperrt sich die Ausländerbehörde bisher, eine Lösung herbeizuführen. Wenn man das Problem nennt, muss man es ganz nennen. Wie sollen Sie denn Vertrauen wecken, wie sollen denn die Familien dort dem Staat Vertrauen schenken – das wurde hier gesagt –, wenn er eben dieses Vertrauen nicht ermöglicht und nicht bereit ist, etwas für diese Familien zu tun und nach Lösungen zu suchen. Nennen Sie also bitte das ganze Spektrum und nicht nur den einen Teil, der Ihnen gerade zupass kommt, Frau Senatorin.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Übrigens wissen wir alle – ich würde mich freuen, wenn wir darüber in ein konstruktives Gespräch kämen –, dass Illegalität in den Großstädten immer vorhanden sein wird, dass der Rechtsstaat dies selbstverständlich nicht befördern kann und soll, sondern sich immer dafür einsetzen muss, dass es möglichst keine illegalen Aufenthalte gibt,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

aber wir wissen, dass es dies gibt, und – der Satz geht noch weiter – am allerwenigsten dürfen Kinder darunter leiden, wenn Ihre Eltern diesen Weg gewählt haben, dass nun ausgerechnet über sie und über das Vertrauensverhältnis an den Schulen ihr Leben zerstört wird. Wir müssen das Thema von beiden Seiten betrachten. Ich möchte dabei wiederholen, was mein Kollege, Willi Buss, gesagt hat: Wir haben den wichtigen Rechtsstaat auf der einen Seite, wir haben die Humanität auf der anderen. Es ist unsere Aufgabe, dieses beides so gut wie möglich zusammenzubekommen. Es ist Ihre Aufgabe, uns hierfür Lösungen zu präsentieren. Es ist die Aufgabe des Innenministers, sich auch einmal hier hinzustellen und zu sagen, was er von dieser ganzen Angelegenheit hält. Er hält sich nämlich vornehm zurück.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Andrea Hilgers SPD: Peinliche Zurückhaltung!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

A **Christa Goetsch** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, Sie sagten gerade, dass Sie sich sehr intensiv mit der Thematik auseinandersetzen würden. Das finde ich gut. Ich finde es gut, dass es jetzt hier in Hamburg wie auch schon in anderen Bundesländern und speziell auch – wie schon genannt – in den Kirchen ein Thema ist, dass wir an die Öffentlichkeit bringen und nicht geheim, hinter verschlossenen Türen verhandeln. Seit ich mich mit diesem Thema beschäftigte, war es so. 1994, als wir mit einer Delegation von Mitgliedern der Universität Hamburg und des Landesinstituts nach New York reisten, fragten wir die Leiterin einer Schule in der South Bronx, wie sie denn mit Kindern umgingen, die illegal seien. Das war nämlich schon 1994 ein Thema, das aber noch keine Öffentlichkeit hatte, aber die Kinder sind da und es geht mir und uns um die Kinder. Diese Schulleiterin schaute vollkommen entsetzt, Sie sagte, ob legal oder illegal, dies seien Kinder, sie seien Pädagogen, diese Kinder hätten ein Recht auf Bildung, Schulbesuch, einen Mittagstisch und eine Fahrkarte. Punkt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle ein Zitat anfügen:

"Mit dem Kindeswohl ist es nicht vereinbar, dass Eltern wegen dieser unklaren Rechtslage ihrer Kinder sie nicht in die Schule schicken. Eine Meldepflicht von Personen und Institutionen, mit denen ausländische Kinder im Zusammenhang mit ihrem Schulbesuch Kontakt bekommen, sollte daher generell ausgeschlossen werden."

B Das ist die Empfehlung der Süssmuth-Kommission, die auch auf diese Problematik hingewiesen hat, und zwar nicht nur Frau Süssmuth, sondern alle Experten, die in dieser Kommission saßen, eben auch Kirchen, denn die Kinder sind da. Es geht immer um die Kinder.

Ein weiteres Beispiel: Frau Senatorin Dinges-Dierig hat versucht, mit Zitaten etwas zu widerlegen. Das ist ihr nicht gelungen, denn wir haben diesem Register tatsächlich nie zugestimmt, sondern nur Kenntnis genommen. Wir haben uns auch schon damals, als es um das Register ging, damit beschäftigt, wie es mit der Kooperation von Behörden aussieht. Natürlich müssen Jugendhilfe, Jugendamt und ASD eingebunden werden, aber Zugriff durch die Innenbehörde, das darf nicht sein. Sollten Sie Vorschläge machen, die dies wirklich garantieren, sind wir dafür offen. Herr Ploog, ich weiß um ihre hoch kompetente Arbeit in der Härtefallkommission. Wir können uns aber nicht darauf verlassen. Wollen Sie jedem Schulleiter von vorn herein einen Vordruck für eine Eingabe beim Eingabenausschuss in die Hand drücken? Das ist vielleicht eine Möglichkeit, aber ich bin hier sehr skeptisch. Es muss glaubhaft sein. Es ist nicht eine Frage des Könnens, sondern des politischen Willens. Ich will gar nicht die Forderungen der UNO zitieren, ich will nur die CDU Altona an dieser Stelle einbeziehen, die das sehr gut kommentiert hat. Es muss wirklich um Lösungen gehen, die kurzfristig tragen, und es muss um Lösungen gehen, die langfristig tragen. Herr Dr. Dressel hatte Recht, als er gestern Abend sagte, diesbezüglich müssten bundesweite Entscheidungen gefällt werden. Das heißt, wir hier in Hamburg können natürlich die Frage der Legalisierung nicht langfristig lösen, wie es zum Beispiel andere europäische Länder längst getan haben. Aber wir können zum Schulbesuch lokale Lösungen finden. Es geht in München, es geht in Freiburg, es geht übrigens auch an

Hamburger Schulen: Es geht an katholischen Schulen, es geht an evangelischen Schulen. Wir wissen, dass die Kinder dort geschützt werden. Das wünsche ich mir auch von den staatlichen Schulen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns dort etwas anschauen würden.

Ich möchte mit einem Zitat aus dem Appell enden, um alle Missverständnisse auszuräumen. In diesem Appell steht:

"An die Bürgerschaft und den Senat richten wir den Appell, zur Wahrung der Rechte dieser Kinder in Bezug auf das ZSR ein Moratorium einzurichten und innerhalb der gesetzlichen Regelungen für einen Schutzmechanismus für die betroffenen Kinder zu sorgen."

Dies und nicht mehr wünschen wir uns für das Wohl der Kinder und ihr Recht auf Bildung. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ploog.

Wolfgang Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat wenig Sinn, sich weiterhin gegenseitig Vorwürfe zu machen. Es ist auch wenig zielführend, die Senatorin hier weiter anzugreifen.

(*Wilfried Buss SPD: Wer hat denn angefangen?*)

– Sehen Sie, Ihre Reaktion zeigt mir, dass ich mit dieser Aussage genau richtig liege.

In der Tat geht es uns um das Kindeswohl, Frau Goetsch. Nebenbei bemerkt, was Frau Özoguz beklagte: Es liegt kein weiterer Fall vor, bei welchem dem Anspruch des Kindes nicht genügt werden soll. Ich bin guten Mutes, dass auch der Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg mit uns diesen Weg beschreiten wird, der zum Erfolg führt.

(*Michael Neumann SPD: Das soll Herr Nagel einmal erklären!*)

– Der Senator ist hier gar nicht gefragt. Dies ist ein Thema der Bürgerschaft.

Ich gebe Ihnen jetzt auch noch die Erklärung meiner Fraktion.

(*Michael Neumann SPD: Nein, der soll selbst reden!*)

– Ich kann doch nicht für den Innensenator sprechen. Es ist Ihr Unwissen, dass Sie sich nicht genügend in der Tiefe und Breite um die Probleme bemühen. Sie sagen immer, Sie hätten hier nur partiell Erfolge. Ich kann Ihnen nur Eines sagen: Der Senat ist damit auch auf uns zugekommen. Wir sind uns einig, in der Härtefallkommission immer in erster Linie das Wohl der Kinder im Auge zu haben. Vielen Kindern haben wir schon in der vergangenen Zeit – wir können es noch nicht sehr lange – auch den weiteren Schul- oder Ausbildungsbesuch ermöglicht. Deswegen müssen Sie sich an der Sache orientieren und nicht Ihren Gefühlen freien Lauf lassen.

Natürlich kann ich nicht verlangen, die Schulleitungen möchten auf mich zukommen und ein Formular für den Eingabenausschuss entgegennehmen. Das hilft auch nicht weiter. Ich biete den Schulleitungen aber an, mich gerne anzurufen. Dann muss man sehen, wie man individuelle Lösungen findet. Ich sage Ihnen aber auch Eines:

A Eine individuelle Lösung kann für mich nur darin bestehen, dass wir offenkundig machen, wer sich hier aufhält. Es gibt diese Wanderarbeiterbewegung und Ähnliches, was wir staatlicherseits aber nicht decken können. Deswegen meine ich, dass der Staat hier den entsprechenden Schutz bietet. Herr Heinemann hat es bereits gesagt, ich sage es noch einmal im Namen meiner Fraktion: Wir werden uns alle erdenkliche Mühe geben, genau so zu verfahren, wie es die Kinder benötigen. Wenn die Eltern bei den Kindern bleiben müssen, sollen sie auch hier bleiben. Aber das können wir nur machen, wenn wir wissen, um wen es sich handelt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL: Um auf Ihren letzten Punkt zurückzukommen, Herr Ploog: Sie wissen doch, dass allein die Tatsache, dass unklar ist, mit welchem Ergebnis die Innenbehörde auf das Bekanntwerden des legalen oder nicht legalen Status der Kinder und Familien reagieren wird, dazu führen wird, dass zukünftig Anmeldungen von Kindern aus Familien, die hier im nicht legalen Aufenthalt sind, gegen Null gehen werden. Die Menschen werden sich nicht mehr trauen, ihren Kindern das Recht auf Bildung zu gewährleisten. Es wird einfach nicht mehr der Fall sein, es sei denn, Sie könnten sich hier als Fraktion – Sie haben gesagt, wir würden mit Ihnen reden und nicht mit dem Senat – dafür verbürgen, dass es eine Regelung geben wird, die so, wie Herr Heinemann es noch gestern – heute nicht mehr, ich sage es noch einmal – gesagt hat,

B *(Robert Heinemann CDU: Wo ist der Unterschied zu dem, was ich gestern gesagt habe?)*

den Kindern den Schulabschluss ermöglicht.

Sie betonen die gemeinsamen Erfahrungen in Eingabenausschuss und Härtefallkommission. Das ist doch genau das Gegenteil: Hier wird vielleicht – und zwar immer nur, wenn es um Familien im geduldeten Aufenthalt geht – für ein Jahr, manchmal auch für zwei Jahre der Aufenthalt gewährt, um den Schulabschluss zu ermöglichen. Was ist denn mit den fünf- und sechsjährigen Kindern von Familien in dieser Situation? Sie können mir nicht erzählen, dass Sie glauben würden, dass auch nur eins dieser Kinder, das im Sommer eingeschult werden wird, von der Innenbehörde bis zum Hauptschulabschluss hier gelassen wird. Das ist doch eine Farce. Es ist einfach nicht seriös, wenn Sie Ähnliches hier vortragen.

(Beifall bei der GAL)

Wir ändern überhaupt nichts an der Situation der Familien, die hier leben, wenn wir über diesen Hebel, das Schülerregister, dafür sorgen, dass der Druck auf diese Familien, der ohnehin schon groß ist, noch zusätzlich, und zwar zulasten der Kinder, erhöht wird. Das ist kein einziger Schritt in Richtung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema der Familien im illegalen Aufenthalt. Andere Kommunen und Großstädte – Frau Goetsch hat sie genannt – gehen das Thema besser an.

Wie groß ist denn die Gruppe der Menschen im nicht legalen Aufenthalt in Hamburg? Wie geht es ihnen, wie ist ihre Gesundheitsversorgung? Können sie ihr Recht auf Bildung wahrnehmen oder nicht? Es ist schlicht unsere Fürsorgepflicht, die wir für alle haben, die in dieser Stadt

leben. Das ist unabhängig davon, ob diese Menschen eine Chance auf einen legalen Aufenthalt haben oder nicht. Es geht um die grundsätzliche Fürsorgepflicht für die Menschen in dieser Stadt. An dieser lassen Sie es wirklich missen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zum ersten Thema der aktuellen Stunde.

Dann kommen wir zum zweiten Thema, angemeldet von der SPD-Fraktion: Gemeinsam für Airbus – Standort und Arbeitsplätze für Hamburg sichern. Wer wünscht das Wort? – Herr Petersen, bitte.

Dr. Mathias Petersen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ursachen der Airbus-Krise liegen nicht bei der französischen, deutschen oder spanischen Regierung und auch nicht bei den inzwischen im Konsortium vertretenen Russen. Die Ursachen der Verzögerung in der Produktion liegen auch nicht in dem Umstand, dass Flugzeuge und Flugzeugkomponenten auch aufgrund von politischen Entscheidungen an unterschiedlichen Standorten in Europa hergestellt werden. Nein, die Ursachen liegen allein im Versagen ehemaliger Manager, deren persönlicher Ehrgeiz und Selbstüberschätzung offensichtlich im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Kompetenz und ihrem Engagement für die europäische Luftfahrtindustrie stehen. Weder die Politik noch die Arbeitnehmer hier in Hamburg müssen sich von einer Unternehmensleitung, die eine europäische Erfolgsgeschichte durch ihr Versagen buchstäblich zum Absturz gebracht hat, über die notwendigen Schritte der Sanierung belehren lassen. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach mehr Betriebswirtschaft und weniger Politik absurd.

(Beifall bei der SPD)

Man konnte in den letzten Tagen den Eindruck gewinnen, dass es manchen Politikern und mit ihnen verbundenen Managern vor allem in Frankreich weniger um Wege aus der Krise geht, sondern vielmehr um einen Machtkampf um die Neuverteilung der Produktion. Dieser Machtkampf wird mit allen Mitteln geführt.

Wenn es offensichtlich Pläne zu einer grundlegenden Umverteilung der Airbusproduktion gibt, wenn offensichtlich vertragliche Abmachungen wie der Bau des Auslieferungszentrums infrage gestellt werden, muss man kämpfen. Dann ist Spielen auf Zeit eher gefährlich. Herr Bürgermeister von Beust, es mag sein, dass Sie auf Diplomatie abseits der Öffentlichkeit setzen. Aber in dieser Situation, in einem aggressiv in den Medien geführten Verteilungskampf um Industrieanteile und Arbeitsplätze wartet man nicht ab. Hamburger Bürgermeister stehen nicht in der zweiten Reihe, wenn es um entscheidende Interessen Hamburgs geht. Viele Hamburger haben mit Recht erwartet, dass Sie die Hamburger Interessen offensiv und ohne Wenn und Aber vertreten, hanseatisch fair, aber auch mit der nötigen Härte.

Es geht dabei nicht nur um Hamburger Interessen, sondern um die Interessen aller deutschen Standorte. Wer könnte in dieser Auseinandersetzung eine Führungsrolle besser übernehmen als ein Hamburger Bürgermeister?

A (Beifall bei der SPD)

Es waren doch Hamburger Bürgermeister, die mit ihrem großen Einsatz diese Erfolgsgeschichte des Airbus für ganz Deutschland wesentlich mit gestaltet haben. Keiner dieser Bürgermeister hätte gezögert, auf einer Betriebsversammlung bei Airbus Klartext zu reden. Man hätte einen Henning Voscherau und einen Ortwin Runde nicht einladen müssen. Sie wären schon längst in Finkenwerder gewesen.

(Beifall bei der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Wie üblich uneingeladen!)

Wir Sozialdemokraten wollen, dass die erfolgreiche Entwicklung des Airbus und der europäischen Luftfahrtindustrie in unserer Stadt auch noch unseren Enkeln von Nutzen ist. Das geht nur, wenn alle politischen Parteien, Unternehmen und Gewerkschaften in Hamburg gemeinsam für dieses Ziel arbeiten. Doch gewonnen haben wir diesen Kampf um die Arbeitsplätze noch lange nicht. Airbus ist auch noch lange nicht aus der Krise. Dort gibt es noch sehr viel zu tun. Wir müssen um die Beteiligung der Zukunftsentwicklung wie des A350 oder vor allem der Weiterentwicklung der kleinen Baureihen, A318 bis A320, kämpfen. Und wir müssen um einen ausreichenden deutschen Einfluss bei EADS sorgen. Wir Hamburger müssen mit aller Kraft für Airbus und die Mitarbeiter kämpfen.

Der Chef des Industrieverbands Hamburgs, Herr Gernandt, mahnt an, dass Kanzlerin Merkel die Probleme ernst genug nehmen möge. Herr Bürgermeister, kämpfen Sie offensiv für Airbus! Sie haben die volle Unterstützung der Sozialdemokraten. – Vielen Dank.

B (Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Herr Petersen, als Sie lautstark in der Zeitung nach dem Bürgermeister gerufen haben, hätten Sie lieber Ihre Parteikollegen fragen sollen. Er war nämlich schon längst dort, wo Sie ihn nicht vermutet haben.

(Beifall bei der CDU)

Viel ist in der vergangenen Woche zum Thema Airbus geschrieben worden, viel Sachliches, aber auch sehr viel Spekulatives. Es fielen Schlagworte wie Krisensituation, Sanierungsfall, Arbeitsplatzabbau in Hamburg, Werksverlagerung nach Frankreich, Forderung nach einem Bau-stopp der Landebahnverlängerung und vieles mehr. Es lohnt sich ein Blick auf das Wesentliche: Airbus ist derzeit größter privater Arbeitgeber und das größte Industrieunternehmen unserer Stadt.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Die jährlich geplanten Einstellungszahlen hat Airbus weit übertroffen und ebenso viele zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Dank Airbus haben wir weitere Luftfahrtunternehmen nach Hamburg geholt und Hamburg ist zu einem Branchen- und Schlüsselstandort in der Luftfahrt geworden. Dieser bringt nicht nur Tausende Arbeitsplätze bei den Luftfahrtunternehmen nach Hamburg, sondern in vielen weiteren, über 300 Zulieferbetrieben sowie viele Stellen bei Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen und Ingenieurbüros. Ich bin zuversichtlich,

dass eine klare und effiziente Standortpolitik durch den Senat erfolgreich weitergeführt und er alles daran setzen wird, die bestehenden Arbeitsplätze mit den der Politik zur Verfügung stehenden Mitteln zu erhalten und weiter auszubauen, auch im Hinblick auf die mittelständischen Zulieferbetriebe, die sich bezüglich der Luftfahrtbranche spezielle Kompetenzen angeeignet haben. Hier muss ein Weg gesucht werden, vorübergehende Liquiditätsschwierigkeiten abzufedern und Überbrückungsmöglichkeiten zu bieten.

Vertraglich verpflichtet hat sich Airbus gegenüber der Hansestadt zur Endmontage des A380 und dessen Auslieferung am Standort Hamburg und hierfür wurde eigens die große Halle gebaut und die Landebahnverlängerung in Angriff genommen, die sehr viel früher als vereinbart fertig gestellt wird.

Bedeutet die Probleme von Airbus bei der Fertigung des A380 nun konkret eine Gefährdung des Werkes in Hamburg? Wohl eher nicht. Zuerst einmal nicht für die Produktion der kleineren Flugzeugreihen A318, A319 und A321, die hier sehr erfolgreich gefertigt werden, und wohl auch nicht für die Endmontage des A380 und dessen Auslieferung an den Kunden. Es gibt derzeit keine stichhaltigen Anhaltspunkte, dass der Konzern über eine Verlagerung der Endmontage des A380 und seiner Auslieferung nachdenken würde. Das würde auch jeglichem betriebswirtschaftlichen Denken widersprechen, da bereits in die speziell für diese Flugzeuge errichteten Hallen in Hamburg massiv investiert wurde.

Eine Neuerrichtung in Frankreich würde zusätzliche Investitionen bedeuten. Eine solche Prozedur bringt nicht nur mehr Kosten, sondern hätte auch einen weiteren Stillstand zur Folge und das kann sich Airbus auf keinen Fall erlauben. Zudem zeigt Airbus keinerlei Anzeichen, sich nicht vertragsgetreu zu verhalten. Ganz im Gegenteil. Airbus hat sich der Hansestadt gegenüber stets als äußerst verlässlicher Partner gezeigt. Airbus kann und konnte immer durch das gute Zusammenspiel von Konzernführung, Senat, Behörde und Hochschule profitieren und um diesen Standortvorteil weiß Airbus.

Da das Unternehmen keine Absatzprobleme hat, sondern in der Abwicklung der Aufträge effizienter werden muss, entspricht es daher unserer Position, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu fördern und möglichst viele Arbeitsplätze hier bei uns zu erhalten und den Ausbau zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Airbus hat deutlich gemacht, am Standort Hamburg festzuhalten. Dieses wurde von dem Co-Chef der EADS, Herrn Enders, dem Ersten Bürgermeister und dem Bundeswirtschaftsminister gegenüber zum Ausdruck gebracht. Zudem wurde der Hansestadt zugesagt, in alle Entwicklungen frühzeitig eingebunden zu werden. Dem Wirtschaftssenator kann auch nur bescheinigt werden, dass er den Fortlauf sehr aktiv begleitet hat und immer für den Standort Hamburg kämpft. Daher muss der internen Entwicklung bei Airbus der Vortritt und dem Unternehmen Raum für eigene Entscheidungen gelassen werden. Airbus kann sich hierbei der vollen Unterstützung der Hansestadt gewiss sein.

(Beifall bei der CDU)

Daher sollte auch die Diskussion über die Krise Airbus sachlich und ergebnisorientiert geführt werden, im Sinne

A des Unternehmens, der Arbeitsplätze und des Luftfahrtstandortes Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Köncke.

Gudrun Köncke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, zunächst einmal vielen Dank. Sie haben wieder sehr eindrucksvoll dargestellt, wie sich Hamburg engagiert hat und das auch noch mit eindeutigen Zahlen belegt. Hamburg hat inzwischen tatsächlich nicht nur 700 Millionen Euro investiert, unter anderem auch das Mühlenberger Loch zugeschüttet, die Neuenfelder Obstbauern enteignet und trotzdem, wenn ich die Zeitungen in den letzten Tagen richtig gelesen habe, bleiben Zweifel, ob die Zusagen, die von Airbus gemacht worden sind, tatsächlich eingehalten werden. Sie können auch nicht bestreiten, dass es da gewisse Zweifel gibt.

Entsprechende Verträge – und dafür sind solche Verträge da – sollten das Engagement, das Hamburg bisher geleistet hat, auch entsprechend absichern. In Zukunft wird es auch darauf ankommen, wie belastbar die vertraglichen Vereinbarungen sind. Auch das ist klar, meine Damen und Herren, ein Regressanspruch, der lediglich die bisher verauslagten Investitionen auffängt, ist nicht ausreichend. Mündliche Zusagen über Stellenaufbau waren etwas für gute Zeiten, in schlechten Zeiten sollten die Verträge gelten.

B Der in der Zeitung "Die Welt" zitierte Vertrag vom 9. Juli 2004 solle – so hätte man gelesen – Regressforderungen in einer Höhe von 700 Millionen Euro begründen. Schon bei einer Verlagerung des Auslieferungszentrums für den A380 könnten 100 Millionen Euro eingefordert werden. Da habe man – so konnte man später lesen – einfach alle Investitionen zusammengerechnet. Für Herrn Senator Uldall – am 9. Oktober in der "Bild"-Zeitung zu lesen – war diese ziemlich gewagte Rechnung anscheinend Anlass genug, mit entsprechenden Schadensersatzforderungen zu drohen.

Meine Damen und Herren! Was steht jetzt wirklich in diesem Vertrag? Dieser Vertrag bedeutet doch die Grundlage dessen, was jetzt auch tatsächlich in Hamburg eingefordert werden kann. Man kann viele Versprechungen und Zusagen machen, grundsätzlich kommt es natürlich auf den Vertrag an. Dieser Vertrag sagt in Paragraph 6 nicht mehr und nicht weniger und das möchte ich gerne zitieren:

"Die Airbus Deutschland GmbH hat der Freien und Hansestadt Hamburg dabei insbesondere die Aufwendungen für die Infrastrukturmaßnahmen des Deich- und Straßenbaus sowie der Änderung der Wasserwirtschaft zu ersetzen.

Absatz 3: Art, Umfang und Leistungszeitpunkt des Ersatzes werden durch einen von den Vertragsparteien festzulegenden Schiedsgutachter bestimmt."

Meine Damen und Herren! Was heißt hier "insbesondere" und was kann hiermit tatsächlich geltend gemacht werden?

Von Siemens und BenQ konnten wir lernen, wie man es nicht machen sollte. Der Hamburger Senat – und dann gelten diese Verträge – wird sich hier der Verantwortung stellen müssen.

(Beifall bei der GAL)

C

Die Senatsdrucksache – und das ist auch ein Beispiel für eine Fehleinschätzung der Situation – vom April 2006, der Bericht, der der Bürgerschaft vorgelegt wurde, liest sich wie eine mehr oder weniger Hochglanzbroschüre von EADS. Da waren 1500 erwartete Verkäufe vorgelegt worden, eine einmalige Kabinenausstattung für eine Verdoppelung des Luftverkehrs in den nächsten 15 Jahren und so weiter. Es wurde viel Prestige und Selbstlob dargestellt, wenig kritische Reflektion, also nicht nur im Management, sondern auch in der Hamburger Senatspolitik.

Meine Damen und Herren! Was ist passiert, seitdem diese Glanzzahlen präsentiert worden sind? Die heutigen Probleme sind nicht nur irgendeine Verzögerung, sondern beschreiben Rückstände von mehreren Jahren. Das ergibt sich nicht über Nacht, sondern hier scheinen tatsächlich – wir haben es schon von Herrn Petersen gehört – die Eigeninteressen und Rivalitäten im Management eine realistische Einschätzung und entsprechende Unternehmensstrategie verhindert zu haben. Den Schaden tragen im Moment die Mitarbeiter, hier vor allem die Belegschaften und Betriebsräte. Hier finden im Moment die Rettungsmaßnahmen statt, nicht bei den Managern und nicht in der Politik.

Meine Damen und Herren! Nicht mir, aber vielleicht den Mitarbeitern geschuldet, wäre das doch ein Applaus wert.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

D

Wir kommen zu Punkt 3, Drucksache 18/5074: Wahl von 27 Abgeordneten für die Regionalkonferenz 2006 zur Metropolregion Hamburg.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 27 Abgeordneten für die Regionalkonferenz 2006 zur Metropolregion Hamburg – Drucksache 18/5074 –]

Bevor wir zur eigentlichen Wahl kommen, ist mir mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion hierzu gemäß Paragraph 44 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Frau Dräger, Sie erhalten das Wort für maximal zwei Minuten.

Gesine Dräger SPD (zur Geschäftsordnung):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beantragt, die Wahlen heute zu vertagen. Das ist angesichts der Enge der Zeit nicht ganz einfach, aber es ist immer noch so, dass die Bürgerschaft aufgrund ihrer nächsten Sitzung eine Delegation oder Abgeordnete für die Regionalkonferenz wird beschließen können, die unserem verfassungsmäßigen Auftrag gerecht werden.

Wir sollen heute 27 Abgeordnete für die Regionalkonferenz wählen. Wenn wir uns die Wahlvorschläge angucken, sehen wir, dass unter diesen 27 Abgeordneten gerade einmal sechs Frauen sind. Von diesen sechs Frauen schlägt eine Fraktion vier vor, eine zweite Fraktion zwei und eine Fraktion gar keine. Mit unserem Vertagungsantrag möchten wir den Fraktionen, die sehr deut-

- A lich unterrepräsentiert Frauen vorschlagen, die Gelegenheit geben, diesen Fehler zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass wie bei allen Wahlen, die uns vorliegen, auch auf dieser Drucksache unten der Satz steht:

"Auf Artikel 3 Absatz 2 Satz 4 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg wird hingewiesen. Danach wirkt die Staatsgewalt – und damit auch die Bürgerschaft – darauf hin, dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen gleichberechtigt vertreten sind."

Eine Quote von 22,2 Prozent ist weit entfernt von einer gleichberechtigten Vertretung. Ich möchte hinzufügen, dass sie auch von unseren Möglichkeiten weit entfernt ist. Wenn ich hinter mich schaue, sehe ich, wie gut die Bürgerschaft auch durch die Frauen repräsentiert wird. Wenn ich lese, was diese Regionalkonferenz tun soll, nämlich unter anderem die Landes- und Kommunalpolitik repräsentieren, würde es mich freuen, wenn mehr als sechs Frauen diese Gelegenheit für Hamburg wahrnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Rook.

Hans-Detlef Rook CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GAL steht wirklich nicht im Verdacht, die Frauenpolitik nicht hochzuhalten. Auch die GAL hat keine Frau benannt. Ich kann mir auch vorstellen, warum das so ist. Es ist bei uns ähnlich gewesen. Diese Regionalkonferenz ist nach fachlichen Gesichtspunkten besetzt worden.

(Lachen bei der SPD – *Petra Brinkmann SPD:* Das ist wohl das Letzte!)

Was macht das für einen Sinn? Sie wissen, was die Regionalkonferenz umfasst und welche fachlichen Themen sie bewegt. Das sind Themen wie Wirtschaftsförderung, Tourismus, Marketing, Flächenausgleich und Verkehr.

(*Michael Neumann SPD:* Das sind die harten Themen!)

Herr Neumann, wenn Sie ein paar Frauen im Eingabenausschuss haben und darin eine Querschnittsaufgabe sehen und sie in die Regionalkonferenz schicken, dann halte ich das ein bisschen für abenteuerlich.

Zum anderen ist noch zu bemerken, was denn mit Ihren Bezirksamtsleitern ist? Die sind dort natürlich auch vertreten. Ist unter Ihren Bezirksamtsleitern eine Frau? Es sind Ihre Bezirksamtsleiter und darunter ist keine Frau. Es geht auch in den anderen Bundesländern nicht nach dem Proporz, sondern die Regionalkonferenz setzt sich nach anderen Kriterien zusammen. Dort sind im Übrigen Kreisräte, Landräte, Landtagsabgeordnete, die ihren Wahlkreis haben, vertreten und wenn da keine Frau vorhanden ist, dann kommt es eben zu diesem Ungleichgewicht.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir terminlich unter Druck sind. Die nächste Bürgerschaft tagt erst am 15. November 2006 und am 21. November 2006 tagt die Regionalkonferenz. Das heißt, es können dort keine Ein-

ladungsfristen mehr gewahrt werden. Insofern werden wir Ihren Vertagungsantrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe SPD! Ich kann mir mit Ihrem Ansinnen, uns Nachhilfe in Sachen Gender oder Gleichberechtigung zu geben, ein Schmunzeln nicht verkneifen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist gute Tradition – im nächsten Jahr werden es 25 Jahre –, dass unsere Fraktion quotiert ist, dass wir in diesem Falle mehr Frauen als Männer in der Fraktion haben. Wir haben eine weibliche Fraktionsvorsitzende. Insofern ist Ihr Ansinnen in diesem Punkt, glaube ich, etwas daneben. Es geht hier um eine Regionalkonferenz, die sich mit dem Flugverkehr beschäftigt. Dummerweise sind zufällig Männer auf unserer Liste, die quotiert ist, zuständig. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten Regionalkonferenzen geben, in die wir wahrscheinlich aufgrund der Ressortzuschnitte vier Frauen schicken werden. So ist die Situation, nicht mehr und nicht weniger und mein Schmunzeln behalte ich mir jetzt bei.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann lasse ich zunächst über den Vertagungsantrag abstimmen.

Wer stimmt einer Vertagung der Wahl von 27 Abgeordneten für die Regionalkonferenz 2006 zur Metropolregion Hamburg zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Wahl. Ihnen liegen zurzeit zwei Stimmzettel vor. Verwenden Sie bei der Wahl nur den grünen Stimmzettel, der orange Stimmzettel ist aufgrund einer kurzfristig mitgeteilten Änderung ungültig geworden. Der Stimmzettel hat heute zwei Seiten und enthält bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem der 27 Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eins. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen werden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Bitte, nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung mit dem grünen Stimmzettel vor. Mit dem Einsammeln ist schon begonnen worden.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass diese zu Protokoll gegeben werden.*

* Ergebnisse siehe Anlage 1 Seite 3465

- A Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 18/5072, Antrag der GAL-Fraktion: Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn schnell und umfassend realisieren!

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn schnell
und umfassend realisieren! – Drucksache 18/5072 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/5115 ein interfraktioneller Antrag vor.

**[Interfraktioneller Antrag:
Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn finanziell
absichern – Hamburg ist dabei!
– Drucksache 18/5115 –]**

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache 18/5072 an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, entweder Platz zu nehmen oder hinauszugehen, da es hier sehr unruhig ist. – Vielen Dank.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn dieser Debatte zunächst einmal freudig zum Ausdruck bringen, dass wir heute zwei Anträge zum Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn debattieren, einer davon ist sogar ein interfraktioneller Antrag. Das zeigt, dass Lärmschutz keine Parteifarben kennt, und das ist gut für 60 000 betroffene Bürgerinnen und Bürger an der Güterumgebungsbahn.

- B (Beifall bei der CDU und bei *Lutz Kretschmann-Johannsen* SPD)

Worum geht es heute in dieser Debatte zur Güterumgebungsbahn? Im Zuge des Ausbaus der Strecke Hamburg – Lübeck wird der 3,3 Kilometer lange Abschnitt zwischen dem Abzweig Horn und Rothenburgsort bis zum Ende des Jahres 2007 zweigleisig ausgebaut. Acht Brücken werden dazu erweitert. Zwischen Horn und Eidelstedt wird das bestehende Gleis saniert, das höhere Geschwindigkeiten ermöglichen wird, aber kein Planfeststellungsverfahren erfordert.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie noch einmal unterbrechen. Es ist hier zu unruhig.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Das heißt, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, dass für die Anwohnerinnen und Anwohner mit einer Zunahme von 30 auf über 80 Züge ab dem Jahr 2008 an der Güterumgebungsbahn zu rechnen ist und dies nur, weil die Deutsche Bahn ihren Verpflichtungen und Vorstellungen nicht rechtzeitig gerecht wird, weil sie nämlich erst die Pfeilerbahn und erst dann den Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn realisieren will. Das akzeptieren wir nicht. Deswegen heute dieser interfraktionelle Antrag, um der Deutschen Bahn deutlich zu machen, dass sich dieses Parlament geschlossen und gemeinsam für mehr Lärmschutz einsetzt: Erst die Wände an der Güterumgebungsbahn, dann die Güterzüge nahe Alsterdorf und in Groß-Borstel.

(Beifall bei der CDU)

C

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum haben wir das Problem an der Güterumgebungsbahn? Nach der bestehenden Rechtslage ist die Deutsche Bahn und das Eisenbahnbundesamt für den Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn verantwortlich. Trotzdem scheint die Deutsche Bahn nicht zu sehen, dass es sich hier schon längst nicht mehr um eine Güterumgebungsbahn handelt. Es ist keine Umgehungs-, sondern es ist eine Güterdurchgangsbahn. Diese Güterumgebungsbahn läuft mitten durch die Stadt, an den Anwohnerinnen und Anwohnern vorbei. Deswegen, denke ich, ist es notwendig, dass die Deutsche Bahn dort auch die Bedürfnisse vor Ort erkennt und sich auch für die Menschen einsetzt.

Wir haben jahrelang versucht, mit der Deutschen Bahn ins Gespräch zu kommen. Wenn ich "wir" sage – das ist ein Thema, das auch schon in der letzten Legislatur akut war –, meine ich, es gab einen Runden Tisch, an dem Vertreter aller Fraktionen teilgenommen haben. Es gibt mittlerweile diverse Initiativen, Bürger, die sich vor Ort stark machen und versucht haben, etwas für den Lärmschutz zu erreichen. Zuletzt hat sich die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, in Person von Staatsrat Gedaschko, mehrfach dafür eingesetzt, dass von der Deutschen Bahn mehr Bewegung kommt, aber nichts ist festzustellen.

Wir alle – und ich denke, da sind wir über alle Parteigrenzen hinweg einer Meinung – wollen, dass die Güter auf der Bahn transportiert werden und die Bahn soll das auch gerne tun, gerade in Hamburg. Sie soll viel Geld damit verdienen, aber sie soll dies nicht auf Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner, auf Kosten der anliegenden Bevölkerung machen.

D

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Stadt hat bis zuletzt gehofft, dass sich die Deutsche Bahn hier auch ein Stück bewegt, dass sie sich für die Menschen vor Ort einsetzt. Leider ist dies nicht in dem Maße geschehen wie wir alle uns das gewünscht haben. Deswegen war ich sehr froh, als ich diese Zeichen aus der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gehört habe, diese klaren Ansagen vor wenigen Tagen, die auch gestern auf einer Veranstaltung der CDU vor Ort vorgestellt wurden, dass die Behörde trotz knapper Haushaltsmittel gesagt hat, dass sie sich wünschen würde, dass das Parlament uns Mittel zur Verfügung stellt, damit auch wir als Stadt unseren Beitrag für mehr Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn leisten können. Das finde ich richtig klasse, das ist ein richtiges Zeichen und es ist freiwillig und dafür kann ich dieser Behörde nur gratulieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist geplant? Staatsrat Gedaschko hat es gestern in einer Veranstaltung vorgestellt. Es ist geplant, dass es eine anwohnerfinanzierte Lärmschutzmaßnahme geben soll. Das heißt, jeder Euro, der privat eingesammelt wird, um vor Ort mehr Lärmschutz zu erreichen, wird von der Stadt verdoppelt. Das heißt nach dem jetzigen Kenntnisstand von gestern Abend, dass die 896 250 Euro, die von den Initiativen bereits als gesammelt angezeigt wurden, auf 1 792 500 Euro verdoppelt werden. Da kann ich nur sagen: Alle Achtung, das ist eine Leistung der Menschen vor Ort, die sich für den eigenen Lärmschutz einsetzen. Es ist richtig, dass die Stadt dieser Verpflichtung nachkommt und dieses verdoppelt.

A (Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Der Senat und die Behörde haben aber auch weitere Vorschläge gemacht. So wird sich die Behörde auch am Salomon-Heine-Weg, an dem bisher keine Wand geplant ist, weil dort ein Bebauungsplan existiert, der dort keine Lärmschutzwand vorsieht, dafür einsetzen. Wir haben wieder eine Aufforderung an die Deutsche Bahn gestellt, sich einmal mit dem Eisenbahnbundesamt in Verbindung zu setzen und zu überlegen, ob auch dort der Lärmschutz verbessert werden kann. Also auch für die Menschen am Salomon-Heine-Weg, die bisher in keiner Weise von der Deutschen Bahn in Gesprächen oder in Korrespondenz berücksichtigt wurden, soll es eine Verbesserung geben. Die Stadt wird – und auch das ist ein ganz entscheidender Punkt – die Fundamente verstärken, die notwendig sind, damit die Lärmschutzwände auch später mit privatem Kapital erhöht werden können. Das ist dringend notwendig, denn das muss jetzt geschehen, damit auch später der Lärmschutz vor Ort verbessert werden kann.

Es werden zudem Voraussetzungen im Bereich der Alsterdorfer Lücke geschaffen. Das ist im Bereich Lattenkamp, wo die Hochbahn ihre Strecke betreibt. Auch dort wird es ein finanzielles Engagement der Stadt geben, sodass dort ein vernünftiger Lärmschutz entstehen kann. Die Wohnungsbaukreditanstalt ist mittlerweile auch dabei und überlegt, mit welchen Förderprogrammen sie die Menschen unterstützen, Kredite geben kann, damit auch dort rechtzeitig Lärmschutz geplant werden kann. Zusätzlich zu dem wird man sich auf Anregung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gemeinsam mit der Deutschen Bahn in Zukunft des Themas Entdröhnung von Brücken annehmen, denn Lärmschutzwände sind das eine, aber die Brücken, die zum größten Teil alle aus Metall sind, sind ein weiteres Problem. Auch dieses, wenn es den Anwohnerinnen und Anwohnern nicht gleich hilft, wird wissenschaftlich untersucht. Wir haben gestern in der Anhörung schon von einer Person den Hinweis bekommen, dass die Bürgerinnen und Bürger schon Ergebnisse aus Wien haben. Vielleicht kann man auf diese zurückgreifen. Wenn es dort Möglichkeiten gibt, werden wir uns mit dieser Thematik auch beschäftigen. Alle diese Maßnahmen finden die Unterstützung der CDU-Fraktion und, ich glaube, auch die der SPD und der Grünen und daher auch unser heutiger Haushaltsantrag, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte zum Schluss einen Dank an alle Beteiligten aussprechen, die sich in den letzten Jahren mit der Güterumgebungsbahn beschäftigt haben. Ich habe schon den Runden Tisch erwähnt, wo sich auch mein Fraktionskollege Ekkehard Wersich sehr engagiert hat. Ich möchte aber auch der SPD und der GAL Dank aussprechen, die sehr, sehr schnell gesagt haben, ja, wir sind dabei,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist hier die falsche Reihenfolge!)

wenn es darum geht, einen Appell an die Deutsche Bahn für mehr Lärmschutz an der Güterumgebungsbahn zu richten. Der Hauptdank, auch hier vom Parlament, sollte an die vielen Menschen gehen, die sich in all den Initiativen viele Jahre ehrenamtlich engagieren und die diese Bewegung erst möglich gemacht haben. Ich denke, das ist einen großen Applaus des gesamten Parlaments wert.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss noch einmal zur Deutsche Bahn: Ich glaube, dass es richtig ist, dass es in dieser Debatte auch

einen Appell an Herrn Mehdorn direkt gibt. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, dass sich Herr Mehdorn, als Chef der Deutschen Bahn, vielleicht auch einmal die Situation vor Ort anguckt, dass er sieht, dass die Güterumgebungsbahn mitten durch die Stadt läuft und dass dort dringend Lärmschutz notwendig ist. Wir brauchen erst die Wände und dann die Bahn. Insofern möchte ich Herrn Mehdorn auffordern: Verzichten Sie auf die Inbetriebnahme und Umleitung der Güterumgebungsbahn, bis der Lärmschutz dort komplett errichtet ist. Nehmen Sie, lieber Kollege Mehdorn, auch diesen interfraktionellen Antrag, der heute gemeinschaftlich gestellt wurde, sehr ernst. Hamburg braucht die Deutsche Bahn, die Deutsche Bahn braucht aber auch Hamburg. Ich glaube auch, dass die Deutsche Bahn das Wohlwollen dieses Parlaments braucht. Das wird sie dann erhalten, wenn sie zeigt, dass sie sich bewegt und das kann sie tun, wenn sie den Lärmschutz sichert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Lutz Kretschmann-Johannsen und Walter Zuckerer, beide SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Rosenfeldt.

Jenspeter Rosenfeldt SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind diesem Vorschlag der CDU wirklich sehr gern und gleich gefolgt. Immerhin haben wir über ein Jahr darum gerungen, die CDU mit auf die Linie zu bekommen, dass auch die Stadt hier in der Verantwortung steht. Insofern fiel uns die Entscheidung dann nicht schwer.

(Beifall bei der SPD)

Gerade vor drei, vier Wochen wurde noch einmal ausdrücklich von der CDU gesagt, die Stadt hätte überhaupt keine Verantwortung, da würde kein Pfennig hineinsteckt, wir machen hier überhaupt nichts mit. Selbst in Gesprächen, die nicht öffentlich waren, war das noch die Position. Im Umweltausschuss vor zwei Wochen war auch noch einmal die klar geäußerte Position, hier gibt es kein Geld von der Stadt. Wir fanden das sehr schade, haben aber um der Sache willen gesagt, dass wir uns darüber nicht laut streiten, wir haben die Hoffnung, dass der Senat sich bewegt. Es gab eine Menge öffentlichen Druck. Es war Dirk Fischer, der lieber aus einer Bürgerversammlung weggelaufen ist.

(Beifall bei Martina Gregersen GAL)

Wir haben uns den Dingen gestellt, Sie tun es jetzt auch und gehen den richtigen Weg. Da sind wir dann gerne dabei.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem ist, dass wir viel Zeit verloren haben, weil genau das, was Sie eben richtigerweise gefordert haben, nämlich, Lärmschutz einzurichten, bevor die Güterumgebungsbahn mit so vielen zusätzlichen Zügen belastet wird. Um einmal eine Zahl zu nennen: Es ist eine Erhöhung um 10 Dezibel geplant und allein 3 Dezibel bedeuten eine Verdoppelung des jetzigen Lärms. Das ist, als würde ein Presslufthammer in 20-Minuten-Abständen nachts durchs Schlafzimmer fahren. Wir sind auch bereit, diesen ersten Schritt mitzugehen. Im Grunde genommen ist es keine Güterumgebungsbahn, sondern nur eine, die damals von den Nazis gebaut wurde, um den zerbombten Hauptbahnhof zu umgehen. Im Grunde genommen

C

D

A bräuchten wir eine ganz andere Lösung. Die werden wir nicht hinbekommen. Also müssen wir alles dafür tun, die Bürger soweit es geht vor dem Lärm zu schützen und sie auch bei der Planung soweit und so gut wie möglich zu beteiligen, denn ohne das Engagement der Bürger wären wir hier keinen Schritt weitergekommen. Es war das große Engagement am Runden Tisch, der es geschafft hat, so viel Druck auf die Bahn auszuüben, dass sie, obwohl sie rechtlich dazu nicht verpflichtet ist, bereit war, mehr zu tun. Ich finde, das sollte man durchaus auch erwähnen. Als wir dort mit der Arbeit angefangen haben, hat kaum jemand damit gerechnet, dass wir überhaupt Bewegung bei der Bahn erreichen. Die hat immerhin damit begonnen, Vorschläge zu machen und wir kommen doch ein gutes Stück nach vorne.

Zu den Anträgen möchte ich Folgendes sagen: Ich finde es toll, dass wir den GAL-Antrag gemeinsam überweisen werden. Wir haben noch aus dem Mai einen Antrag der SPD zum gleichen Thema vorliegen, der dort eine ganze Weile im Ausschuss schmorte und auf dessen Grundlage wir die Anhörung mit einer hoher Bürgerbeteiligung gemacht haben. Mit diesem Antrag haben wir zusammen mit dem Haushaltsantrag eine gute Beratungsgrundlage. Der entscheidende Schritt, den wir jetzt machen, ist, dass der Senat und die CDU-Fraktion sagen: Ja, wir sind auch für die Bürger an der Stelle verantwortlich, wo wir die Bahn möglicherweise nicht zum Lärmschutz zwingen können und setzen damit ein Beispiel dafür, dass wir für unsere Bürger jetzt aktuell und schnell etwas tun und es ist der entscheidende Satz, der darin steht:

"Zur Finanzierung der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen, insbesondere vor städtischen und dem Allgemeinwohl dienenden Einrichtungen sind allerdings"

B

– über diesen Antrag hinausgehend –

"weitere Zuschüsse aus dem Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg unverzichtbar."

Wir werden uns sehr intensiv im Ausschuss beschäftigen müssen, wo wir die Prioritäten setzen und wie wir damit umgehen.

Ich will es deshalb noch einmal betonen: Mit dem, was jetzt erreicht wurde, haben wir, denke ich, einen großen Schritt nach vorne gemacht, auch vor dem Hintergrund, wozu die Bahn bereit war, aber sie muss noch mehr tun, denn sie hat die moralische Verpflichtung dazu. Aber wir haben wichtige Teile in der Stadt, die überhaupt nicht in den Genuss von Lärmschutz kommen. Ich will nur die Bereiche Barmbek und Hamm nennen. Da passiert nichts. Das kann so nicht bleiben. Auch diese Stadtteile brauchen ausreichenden Lärmschutz und der muss kommen, bevor die Belastung eintritt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Deshalb zum Schluss: Hier ist eine falsche Reihenfolge gewählt worden. Wenn man so etwas machen will – und wir sind dafür, dass die Bahn mehr Güter transportiert und leistungsfähig ist –, dann muss man anfangen, erst die Bürger zu schützen und den Lärmschutz zu realisieren. Ich hoffe, dass wir auf einem Weg sind, bei dem jetzt wirklich alle an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine etwas eigentümliche Situation, in der ich sprechen darf. Die CDU hat nämlich unseren Antrag zur Debatte angemeldet, weswegen wir als Letzte zu unserem eigenen Antrag sprechen. Aber was soll's. Ein krönender Abschluss ist auch etwas wert.

C

Wir haben, wenn wir einmal schauen, wie die Antragslage ist, auch noch diesen gemeinsamen, interfraktionellen Antrag zum Haushalt, der noch nicht beschlossen ist, aber wir haben ihn gemeinsam gestellt und damit ist er so gut wie beschlossen. Ich verweise dabei auf zwei Punkte. Der eine ist: Wir haben gesagt, wir brauchen jetzt schnell Geld. Das ist ganz klar. Deswegen haben wir auch in dieser Frage auf das übliche Prozedere, das für eine solche Maßnahme erforderlich wäre, verzichtet und haben gesagt, das sollen wir hier gemeinsam als Signal beschließen.

Der Zweite ist: Wir haben in Punkt 2 des Petitums festgestellt, dass erst der komplette Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn errichtet sein muss, bevor der Verkehr von der Pfeilerbahn auf die Güterumgehungsbahn umgeleitet wird. Da sind wir uns einig. Was das im Einzelnen bedeutet, kann ich Ihnen genau anhand unseres Antrages erläutern.

Wir haben nämlich die Forderung damit verknüpft zu sagen: Wir brauchen für die Wohnungen, die jetzt geschützt werden sollen, den bestmöglichen Schutz. Das bedeutet, dass wir die Möglichkeit der Aufstockung durch Private brauchen, um den aktiven Lärmschutz zu verbessern. Es ist gut, wenn die Stadt dafür Geld bezahlt, es ist aber auch wichtig, dass Klarheit entsteht, über welche Lärmwerte wir konkret für jedes Grundstück sprechen und welche Auswirkungen die Aufstockungen haben werden.

D

Denn an diesem Punkt hat das Verfahren durchaus noch seine Mängel: Wir haben im Moment noch keine wirkliche Transparenz über diese Fragen. Weder die Bahn noch das Eisenbahnbundesamt noch die Stadt können im Moment genau sagen, wie die Lärmbelastung bezogen auf jedes Grundstück exakt sein wird und welche Auswirkungen es dort geben wird. Wir haben bis auf erste Verlautbarungen, die durch die Presse kommen, noch keine Klarheit darüber, welche Kosten zum Beispiel für die Anwohnerinnen und Anwohner konkret damit verbunden sind.

Es gab Zahlen, die geisterten hoch bis zu 500 Euro pro Quadratmeter für die Erstellung plus einer Ablöse von 30 Prozent, das machte 670 Euro – plus 19 Prozent Mehrwertsteuer im nächsten Jahr. Da ist man bei rund 800 Euro pro Quadratmeter. Wir hören jetzt, dass die Deutsche Bahn sagt: Das mit der Mehrwertsteuer kriegen wir hin. Wir hören jetzt auch: Auf die Ablöse kann verzichtet werden. Wir hören jetzt auch, dass der Preis deutlich niedriger sein könnte. Wir reden jetzt statt über 800 Euro über 250 Euro pro Quadratmeter. Es wäre tatsächlich ein echter Erfolg, wenn uns das gelingen sollte.

Das sollten wir auch gemeinsam weiter fordern. Wenn wir uns hier auch einig sind, dass wir zum Beispiel über diese spezielle Frage hinaus auch sagen, wir wollen die Bereiche schützen, für die das Bebauungsplanrecht erst nach 1974 geschaffen wurde – ganz klar gesagt: Die Bewohner des Salomon-Heine-Weges sollen nicht im Lärm stehen bleiben. Und wir brauchen einen Schutz für Frei-

A flächen, wir brauchen einen Schutz für Flächen, die als Erholungsflächen dienen, wir brauchen einen Schutz von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielflächen und Schulen. Wenn wir uns darüber einig sind, dann muss ich hier allerdings doch eine Frage stellen: Warum gelingt es uns dann nicht, heute beide Anträge zu beschließen und sie danach beide an den Stadtentwicklungsausschuss zu überweisen.

Denn eins hat das ganze Verfahren auch gezeigt: Wir hatten den großen Durchbruch im April 2005 mit der Einrichtung des Runden Tisches. Der Runde Tisch ist eingerichtet worden als ein Organ des Bezirksamts Hamburg-Nord, und zwar geleitet durch die Vorsitzende des Unterausschusses der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, Frau Ulrike Sparr. Dieser Runde Tisch hat erreicht, dass zwei Monate später bereits die Bahn gesagt hat: Wir gehen von passivem Lärmschutz auf aktiven Lärmschutz. Das war ein so großartiger Erfolg, dass wir hier alle ehrlich gesagt so ein bisschen dazu neigten, dem Runde Tisch die ganze Verantwortung zu übertragen.

Aber die Bezirksversammlung Hamburg-Nord ist natürlich nicht das Gremium, das in der Auseinandersetzung mit der Deutschen Bahn und dem Eisenbahnbundesamt alles umsetzen kann, sondern dafür bedarf es des Senats. Deswegen teilen sich für den jetzt schwierigen Zustand, dass wir in allergrößter Eile vorgehen müssen, die Bahn, das Eisenbahnbundesamt und leider auch der Senat gemeinsam die Verantwortung. Denn die Fachbehörden, das kann ich als Mitglied des Runden Tisches wirklich sagen, haben sich in diesen Arbeitsgruppen in der Regel mit Verweis auf die Zuständigkeit des Eisenbahnbundesamtes sehr vornehm zurückgehalten.

B Wir müssen jetzt sehen, dass wir diese besondere Situation der Hektik aufbrechen, die noch dadurch verstärkt wird, dass die Deutsche Bahn gesagt hat: Wir müssen die Pfeilerbahn sanieren, deswegen wird ab 2008 der gesamte Verkehr dahin umgelegt, aber wir werden bis dahin nicht alle Lärmschutzwände errichtet haben. Dazu gehört auch, dass sich dieser Senat für die Menschen, die an der Güterumgehungsbahn leben, dafür einsetzt, dass das Planfeststellungsverfahren für die Pfeilerbahn so geöffnet wird, dass diese Menschen ihre berechtigten Einsprüche in dem Verfahren auch tatsächlich geltend machen können.

Deswegen nochmals meine Bitte: Wir sollten jetzt nicht von dem gemeinsamen Vorgehen abweichen, sondern feststellen, dass es wichtig ist, das Verfahren mit vernünftigen Grundlagen über den Stadtentwicklungsausschuss weiter auf dieser Ebene zu halten. Da Herr Hesse diesen Forderungen in der Sache zustimmt, sollten wir auch den Mumm haben, nicht nur hier in Kürze den interfraktionellen Antrag zum Geld zu beschließen, sondern auch unseren Antrag mit zu beschließen und zur gemeinsamen weiteren Beratung im Stadtentwicklungsausschuss zu überweisen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und bei *Britta Ernst SPD*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, wir erleben hier eine Sternstunde im Parlament, nämlich die Durchbrechung des Schwarzer-Peter-Prinzips. Nach der reinen Rechts-

lage gilt das Verursacherprinzip. Wir könnten uns darauf beziehen und sagen: Die Deutsche Bahn ist verantwortlich, sie muss es alleine machen. Es ist aber schlecht, dieses Prinzip nach draußen zu kehren, weil es den Menschen nicht hilft. Wir müssen den Menschen vor Ort helfen, deshalb finde ich es sehr gut, dass alle Fraktionen den Antrag gemeinsam unterstützen. Das hilft nämlich insbesondere auch uns als Senat, gegenüber der Deutschen Bahn deutlich zu machen, dass dies kein Thema für den alltäglichen politischen Meinungsstreit ist, sondern dass wir im Parlament und im Senat einig zusammenstehen, wenn es darum geht, für die Interessen unserer Menschen zu kämpfen, insbesondere wenn Lärmschutz in Rede steht.

Denn es gibt durchaus Rechtslagen, die unbefriedigend sind. Ich finde es vom Grundsatz her nicht in Ordnung, dass für Straßenlärm höhere Lärmschutzanforderungen gelten als für Bahnlärm. Das ist aber nach wie vor so. Das ist auch eine Frage, die sich insgesamt an den Bund richtet. Dies ist aus finanziellen Gründen einmal so entschieden worden, aber ob das noch der Situation der Menschen, die unter unerträglichem Bahnlärm leiden, gerecht wird, möchte ich sehr stark bezweifeln.

Das heißt, hier besteht auch ein insgesamt erkennbarer politischer Handlungsbedarf. Ich finde es gut, wenn mit dieser Debatte zu diesem gemeinsam getragenen Antrag hier und heute von allen Fraktionen des Hauses deutlich gemacht wird, dass wir der Deutschen Bahn unsere Hand ausstrecken, indem wir uns mit Steuermitteln beteiligen. Wir erwarten aber auch, dass die Deutsche Bahn mehr tut, als sie müsste. Wir unternehmen auch mehr als wir müssten, weil es hier nicht um Rechtspositionen sondern um den Schutz von Menschen geht. Wir machen damit deutlich, dass wir unsere Bürger nicht im Stich lassen.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Neumann und Lutz Kretschmann-Johannsen, beide SPD*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Wersich.

(*Jörg Lühmann GAL:* Jetzt geht's los!)

Ekkehart Wersich CDU: – Ja, lieber Herr Lühmann, jetzt kommt Herr Wersich.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lieber Herr Lühmann! 60 000 Menschen sind von der sogenannten Güterumgehungsbahn betroffen. Das sind 60 000 Menschen, die seit 2002 ein Unwort des Jahres kennen, und zwar jedes Jahr wieder. Dieses Unwort des Jahres, das auch über drei Bezirke geht, ist das Wort Ertüchtigung. Mit dem Wort Ertüchtigung wird etwas verbunden, was für die betroffenen Menschen erheblichen Schaden anrichtet, das aber juristisch nicht angreifbar ist. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass wir etwa vor vier Jahren die ersten Anhörungen zu diesem Thema im Bezirk hatten, denn ich war im November 2002 Bezirksabgeordneter. Es gab schnell eine zweite Anhörung und wir mochten das, was wir dort gehört haben, gar nicht so recht glauben. Es wurde hier bereits gesagt – es wurde lediglich von passivem Lärmschutz gesprochen. Wir hatten auch den Eindruck, dass die Bahn aktiv wird und sich Unterschriften Betroffener für den passiven Lärmschutz holt. Das galt es zu verhindern. Deswegen sind wir Politiker damals auch sehr froh gewesen, dass sich dann Anfang 2003 als Ergebnis eine Interessengruppe, die IG-

A Schienenlärm, gegründet hat, die heute koordinierende Aufgaben übernimmt und der ich dann im Verlaufe der Zeit nach den ersten Erfahrungen mit der Deutschen Bahn auch persönlich beigetreten bin. Denn ich muss sagen, man fühlte sich doch sehr alleine gelassen.

Wir haben sehr schnell herausgefunden, dass für den Lärmschutz Bund und Bahn verantwortlich sind, nicht die Freie und Hansestadt Hamburg. Bei der Haushaltslage ist das auch nichts, wo man einfach sagen kann: Ich springe hier einmal ein. Herr Rosenfeldt, da komme ich natürlich auf Ihren Beitrag und von Frau Sparr habe ich Ähnliches auch schon gehört: Warum habt Ihr denn nicht früher gehandelt? Herr Rosenfeldt, wir haben versucht, in Gesprächen und Verhandlungen die Verantwortlichkeiten so zu klären, dass die Unterstützung von Bahn und Bund auch wirklich kommt.

Es sind damals Ihre Staatssekretärin im Verkehrsministerium – es regierte damals noch Rotgrün in Berlin – und die Bundestagsabgeordneten sensibilisiert worden, sich dieses Themas anzunehmen. Es haben sich alle dafür eingesetzt und wir haben bis zum Schluss versucht, den Hamburger Haushalt so weit wie möglich zu schonen. Deswegen habe ich immer wieder auf Bürgerversammlungen und in Antworten auf Briefe, die Bürger an mich gerichtet haben, betont, dass die Freie und Hansestadt Hamburg nicht in der Lage sei, für den Bund einzuspringen. Dass wir am Ende die Bahn nicht so in die moralische Verpflichtung einbinden können, dass diese auch weitere Kosten übernimmt, haben wir jetzt erkennen müssen. Wir erkennen ein Engagement der Bürger an, die bereits sehr viel Geld gesammelt haben, die sich beteiligen wollen, die selbst auch erkannt haben, dass juristische Wege nichts nützen. Wir erkennen das an und sind froh, dass wir eine interfraktionelle Lösung gefunden haben, diesen Menschen zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist noch eine ganze Reihe von Problemen zu lösen, wo wir auch heute noch keine endgültigen Antworten haben. Ich nenne nur einmal die Problematik der Entdröhnung von Brücken oder das Ziel des durchgängigen Lärmschutzes. Die Pfeilerbahnproblematik haben wir hier bereits erkannt und wir haben erhebliche Probleme mit den Ultimativen der Bahn.

Ich sagte vorhin, wir diskutieren vier Jahre. Die Bahn sagt uns heute:

"Jetzt geht es aber los"

und versucht den Schwarzen Peter den Anwohnern unterzubehalten. Jetzt geht es aber los, aber wir schaffen von dem, was wir bauen müssten, gerade einmal die Hälfte. Der Rest ist dann 2008 dem Lärm ausgesetzt und ab 2009 schauen wir dann einmal weiter, wie es geht. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mir dann einmal überlegt, was die Bahn eigentlich alles Positives oder weniger Positives gemacht hat. Das einzig Positive ist herausgestrichen worden, das ist die Beteiligung am Runden Tisch. Was ich als besonders negativ empfinde, ist der Verfahrenstrick dieser Ertüchtigung. Man hat die Strecke, die man nutzen will durch drei geteilt, hat zwei Teile mit entsprechenden Planfeststellungsverfahren, mit Lärmschutz eingerichtet und hat dieses Mittelstück, viele Kilometer, völlig ungeschützt, also

ohne Planfeststellungsverfahren, vorantreiben können. Man hat völlig zögerlich angefangen. Jetzt auf einmal marschieren wir voran und sagt, es muss aber losgehen, und konnte den Bürgern bis vor kurzem noch nicht sagen, was das Ganze überhaupt kosten soll.

Ich will es hierbei belassen, weil das Thema im Endeffekt natürlich, auch wenn es bezirksübergreifend ist, schon auch ein bisschen regionalen Charakter hat. Unsere Message an die Deutsche Bahn muss hier heute sehr deutlich sein, dass wir nämlich gemeinsam fordern, dass erst die Wand und dann die Bahn kommt.

Ich habe noch eine Bitte an die Kollegen aus dem Bezirk Hamburg-Nord, der noch rotgrün ist, dass man dort jetzt den Widerstand aufgibt und endlich die 150 000 Euro der CDU beschließt, damit wir auch in diesem Bereich weiterkommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Quast.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als es sich spätestens Anfang dieses Jahres abzeichnete, dass es bei der Deutschen Bahn in Sachen Lärmschutz bei der Güterumgebungsbahn keine befriedigende Lösung geben würde, hat die SPD-Fraktion einen Antrag in diese Bürgerschaft eingebracht

(Olaf Ohlsen CDU: Genau!)

und damit das Thema auf die Agenda gesetzt. Ich bin froh, dass unsere Initiative dazu geführt hat, dass wir es heute schaffen, gemeinsam zu beschließen, dass sich die Stadt Hamburg – wie von uns damals angeregt – zugunsten der Bürger finanziell beteiligen wird, die vom Lärm betroffen sind, und zugunsten der Nutzer von Spielplätzen und Grünanlagen an der Strecke, die künftig vor Lärm, so hoffe ich jedenfalls, auch mit Unterstützung der Stadt geschützt werden können.

Die öffentliche Anhörung, die der Stadtentwicklungsausschuss zu dieser Problematik vor kurzem durchgeführt hat und an der rund 350 Bürger teilgenommen haben, hat eindrucksvoll demonstriert, was die Güterumgebungsbahn an Lärm mit sich bringen wird. Für mich war aber noch viel eindrucksvoller, zu erleben, wie ein Unternehmen, nämlich die Deutsche Bahn, mit den Bürgern umgeht, die berechtigt ihre Interessen, nicht mehr von Lärm geschädigt zu werden, vorbringen. Ich denke einmal, dass das, was wir dort gehört haben, auch ein Punkt ist, der auf jeden Fall auf die Agenda für weitere Gespräche mit der Deutschen Bahn – worum es auch immer gehen mag – gehört, der auch auf die Agenda gehört, wenn der Senat Verhandlungen mit der Deutschen Bahn führt. So kann man nicht mit den Menschen in dieser Stadt umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass wir die Deutsche Bahn AG nicht aus der Verantwortung lassen, es ist aber genauso richtig, dass die Stadt Hamburg sich an den Lärmschutzmaßnahmen finanziell beteiligt. Wie Senator Freytag ausgeführt hat, ist es vernünftig, das Schwarzer-Peter-Prinzip zu durchbrechen. Gleichwohl bleibt der Schwarze Peter bei der Deutschen Bahn. Wir wollen alle, das hat Herr Hesse auch ausgeführt – da bin ich froh, dass wir das alle so sehen –, die Güter auf die Schiene bringen, aus öko-

A logischen und ökonomischen Gründen. Ökonomische Gründe sind sicherlich hauptsächlich für die Bahn wichtig. Das Ganze hat seinen Preis, nämlich zum Beispiel, dass auch wir in den Lärmschutz investieren werden.

Ich bin froh, dass wir die Gelegenheit haben, im Stadtentwicklungsausschuss auch noch einmal anhand des GAL-Antrages über die Forderungen, die wir an die Deutsche Bahn richten müssen, debattieren können. Dann sollte der Senat aber auch im November darlegen, wie er das, was er bisher gegenüber der Presse verkündet hat, gedenkt umzusetzen, wie er im Einzelnen Unterstützung leisten will mit dem, was wir als Bürgerschaft ihm heute als Spielraum geben werden. Das erwarte ich von Ihnen.

Herr Senator Freytag, wenn Sie hier zu Recht kritisieren, dass die Lärmrichtlinien, die es gibt, mit ihren verschiedenen Maßstäben heute nicht mehr zeitgemäß sind, dann erwarte ich aber auch, dass Hamburg etwas unternimmt, um auf Bundesebene Verbesserungen herbeizuführen. Dort sitzen wir in einem Boot, wie der Bürgermeister des Öfteren zu erwähnen beliebt. Ich denke, dass wir Sie auch unterstützen würden, wenn Sie eine Bundesratsinitiative starten, um an diesem Thema etwas für die Stadt Hamburg und für viele andere von Lärm durch die Bahn betroffene Regionen tun. Wir warten auf Ihre Initiative.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lühmann.

B **Jörg Lühmann** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es nur noch einmal ganz kurz machen. Herr Wersich, diese reflexartigen Vorwürfe gegen Rotgrün gehen teilweise richtig am Thema vorbei.

(Beifall bei *Jan Quast* SPD)

Ich will das doch noch einmal ganz klar sagen. Sie haben eben noch einmal das Wirken von Angelika Mertens thematisiert. Ich will Ihnen dazu nur ganz kurz sagen: Die Güterumgehungsbahn ist, soweit ich mich auskenne, die erste und einzige Strecke in Deutschland, die allein aufgrund von Prognosewerten in ein Lärmsanierungsprogramm des Bundes aufgenommen wurde, und zwar des Lärmsanierungsprogramms, das Rotgrün aufgelegt hat. Dazu muss ich Ihnen wirklich sagen: Bis April 2005, bis zur Einrichtung des Runden Tisches – im Juni 2005 kam die Erkenntnis der DB, sie komme mit passivem Lärmschutz allein nicht aus, sie müsse auf aktiven Lärmschutz gehen – bis dahin haben alle Vertreter der Stadt und des Bundes zum Wohle der Bürger in dieser Stadt an einem Strang gezogen. Da finde ich es einfach albern, wenn Sie jetzt meinen, noch einmal auf der Staatsrätin herumhacken zu müssen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur kurz allen noch eine Aufgabe mit auf den Weg geben, was die Güterumgehungsbahn betrifft. Gut situierte Bürger

(*Wolfgang Ploog* CDU: Wer ist das?)

bezahlen für Lärmschutz und bekommen ihn auch. Mietshäuser, Mieter von SAGA und GWG können nicht zahlen. Die SAGA will auch nicht zahlen. Es wird dort eventuell nie Lärmschutz geben oder vielleicht erst in zehn, 20 Jahren. Die Forderung auch an dieses Haus und an alle Kolleginnen und Kollegen ist:

(*Karen Koop* CDU: Immer diese gleiche Schiene!)

Kümmern Sie sich bitte darum, dass auch Barmbek, Dulsberg und die anderen Stadtteile, wo die Güterbahn auch Tag und Nacht vorbeirattert wird, Lärmschutz bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Abgeordneten Niels Böttcher und Jörg Hamann haben sich für befangen erklärt und werden an dieser Abstimmung nicht teilnehmen. Zunächst zum interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 18/5115: Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/5072 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu Punkt 23 der Tagesordnung, Drucksache 18/5040, Bericht des Innenausschusses zum Thema "Terrorismusabwehrkonzept".

[Bericht des Innenausschusses: "Terrorismusabwehrkonzept" (Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO) – Drucksache 18/5040 –]

Wer wünscht das Wort? – Dr. Jäger, bitte.

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

– Hallo, Herr Neumann, ich freue mich, dass Sie auch hier sind und mich immer so nett begrüßen. Es muntert mich auf, dass ich mich hier direkt mit Ihnen auseinandersetzen kann. Das macht immer Spaß.

(*Michael Neumann* SPD: Das haben wir noch nie, Herr Jäger!)

– Ich warte immer darauf, dass Sie mir dann wieder vorwerfen, dass Herr Ahlhaus der Bessere ist. Aber das kommt dann vielleicht noch.

Der vorliegende Bericht des Innenausschusses zum Terrorismusabwehrkonzept macht eines deutlich. Hamburg und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt sind bei Senat und CDU-Fraktion in den besten Händen.

- A (Beifall bei der CDU – *Antje Möller GAL*: Das stand doch schon alles in der Presse!)
- Innensenator Nagel und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten in diesem Bereich ausgezeichnete Arbeit. Für diese Tätigkeit im Dienste unserer Stadt sei ihnen im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich gedankt.
- (Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Wir sollten einmal das Hamburglied singen!)
- Herr Neumann, dass ich singe, möchte ich Ihnen nicht zumuten. Dann leert sich dieser Raum.
- Hamburg ist bei der Terrorismusabwehr sehr gut aufgestellt. Das liegt daran, ...
- (Zurufe von der SPD)
- Das wollen Sie nicht hören, weil Sie die Wahrheit nie gerne hören.
- (*Gerhard Lein SPD*: Durch ständiges Wiederholen wird es nicht wahrer!)
- Das liegt daran, dass Senat und CDU-Fraktion sich dieses Themas seit dem 11. September 2001 kontinuierlich angenommen haben. Deshalb ist es gerade nicht nötig, bei bestimmten Ereignissen ad hoc in hektischen Aktionismus zu verfallen. So hat die Innenbehörde im Landeskriminalamt eine eigenständige Dienststelle Islamistischer Terrorismus gegründet. Diese Dienststelle verfügt inzwischen über 19 Stellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter widmen sich voll und ganz der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Damit ist eine Lücke geschlossen worden, da sich das Landesamt für Verfassungsschutz auf die Beobachtung von Aktivitäten im Bereich des islamistischen Terrors beschränken muss.
- B Gleichwohl ist auch im Bereich des Verfassungsschutzes dieser Bereich personell deutlich aufgestockt worden. Dies betrifft zunächst die Anzahl der Stellen, aber es ist zum Beispiel auch durch die Einstellung von Islamwissenschaftlern zu einer deutlichen qualitativen Verbesserung gekommen. Außerdem ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verfassungsschutz, Ausländerbehörde und Einwohnermeldeamt verstärkt und verbessert worden. So sieht aus unserer Sicht eine effiziente Terrorismusbekämpfung aus.
- Der Innensenator hat zudem dafür gesorgt, dass die Innenminister sich inzwischen endgültig auf die Einführung der Anti-Terror-Datei verständigt haben. Herr Nagel war es nämlich, der nach jahrelangem Streit Anfang September eine Sondersitzung der Innenminister anregte. Dort sind dann endlich die erforderlichen Schritte beschlossen worden.
- (*Michael Neumann SPD*: Toll!)
- Vor diesem Hintergrund, Herr Dressel, kann ich Ihre Kleine Anfrage zu diesem Thema mitsamt Ihrer Kritik an der Umsetzung der Anti-Terror-Datei kaum nachvollziehen. Ich nehme an, Sie werden Sie hier gleich wiederholen.
- Sie fordern eine rasche Umsetzung, außerdem erwecken Sie den Eindruck, hier werde bei der Umsetzung eines wichtigen Projektes Zeit verschwendet. Herr Dr. Dressel, wissen Sie, was mir zu diesen kleinkarierten Äußerungen einfällt? – Sie tragen Eulen nach Athen und fordern Selbstverständlichkeiten.
- (Beifall bei der CDU – *Dr. Till Steffen GAL*: Das war eine total spannende Formulierung!)
- Merken Sie sich eins, Herr Dr. Dressel, gerade beim Thema Terrorismusabwehr und auch beim Thema Innere Sicherheit brauchen Innensenator Nagel und die CDU-Fraktion keine Nachhilfestunden und keine Belehrungen von Ihnen.
- (Beifall bei der CDU)
- Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt können froh sein, dass die CDU für die Innere Sicherheit verantwortlich ist.
- (Beifall bei der CDU)
- In diesem Zusammenhang sei mir ein kurzer Hinweis auf Berlin erlaubt, eines der zwei Bundesländer, in denen wir noch nicht regieren oder mitregieren.
- (*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das mit dem "noch" hat sich für Berlin wohl jetzt erst einmal erledigt!)
- Kommt Zeit, kommt Rat, Herr Dressel. Auch da sind wir voller Hoffnung.
- In der "B. Z." vom 7. Oktober 2006 wird unter dem Titel "Pleite-Polizei! In der Kasse fehlen 15 Millionen" berichtet, dass uniformierte Polizeibeamte während der Fußball-Weltmeisterschaft mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrem Einsatzort fahren mussten, weil die Polizeifahrzeuge ausgebucht waren.
- (*Michael Neumann SPD*: Sie fahren mit dem Taxi!)
- So weit kommt es mit der Inneren Sicherheit, wenn SPD und die Postkommunisten von der PDS für diese verantwortlich sind.
- (Beifall bei der CDU)
- Aber lassen Sie mich zum Schluss kommen. Hamburg hat im Bereich der Terrorismusabwehr seine Hausaufgaben gemacht. Die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger wurden und werden durchgeführt.
- (Beifall bei der CDU)
- Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Dressel.
- Dr. Andreas Dressel** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das mit den Fahrkarten war wirklich sehr lustig, Kollege Jäger. Wobei man sagen muss, dass auch in Hamburg, was durchaus richtig ist, Polizeibeamte, wenn sie zum Dienst fahren, durchaus einmal in öffentlichen Verkehrsmitteln gesehen werden. Sie dürfen dann sogar kostenlos mitfahren, weil sie die uniformierte Präsenz in unseren Verkehrsmitteln erhöhen. Ich kann daran irgendwie nicht so etwas richtig Schlimmes finden.
- (Beifall bei der SPD)
- Kommen wir zum Thema, zum Terrorabwehrkonzept. Da haben wir in Hamburg in der Tat eine besondere Verantwortung, deshalb begrüßen wir auch – das haben wir im Innenausschuss auch gemacht – das Terrorabwehrkonzept des Senats, auch deshalb, weil der Innensenator – nicht so früh nicken, Herr Warnholz, jetzt kommt nämlich noch so ein Nachsatz – bei der Bildungsbehörde auf Granit gebissen hat, als es darum ging, die Lehrpläne im Bereich Terrorabwehr zu überarbeiten, und zwar par ordre du mufti der Innenbehörde. Das ist gescheitert. Das

- A ist auch richtig so, weil die Lehrpläne in der Bildungsbehörde und nicht in der Innenbehörde gemacht werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Konzept steht viel Selbstverständliches, trotzdem ist richtig, dass wir die Kooperation im Bereich der Sicherheitsbehörden weiter verbessern müssen. Insbesondere der Anti-Terror-Einsatz im Jahr 2005 und die Aufarbeitung der dort aufgetretenen Informationspannen, wie die viel zu späte Einschaltung des Landesamtes für Verfassungsschutz, haben gezeigt, wie wichtig eine richtige und gute Kooperation ist.

Wenn Sie dann eben noch gesagt haben, dass alles, was Sie machen, mit hektischem Aktionismus und so weiter gar nichts zu tun habe, dann kann man nur sagen: Dieser Einsatz war ein gewisser Beleg dafür, dass dort ein bisschen hektischer Aktionismus betrieben wurde.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Kooperation gibt es bezüglich der Anti-Terror-Datei jetzt einen wirklich deutlichen Schritt nach vorn. Ich glaube, das können wir hier alle begrüßen, jedenfalls kann ich das für diesen Teil des Hauses sagen. Von der GAL werden wir an der Stelle sicherlich noch etwas hören. Nur ein Punkt: Der Innensenator – das ist völlig richtig – war von Anfang an dafür. Es ist auch völlig geschenkt, dass er sich dafür eingesetzt hat. Aber, dass Herr Jäger jetzt den Innensenator als den wahren Vater der Anti-Terror-Datei hochstilisiert, ist schon ein bisschen Geschichtsklitterung.

(Beifall bei der SPD)

- B Denn an dieser Stelle muss erst einmal der Bundesgesetzgeber seinen Job machen. Das ist ein Bundesgesetz und liegt, glaube ich, nicht in Ihrer Verantwortung. Der Bundesgesetzgeber realisiert jetzt sein Gesetzgebungsvorhaben und wir müssen – da kommen wir zu dem Punkt, an dem Herr Nagel ins Spiel kommt – die Umsetzungsarbeiten organisieren.

Und hier sind wir im Prinzip völlig einer Meinung, dass im nächsten Frühjahr gewährleistet sein muss, dass diese Sache funktioniert, und zwar nicht das Gesetz, sondern die Umsetzung. Hierfür müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden. Das heißt, wenn beim Landeskriminalamt und beim Landesamt für Verfassungsschutz zusätzliche Stellenbedarfe bestehen, dann müssen diese jetzt geklärt werden, und zwar bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass auch wir beim Landesamt für Verfassungsschutz eine 24-stündige Erreichbarkeit benötigen, denn es kann nicht sein, dass irgendwann in einer Wochenend-Nacht aus Passau eine Anfrage kommt, in der Hamburger Daten abgefragt werden müssen und dann setzt sich am nächsten Montag jemand im Landesamt hin und bearbeitet die Anfrage. In dem Gesetzentwurf der Bundesregierung ist diese Anforderung einer 24-Stunden-Erreichbarkeit enthalten und wir erwarten, dass dieses auch hier eingearbeitet und umgesetzt wird. Daher geht es hier gar nicht um eine bestimmte Kritik, sondern wir erwarten, dass jemand, wie Herr Nagel, der sich bei dem Thema Anti-Terror-Datei sehr positioniert hat, dann auch seine Hausaufgaben macht, wenn sie gemacht werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Aber anstatt diese Fragen klar zu beantworten, bläst der Innensenator die größtmögliche Zahl an Hamburger Islamisten heraus, die er in die Datei gern aufnehmen möchte, nämlich 2000. Hierüber hat man bis nach Berlin in Expertenkreisen ziemlich den Kopf geschüttelt. Mittlerweile sind Sie in der Antwort auf meine Anfrage auch ein Stück weit zurückgerudert. Aber das zeigt jedenfalls, mit welcher Seriosität manche Äußerungen zu diesem Thema gemacht worden sind.

Aber es gibt noch mehr zu tun und hierzu möchte ich ein Stichwort nennen, und zwar das Thema "Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum in Berlin". Hier stellen wir uns die Frage, ob es wirklich auf Dauer sinnvoll ist, quasi nur "Di-Mi-Do-Verbindungsbeamte" dort hinzuschicken, die nur eine zeitweise Präsenz haben oder ob es nicht doch besser ist, in der Schaltzentrale, die wir in Deutschland zur Terrorismusabwehr haben, eine wirklich dauerhafte Präsenz sicherzustellen.

Es gibt aber aus aktuellem Anlass noch einen weiteren Punkt, bei dem wir schon ein bisschen befürchten, dass der Innensenator hier auf Show anstatt auf Substanz setzt. Das ist das Thema "Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Terrorismusbekämpfung".

Die ständigen Forderungen nach dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Terrorismusbekämpfung kommen fortwährend aus Ihrem Munde. Heute hat der Bundesverteidigungsminister dazu einige irrlichternde Äußerungen abgegeben.

Daher möchte ich an dieser Stelle für uns Sozialdemokraten noch einmal einiges festhalten, und zwar im Einvernehmen mit praktisch allen Sicherheitsexperten aus dem Bereich Bundeswehr und Polizei. Das Grundgesetz sieht nämlich völlig zu Recht eine Kompetenzverteilung zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit vor. Nur unter bestimmten Bedingungen kann die Bundeswehr bereits heute im Zuge der Amtshilfe im Inneren eingesetzt werden, und zwar lediglich auf dem begrenzten Bereich der Luft- und Seesicherheit, aber auch nur dann, wenn die Polizei nicht die notwendigen Mittel besitzt. Hier besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

Diesen Punkt wird der Bundestag – hier bin ich mir ganz sicher – mit Mehrheit der Großen Koalition auch aufgreifen. Aber für darüber hinausgehende Einsätze der Bundeswehr im Inneren, wie beispielsweise zum Schutz von zivilen Einrichtungen von Bahnhöfen oder Flughäfen, wird es von uns keine Zustimmung geben.

Und damit eines ganz klar ist: Die Bundeswehr ist und wird keine Hilfspolizei.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt noch einen letzten Punkt, der – wie ich finde – diesen Fragenkomplex noch einmal zentral markiert. Hierzu hat der Kollege Jäger nichts ausgeführt, obwohl das eigentlich zu einem Konzept zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus dazugehört.

Wir müssen natürlich einerseits mit härterer Konsequenz gegen alle Erscheinungsformen des islamistischen Terrorismus vorgehen. Aber wir müssen auch genauso konsequent die Ursachen bekämpfen, an vernünftigen Lösungen in diesem Bereich arbeiten und ihnen den Nährboden entziehen, damit es nicht immer wieder neue Unterstützer des Terrors gibt. Hierzu gehört insbesondere, dass wir offen sowie tolerant auf unsere gutwilligen muslimischen

- A Mitbürgerinnen und Mitbürger zugehen und Integration anstatt Ausgrenzung nicht nur immerzu predigen, sondern an dieser Stelle auch praktizieren. Schritte in diese Richtung sind beispielsweise auch ein Kirchenstaatsvertrag mit der muslimischen Gemeinde.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Das geht in die richtige Richtung. Nur so – und das ist der Punkt, warum wir dieses Gesamtkonzept benötigen – werden wir langfristig den Kampf gegen den Terror gewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben dieses Terrorismusabwehrkonzept noch einmal im Innenausschuss beraten. Im Grunde genommen handelt es sich tatsächlich um die Sammlung all dessen, was unter der Federführung der Innenbehörde als Reaktion auf die Anschläge im Jahre 2001 durchgeführt worden ist. Wir reden hier also über eine Reaktion auf eine Situation, die vor fünf Jahren offenbar wurde.

Seinerzeit war es so, dass die Sicherheitsbehörden in Deutschland in der Tat davon überrascht wurden, dass es in Deutschland Gruppen gegeben hat, die hier ihre Ideologie weiterentwickelt und sich auf Terroranschläge vorbereitet haben und das unter den Augen von verschiedenen staatlichen Stellen. Genau hierauf soll durch das Terrorismusabwehrkonzept reagiert werden.

- B Viele der Maßnahmen, die seinerzeit insbesondere auf Bundesebene ergriffen worden sind, sind im Konsens auch von den Grünen mitgetragen worden, weil hier natürlich eine neue Situation vorhanden war, die neue Maßnahmen erforderte.

Die Frage ist aber, ob man hier jetzt, nachdem die Behörden tatsächlich erklären können, dass sie verstanden haben, was vor fünf Jahren passiert ist, nicht möglicherweise der Entwicklung schon wieder hinterherläuft, weil wir es mittlerweile mit einem ganz anderen Phänomen zu tun haben.

Bei den Anschlägen, die vor einiger Zeit auf öffentliche Verkehrsmittel in London verübt worden sind, aber wahrscheinlich auch bei diesen Kofferbombern, mit denen hier in Deutschland versucht worden ist, in den Nahverkehrszügen in Nordrhein-Westfalen Bomben hochgehen zu lassen, haben wir gelernt, dass es sich nicht um Terroristen handelte, die sich vorher in politischen Gruppen gesammelt, dort gemeinsam die Ideologie verbreitet und internationale Kontakte hatten – das sind alle diese Hinweise, denen man durch die ganzen Sicherheitsmaßnahmen hinterher jagt –, sondern dass es sich um Menschen handelte, die in Europa ganz normal leben wie viele andere Migrantinnen und Migranten auch oder teilweise hier sogar geboren sind und dann überraschend für niemanden vorhersehbar auf die Ideen für solche Anschläge gekommen sind.

Daher muss man aufpassen, dass man nicht zu falschen Konsequenzen kommt. Die falsche Konsequenz wäre, alle diese Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, noch mehr Informationen zu erhalten, um die Entwicklung solcher Radikalisierungen schon im frühen Stadium er-

kennen zu können, dann noch weiter nach vorne zu verlagern in der Hoffnung, irgendeinen kleinen Hinweis zu finden und hierbei tatsächlich die Bürgerrechte immer weiter auszuhöhlen.

(Beifall bei der GAL)

Wir müssen erkennen, dass es hier einen Tätertypus gibt, den man mit den ganzen Vorfeldmaßnahmen, die auch im Terrorismusabwehrkonzept zusammengefasst sind, nicht beikommen kann. Diese Erkenntnis ist auch sehr wichtig.

Wir sollten auch nicht die falsche Konsequenz ziehen – und der Verfassungsschutz hat hierzu aufgerufen –, dass man verdächtige Entwicklungen, wenn sich jemand irgendwie komisch verhält, den Sicherheitsbehörden melden sollte. Hier hat es auch schon sehr kuriose Hinweise gegeben. Britische Sicherheitsbehörden haben ausgeführt, dass es ein Hinweis auf Terroristen sein könnte, wenn man Leute mit schwerem Gepäck oder schwitzende und schwangere Personen beobachtet. Ich denke, solche Hinweise machen deutlich, welche Ratlosigkeit bei den Sicherheitsbehörden vorhanden ist.

Wir sollten auch nicht mit Warnungen vor radikalen Gruppen ganze muslimische Gemeinschaften diskriminieren, wie wir das vor einigen Monaten erlebt haben, als groß im Hamburger Abendblatt die Imam Ali Moschee abgebildet war und erklärt wurde, dass diese Moschee ein Terrornest ist. Das ist sicherlich der falsche Weg, weil das ganz sicher dazu führen wird, dass diejenigen Muslime, die bislang gutwillig und offen auf unsere Gesellschaft reagiert haben und diese als Chance sehen, sich ausgegrenzt fühlen. Das ist dann tatsächlich ein Motor für Radikalisierung und auch der Nährboden, auf dem Terrorismus entstehen kann.

(Beifall bei *Christian Maaß und Antje Möller, beide GAL*)

Daher wäre es die komplett falsche Konsequenz, aus der Ratlosigkeit der Sicherheitsbehörden, die angesichts dieser neuen Phänomene offenbar ist, solche plakativen Schuldzuschreibungen gegenüber muslimischen Gruppen in unserer Stadt und in Deutschland zu erheben.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Nagel.

(*Martina Gregersen GAL:* Jetzt redet er, vorhin wollte er nicht!)

Senator Udo Nagel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst einmal möchte ich ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Dr. Dressel machen, Stichwort: "GETAZ", also das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin.

Gerade ich war einer derjenigen, der von Anfang an als eines der ersten Länder Vertreter dort hingeschickt hat, sowohl vom Verfassungsschutz als auch von der Polizei. Es reicht vollkommen aus, dass die Beamten von Dienstag bis Donnerstag in Berlin und montags sowie freitags hier in Hamburg anwesend sind, um auch die Verbindung nach Hamburg zu halten. In den Fällen, in denen es fachlich notwendig ist, wird sofort reagiert und die Beamten bleiben durchgehend in Berlin.

C

D

- A Was Ihre Angriffe in Bezug auf den Bundeswehreinsatz betrifft, kennen Sie meine Ausführungen hierzu. Ich war von Anfang an für einen erweiterten Bundeswehreinsatz im Inneren und habe insbesondere mit dem Beispiel Bundeswehrkrankenhaus Wandsbek argumentiert, weil es seinerzeit bezogen auf Hamburg eine Terrorwarnung gab, die zeitlich und örtlich so konkret war, wie selten eine Terrorwarnung in diesem Bereich. In dieser Phase ist die Bereitschaftspolizei, und zwar die gesamte Landesbereitschaftspolizei, zum Objektschutz eingesetzt worden. Das hat nachhaltige Auswirkungen auf die Sicherheit für die Stadt. Es kann nicht richtig sein, dass bewaffnete Organisationen innerhalb Deutschlands von der Polizei bewacht werden müssen, wenn sie das auch selbst können.

(Michael Neumann SPD: Das können sie nicht!)

Genau das ist meine Zielrichtung. Was in anderen Ländern möglich ist, beispielsweise in Österreich, muss auch hier in Deutschland möglich sein. Ich freue mich, dass wir in der Diskussion außerhalb der WM jetzt endlich so weit sind, dass langsam auch in Berlin Bewegung in die Diskussion kommt und ich bin sehr dafür, dass klar definierte Fälle im Grundgesetz geregelt werden.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg ist bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus gut aufgestellt und ich möchte klar zum Ausdruck bringen: Wir reden nicht nur und wir sind auch nicht ratlos, Herr Dr. Steffen, so wie einige andere, sondern wir handeln, und zwar für die Sicherheit der Menschen in dieser Stadt.

- B Die Behörde für Inneres hat in den vergangenen Jahren die Terrorismusbekämpfung mit verschiedenen Maßnahmen verstärkt. Herr Dr. Jäger hat das ausgeführt. Daher muss ich das hier nicht wiederholen. Mit dem gezielten ganzheitlichen Ansatz setzen wir diese Maßnahmen fort, um Hamburg für die Bürger und die Gäste noch sicherer zu machen. Hierbei wollen wir islamistische Strukturen und Personen möglichst noch früher erkennen.

Herr Dr. Steffen, es gibt überhaupt nicht das Profil des islamistischen Terroristen, denn das hat sich verändert. Aber wir wollen gleichwohl alles unternehmen, um diese Menschen noch früher zu erkennen und vor allen Dingen aber auch die Zusammenarbeit der Behörden auszubauen. Außerdem wird der Schutz kritischer Infrastruktureinrichtungen überprüft und mit diesem Konzept weiterentwickelt.

Um es noch einmal ganz klar zu verdeutlichen, weil es uns immer wieder unterstellt wird: Es geht uns bei unserem Anti-Terror-Konzept nicht um einen Generalverdacht gegen Muslime oder andere Personen. Wir wollen einen aufgeklärten Umgang mit der großen Mehrheit der rechtstreuen Muslime haben.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grunde müssen wir gerade gegen alle diejenigen konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen, die unter dem Deckmantel der Religion Terror verbreiten und unsere Demokratie bekämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Stichwort "Anti-Terror-Datei": Nach der letzten Sonder-Innenministerkonferenz erhalten wir nun endlich diese Datei, was ich ausdrücklich begrüße. Momentan be-

findet sich der Entwurf im Gesetzgebungsverfahren des Bundestages. Die Innenministerkonferenz hat die Eckdaten im Zusammenwirken mit dem Bundesinnenminister festgelegt. Das Gesetzgebungsverfahren muss auf Bundesebene laufen. Ich gehe davon aus, dass wir noch im ersten Vierteljahr – wenn es ganz gut läuft –, ansonsten im Laufe des Jahres 2007 ein entsprechendes Bundesgesetz haben werden.

Auch die Anti-Terror-Datei ist wieder ein Baustein mehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Wie das Gesetz aussehen wird, kann ich erst sagen, wenn das Gesetz vorliegt und nicht vorher. Wenn das Gesetz dann verabschiedet ist, werden wir darüber reden, wie wir es hier in Hamburg praktikabel umsetzen können.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der Entwurf liegt doch schon vor!)

Der Grund für unseren verstärkten behördenübergreifenden Anti-Terror-Kampf ist die Tatsache, dass der islamistische Terrorismus weiterhin weltweit die zentrale Bedrohung für die Sicherheit ist. Ich erinnere an die verheerenden Anschläge in den USA und in Europa. Jeder von uns hat noch die schrecklichen Bilder von New York, Madrid oder London vor Augen. Die Ereignisse vom 31. Juli dieses Jahres, die gescheiterten Anschläge mit Kofferbomben auf Regionalzüge in Deutschland, belegen, dass auch Deutschland gefährdet ist.

Wenn auch Hinweise auf konkrete Anschlagplanungen derzeit nicht vorliegen, so muss davon ausgegangen werden, dass auch Hamburg als Metropole Teil eines weltweiten Gefahrenraumes ist und auch ein Ziel des Terrors werden kann. Ich möchte betonen, dass wir die Terrorismusbekämpfung natürlich nicht neu erfinden, sondern wir bauen bereits vorhandene Strategien und Maßnahmen konsequent aus.

Die im vergangenen Jahr eingerichtete Dienststelle "Anti-Terror-Koordination" in der Innenbehörde, in der ämterübergreifend unter anderem Informationen vom Verfassungsschutz, der Ausländerbehörde und der Polizei gebündelt werden, ist genau das Modell für den nun angestrebten Ausbau des behörden- und institutionsübergreifenden ganzheitlichen Kampfes gegen den Terrorismus. Die Sicherheitsbehörden haben im Kampf gegen den Islamismus bereits zahlreiche Erfolge verzeichnen können. So mussten bis heute insgesamt elf Islamisten Hamburg und damit auch Deutschland verlassen.

Das Anti-Terror-Konzept dient in diesem Zusammenhang auch dazu, in anderen Behörden und Institutionen die Sensibilisierung für die Gefahren durch demokratiefeindliche islamistische Bestrebungen noch weiter zu erhöhen. Daher gibt es hier auch kein Problem.

Eines ist klar: Der Kampf für unsere freiheitliche Demokratie und gegen jede Form des Extremismus und Terrorismus geht uns alle an. Dieser Kampf ist nicht allein die Aufgabe der Innenbehörde, sondern die Aufgabe aller Bürger, Organisationen und Einrichtungen unserer Gesellschaft. Daher werbe ich an dieser Stelle noch einmal bei allen Beteiligten innerhalb und außerhalb der Behörden und der Bürgerschaft, uns auf diesem Weg zu unterstützen. Das Ziel ist eine noch sicherere und damit noch freiere Gesellschaft in unserer Stadt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

C

D

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält die Abgeordnete Özoguz.

Aydan Özoguz SPD: Frau Präsidentin! Herr Senator, tun Sie doch nicht so, als gebe es nicht schon längst den Gesetzentwurf für diese Anti-Terror-Datei. Sie haben den Entwurf und könnten sich schon längst vorbereiten. Sie müssen sich also nicht hier hinstellen und erklären, dass Sie von nichts wüssten und noch nicht agieren können. Das stimmt einfach nicht.

Ich möchte aber hier noch einmal einen anderen wichtigen Punkt benennen, der mir wirklich wichtig ist.

Sie haben gerade aus dem Bericht richtig zitiert, dass das Täterprofil als solches nicht wirklich vorhanden ist. Das haben Sie zu Recht genannt. Dann sind Sie auf das Beispiel des Bundeswehrkrankenhauses eingegangen. Ich möchte Ihnen hierzu Folgendes sagen, was kein Vorwurf sein soll, sondern wirklich mehr ein mir sehr am Herzen liegender Punkt ist.

Ich glaube, Sie unterschätzen den Faktor, dass es rechts-treue Menschen in dieser Stadt gibt, die gerade bei solchen Polizeiaktionen – womöglich zu Recht – ganz anders angefasst werden oder in dem Fall vielleicht auch angefasst werden müssen, die anders gecheckt werden und die sich auch ein Stück weit verunsichert fühlen, weil sie anders aussehen und Muslime sind oder was auch immer. Es ist möglicherweise richtig, dass man erklärt, das nicht anders handhaben zu können. Wir brauchen aber hier eine andere Art des Vorgehens, wenn man tatsächlich Vertrauen schaffen will und verdeutlichen möchte, dass auch rechtstreue Muslime von unserem Innensenator geschützt und immer im Blick behalten werden.

Ich bin der Meinung, dass Sie vielmehr dahingehend investieren, beispielsweise über Abschiebungen zu sprechen – das haben Sie auch jetzt wieder getan – und bei jeder Abschiebung nicht versäumen, eine Pressemitteilung herauszugeben. Das ist Ihnen ganz wichtig. Sie wenden sich aber ganz selten an die Menschen und erklären ihnen, dass Sie auch für den Schutz von rechtstreuen Muslimen da sind und auch auf diese Menschen zugehen und Vertrauen schaffen werden. Anders werden Sie die Sicherheit in dieser Stadt nicht wirklich gewährleisten können. Das wissen Sie auch. Sie benötigen die Hilfe der Bürgerinnen und Bürger und die Hilfe aller, die aber auch Ihren Schutz brauchen. Hier erwarte ich von Ihnen ein viel stärkeres Vorgehen und auch mehr Initiative.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von dem Bericht des Innenausschusses Kenntnis genommen hat.

Dann kommen wir zum Punkt 33 der Tagesordnung, Drucksache 18/5070, Antrag der SPD-Fraktion: Ursachen für den Rückgang des Wohnungsbaus sowie für das Scheitern des Wohnungsbauprogramms 2005/2006 analysieren und Konsequenzen ziehen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Ursachen für den Rückgang des Wohnungsbaus
sowie für das Scheitern des Wohnungsbaupro-**

- gramms 2005/2006 analysieren und Konsequenzen ziehen – Drucksache 18/5070 –]**

C

Wer wünscht das Wort? – Herr Quast.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit der Senat 2002 Hamburg das Programm Wachsende Stadt verordnet hat, sinken die Wohnungsbauzahlen in den Keller. Waren es im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2001 noch über 6500 Wohnungen, die jährlich neu gebaut wurden, halbierte sich der Durchschnitt von 2002 bis 2005 fast auf unter 3700 Wohnungen.

2005 hat diese Entwicklung einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. In Hamburg sind nur noch 3251 neue Wohnungen gebaut worden und davon gerade einmal 783 Mietwohnungen sowie 181 geförderte Sozialwohnungen. Der allgemein anerkannte Neubaubedarf beträgt allerdings 5000 bis 8000 Wohnungen pro Jahr.

Es wäre nun ein Leichtes, diese Zahl gegenüber einem Senat, der vor noch nicht allzu langer Zeit die Zwei-Millionen-Metropole propagiert hat, mit Häme zu kommentieren. Tatsächlich erfüllt uns aber diese Entwicklung und die Ratlosigkeit des Senats mit großer Sorge, denn das Scheitern der städtischen Wohnungsbaupolitik Jahr für Jahr wird zu Engpässen bei der Versorgung vor allem mit günstigem Wohnraum führen und wird insbesondere diejenigen treffen, die darauf angewiesen sind, günstige Wohnungen zu erhalten. Durch steigende Mieten werden letztlich aber auch alle anderen Mieterinnen und Mieter der Stadt die Folgen des Scheiterns der städtischen Wohnungsbauprogramme zu spüren bekommen.

D

Die Aufgabe des Senats wäre es, gegenzusteuern und den Wohnungsbau durch Bereitstellung sowie Ausweisung attraktiver und günstiger Flächen, durch Anreizsysteme sowie durch gezielte Förderungsprogramme anzukurbeln. Zumindest bei der Grundstückspolitik hat der Senat jetzt endlich mit seinem Programm für 2000 neue Wohnungen und Vereinbarungen mit Wohnungsbauverbänden eine lang angemahnte Kurskorrektur vorgenommen.

Das 2002 eingeführte Hochgebotsverfahren für städtische Grundstücke, was quasi dazu geführt hatte, dass Baugewerkschaften kaum noch auf städtischem Grund gebaut haben, wird nun für einige Flächen außer Kraft gesetzt. Lange wurde dieses Gebotsverfahren von Verbänden und Unternehmen sowie der SPD und der GAL kritisiert. Insofern kommt Ihre Einkehr spät. Immerhin soll sie kommen, aber wir fragen uns, ob sie dauerhaft sein wird.

Wir, die Sozialdemokraten, hoffen, dass die sogenannte Wohnungsbauoffensive ein Erfolg wird, zusätzlichen Wohnungsbau schafft und die Umsteuerung bei der Bepreisung keine Eintagsfliege bleibt.

Herr Roock wird sicherlich gleich Ihr Programm als Lösung für alle vorhandenen Wohnungsbauprobleme darstellen. Aber das reicht nicht aus. Bei den Wohnungsbauförderungsprogrammen und den anderen Programmen sieht es leider ganz anders aus.

Das Wohnungsbauprogramm 2005/2006, das der Senator Dr. Freytag Ende 2004 als effizientes und auf Ziel der wachsenden Stadt zugeschnittene Wohnungsbauförderung angekündigt hat, ist in der Praxis gescheitert, weil es nicht annähernd den Wohnungsbau gebracht hat, den es

A eigentlich hätte bringen sollen und der vor allem auch nötig wäre.

(Beifall bei der SPD – *Doris Mandel SPD*: Genau!)

Anstatt mit den neuen Instrumenten der Objektförderung und der Investitionszulage den Neubau von 1250 Wohnungen zu fördern und den Geschosswohnungsbau anzukurbeln, waren es gerade einmal 184 Wohnungen und darunter auch noch Nachbewilligungen für das Vorjahr. Das reicht nicht. Selbst die Ziele der vom Senat besonders propagierten Eigentumsförderung werden verfehlt. Mit dem auf 1200 Wohnungen ausgelegten Programm wurden gerade einmal 703 Neubauten gefördert.

Die Förderprogramme erfüllen nicht die Erwartungen, vor allem bei weitem nicht die Erfordernisse dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Alein die Energieeinsparungsprogramme und die Modernisierungsförderungsprogramme sind erfolgreich. Das ist gut, bringt aber keine einzige neue Wohnung.

Wir fordern daher vom Senat, dass er eine grundlegende Analyse der Gründe dieses Misserfolgs der Wohnungsbauförderungsprogramme vornimmt, um dann mit einem neuen Wohnungsbauprogramm vernünftig umzusteuern. Wir können uns die Schnellschüsse und neue Misserfolge nicht länger leisten. Wir müssen weg vom hektischen Umsteuern, wie wir das jetzt unter anderem mit der Kinderzimmerzulage erneut erleben, indem Sie wegen derer Erfolglosigkeit mal eben die Förderungsbedingungen ändern und jetzt nur noch ein Kind anstatt vorher zwei Kinder die Voraussetzung für diese Unterstützung sein wird. Dadurch produzieren Sie letztlich nur Mitnahmeeffekte, aber keine einzige zusätzliche Wohnung.

B

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern Sie daher auf: Stellen Sie sich endlich der Verantwortung, die Sie seit nunmehr fünf Jahren tragen. Legen Sie uns eine ordentliche Analyse der Gründe für das Scheitern Ihrer Wohnungsbauprogramme vor und entwickeln Sie auf dieser Basis ein neues Wohnungsbauprogramm. Wir sind bereit, Ihnen für eine gemeinsame, an den Bedürfnissen einer menschlichen Metropole und einer wachsenden Stadt orientierte Wohnungsbaupolitik für bezahlbare Wohnungen für alle Menschen in dieser kreativen Stadt die Hand zu reichen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Quast, mit Ihrem Antrag kommen Sie schlicht und ergreifend zu spät. Das wissen Sie auch. Sie kommen nicht nur zu spät, sondern im Vorspann Ihres Antrages ziehen Sie auch die falschen Schlüsse. Ich werde an dem einen oder andern Punkt auch deutlich machen, warum das so ist.

Richtig ist, dass der Wohnungsbau insgesamt in den vergangenen Jahren nachgelassen hat. Das ist aber keine Hamburgensie, sondern der Wohnungsbau ist insgesamt bundesweit zurückgegangen. Warum das so ist, lieber Herr Kollege, bedarf keiner großartigen Analyse, denn die Ursachen sind bekannt und sind in verschiedenen Segmenten des Wohnungsmarktes vielfältiger Natur.

Die niedrigen Fertigstellungszahlen sind das Ergebnis von Marktprozessen. Entgegen Ihren anders lautenden Behauptungen, Herr Quast, stellt sich der Wohnungsmarkt insbesondere in Hamburg immer noch als ausgeglichen dar. Daher ist es eine normale Reaktion des Marktes, wenn rückläufige Zahlen im Neubauangebot zu verzeichnen sind.

C

Hinzukommen natürlich auch noch andere Rahmenbedingungen, die den Wohnungsbau beeinflussen. Das sind beispielsweise – und das sage ich nicht zum ersten Mal – veränderte wirtschaftliche, steuerliche und planerische Gegebenheiten, die eine wesentliche Rolle für die private und die genossenschaftliche Wohnungswirtschaft spielen.

Die Investitionsbedingungen haben sich mit dem Wegfall der degressiven Abschreibung zum 1. Januar 2006 für Privatinvestoren verschlechtert, insbesondere im Mietwohnungsbau. Auch das ist ein Grund für mangelnde Investitionsbereitschaft und hier gilt es entgegengusteuern.

Ein weiterer Grund für die geringe Bautätigkeit im Geschosswohnungsbau ist ein Mangel an attraktiven, planreife Flächen. Sie fordern in diesem Hause immer eine beschleunigte Bereitstellung von Flächen und vor Ort organisieren Sie vielfach den Widerstand. Hier kann ich Ihnen nur sagen, dass das unehrlich und verantwortungslos ist.

(Beifall bei der CDU)

Trotz der niedrigen Fertigstellungszahlen ist die Lage – und das führte ich bereits aus – auf dem Hamburger Mietwohnungsmarkt entspannt. Das Mietniveau im Neubaubereich stagniert und im frei finanzierten Wohnungsbestand haben sich die Mieten durchschnittlich sehr moderat entwickelt. Das ist die gute Botschaft für die Mieter. Ihr dauernd wiederholtes Szenario von enorm steigenden Mieten ist insofern auch nicht zu halten. Vielmehr hat sich die Wohnkostenbelastung für die Mieterhaushalte durch die stark gestiegenen Energiekosten spürbar erhöht, Herr Quast. Die Konsequenz kann nur sein, Anreize für energiesparendes Bauen zu schaffen. Das haben wir getan.

D

Die Situation im Bereich des Wohnungsmarktes, wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung, ändert sich manchmal schnell, meistens aber mittel- und langfristig. Das heißt im Ergebnis, dass man meistens hinterher hinkt, aber das ist auch bekannt und insofern nichts Neues.

Der Senat und die Regierungsfraktion stehen daher im ständigen Dialog mit der Wohnungswirtschaft und reagieren gemeinsam. Wir haben mit der Umstellung der Fördersystematik im Wohnraumförderungsprogramm 2005/2006 auf die Anregungen der Wohnungswirtschaft reagiert. Selbst in diesem laufenden Prozess für 2005 und 2006 haben wir zum 1. September nachgesteuert und die Förderungsschwerpunkte neu definiert. Von daher verstehe ich Ihre Nörgelei überhaupt nicht.

Unsere Zielrichtung geht dahin, noch stärkere Impulse für ein urbanes, energiesparendes und familienfreundliches Wohnen zu geben. Das bedeutet im Wesentlichen: Verstärkung der Hamburger Eigenheimförderung durch Aufstockung des Familienzuschlages zum WK-Baudarlehen zur Schaffung einer Eigenkapitalbasis für Familien, neues Förderprogramm für energiesparendes Bauen im Mietwohnungsbau, Erweiterung – darauf haben Sie auch hingewiesen – des Berechtigungskreises für eine Kinder-

- A heimplatz auf Familien mit einem Kind. Die Bedingungen sind so gestrickt, Herr Quast, dass wirklich keine großen Mitnahmeeffekte zu befürchten sind.

Neue Wege beschreiten wir unter anderem mit der Wohnungsbauoffensive. Die Kooperationsverträge mit dem VNW, der AHW und BFW sind bundesweit einmalig und, ich denke, auch erfolgversprechend. 2000 neue Wohnungen sollen kurzfristig – Baubeginn 2007 – erstellt werden. Dass der Senat diese Verträge vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Situation, die ich im Vorfeld geschildert habe, hinbekommen hat, dazu kann man dem Stadtentwicklungssenator Dr. Freytag nur herzlich gratulieren.

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen, wir verfallen nicht in den Tiefschlaf, sondern sind im Gegenteil hellwach. Wir reagieren sehr schnell auf veränderte Rahmenbedingungen. Insofern hat sich Ihr Antrag, Herr Quast, erledigt. Wir werden ihn daher ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Der Wohnungsbau in Hamburg ist nach 2001 nicht nur zurückgegangen, er ist regelrecht eingebrochen, kann man sagen. Ein Rückgang wäre noch im Bundestrend, aber dieser Einbruch, also fast eine Halbierung, ist deutlich mehr, als anderen Großstädten gerade dann, wenn sie ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen hatten, passiert ist. Da ist in Hamburg schon ein "extra" drauf und das kann eigentlich nur mit Ihrer Politik zu tun haben. Andere Variablen fallen mir da nicht ein.

- B Die Erklärungen, die Sie angeboten haben, Herr Roock, passen eigentlich nicht dazu. Sie sagten, die Abschaffung der degressiven AfA zum 1. Januar 2006 wäre schlecht für den Wohnungsbau im Jahre 2006. Aber was ist mit dem Wohnungsbau in den Jahren 2003, 2004 und 2005? Der kann nicht durch die Abschaffung der AfA 2006 beeinflusst worden sein.

(Hans-Detlef Roock CDU: Da wusste man doch schon, in welche Richtung das geht!)

– Aber dann müssten Sie doch eher auf einen vorgezogenen Konjunktoreffekt wie bei der Anhebung der Mehrwertsteuer setzen und noch in 2006 bauen, so lange sie da noch hineinkommen.

Was die Flächenknappheit angeht: Das war doch seinerzeit eine der ersten Aktionen von Mario Mettbach, mit der ersten und zweiten Tranche für die Wachsende Stadt ganz viele Flächen baureif zu machen. Der Bausenator hat dann 2005 ein großes Programm, sagen wir einmal, verkündet. Das war die damalige Flächenoffensive – so hieß die, glaube ich –, wo gesagt wurde: Wir haben jetzt Baurecht für mehrere 1000 Wohnungen geschaffen, jetzt kann gebaut werden, jetzt geht es wirklich los. Das waren dann auch Flächen, die zusammengesammelt und in den letzten zwei, drei Jahren fertig gemacht worden sind. Da passierte in 2005 aber nichts. In 2006 sind die Flächen auch nicht in Bewegung gekommen. Insofern ist dieses Thema Flächenknappheit kein Argument, daran kann es eigentlich nicht liegen.

Das, was sie jetzt vorgeschlagen haben, diese Preisreduktion, ist im Grunde genommen eine Erkenntnis daraus, die sagt: Flächen sind vorhanden, jetzt reduzieren wir die Preise, um sie auf den Markt zu bringen. Das ist auch ein Stück weit ein richtiger Ansatz. Wir haben im Übrigen genau das gefordert. Ich kann Ihnen das vorlesen.

Wir brauchen keine komplizierten Förderrichtlinien. Entscheidend ist, dass die Vergabe günstiger Grundstücke an die Errichtung günstiger Mietwohnungen gekoppelt wird. Das haben wir 2005 erklärt. Sie haben jetzt auch tatsächlich so eine Maßnahme aufgelegt. Das können wir vom Grundsatz, von der Richtung her nur begrüßen. Aber ich fürchte, es wird dennoch nicht reichen, denn Sie haben eine ganze Reihe von sonstigen Rahmenbedingungen weiter verschlechtert, die den Wohnungsbau in Hamburg leider auf einem viel zu niedrigen Niveau haben verharren lassen. 6000 bis 8000 Wohnungen pro Jahr sind nötig, das ist ausgeführt worden. Sie haben in den letzten Jahren wirklich nur herumgedoktert. Die Investitionszulage war ein totaler Flop, die Kinderzimmerzulage ebenfalls. Auch wenn Sie jetzt wieder ein bisschen an den Rahmenbedingungen herumsteuern, ist nicht zu erwarten, dass das wirklich eine große Wende bringt.

Von daher denke ich: Es ist an der Zeit, sich externen Sachverständigen zu holen, es ist an der Zeit, sich einmal eine gründliche, tiefgreifende Beratung zu holen und dann ein ordentliches Wohnungsbauprogramm darauf aufzubauen. Das sollten die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und Ihr Senator machen. Vielleicht wird es dann im nächsten Jahr etwas. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5070 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir jetzt zu Punkt 17 der Tagesordnung, Drucksache 18/4889, Bericht des Verfassungsausschusses: Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen.

[Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 18/4339: Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen (Antrag der CDU-Fraktion) – Drucksache 18/4889 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/5111 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der CDU zu Drucksache 18/4889: Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen/ Bezirksverwaltungsgesetz Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft – Drucksache 18/5111 –]

Zu Drucksache 18/4889 liegt ein Antrag der GAL-Fraktion auf Rücküberweisung an den Verfassungsausschuss vor. Wer wünscht das Wort? – Herr Müller, bitte.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vorab möchte ich gern unserem heutigen Redner, Franklin Kopitzsch, für seinen Vortrag danken.

A (Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Ich möchte Sie noch einmal kurz unterbrechen. Vielleicht sind die Damen und Herren so nett und nehmen Platz. – Vielen Dank.

Farid Müller (fortfahrend): – Herzlichen Dank, Frau Präsidentin.

Ich fange noch einmal von vorne an. – Ich wollte meinen Dank aussprechen an unseren heutigen Redner, Franklin Kopitzsch, der einen sehr guten Vortrag über 60 Jahre Bürgerschaft und die aktuellen Herausforderungen der Demokratie in dieser Stadt gehalten hat. Die Ironie der Geschichte ist, dass wir just an dem Tag, an dem wir diesen Vortrag hören und 60 Jahre Bürgerschaft feiern, über das Volkswahlrecht abstimmen werden.

Die Freie und Hansestadt Hamburg stellt sich gerne in die Reihe der großen Stadtrepubliken der Geschichte. Wer in den Turmsaal schaut, der sieht Bilder von Athen, Venedig, Amsterdam und Rom. Besonders die Anspielungen auf Rom sind hier im Hause unübersehbar. Überall begegnet man den Buchstaben SPQH, der hamburgischen Ableitung des römischen SPQR – Senat und Volk von Rom. Rom ist an Unfähigkeit, einem Mangel an Demokratie, an Arroganz und seiner eigenen Hybris zugrunde gegangen. Unfähigkeit, Demokratiemangel, Arroganz und Hybris gibt es auch heute wieder in Hamburg.

(Lachen bei der CDU)

Die CDU ist heute auf dem Gipfel der politischen Verkommenheit angekommen.

B

(Beifall bei der GAL – Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, kommen sie bitte zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurück.

Farid Müller (fortfahrend): Nun ist klar: Am Ende zählt in dieser Partei allein die Macht. Der Traum von einem moderneren, einem flotteren Hamburg, den manche seit 2001 geträumt haben mögen, ist ausgeträumt. Der Wahlrechtsraub ist der Sündenfall der CDU.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie wissen gar nicht, was ein Sündenfall ist!)

Die Union hat in dieser Stadt endgültig ihre Unschuld verloren.

Bis dahin war es ein beschwerlicher Weg. Mahnungen gab es mehr als genug. Aber sie wurden alle arrogant, beratungsresistent und besserwisserisch in den Wind geschlagen.

(Wolfgang Beuß CDU: Sprechen Sie doch einmal zur Sache!)

Oder Sie wurden, wie wir es bei Bürgermeister von Beust erlebt haben, schlicht ignoriert. An nichts wird das so deutlich, wie an dem Brief prominenter Hamburgerinnen und Hamburger, der jetzt vor dieser heutigen Entscheidung veröffentlicht wurde. 33 Persönlichkeiten haben sich an Sie, Herr von Beust, gewandt – Persönlichkeiten aus dem Film, aus der Wirtschaft, der Politik, den Kirchen und den Gewerkschaften.

(Bernd Reinert CDU: Einer Kirche! – Wolfgang Beuß CDU: Der Kirche!)

C

Was war Ihre Reaktion? – Nichts. Sie, Herr von Beust, haben sich vor einer Stellungnahme gedrückt, so wie Sie sich hier und heute weiter drücken. Weder den Bürgerinnen und Bürgern noch dem Parlament wollen Sie wirklich Auskunft geben über das, was hier heute geschieht. Herr von Beust, wenn Sie nur einen Funken politischen Anstand hätten, dann müssten Sie sich hier und heute erklären. Ein Bürgermeister darf sich nicht hinter dem Rücken von Abgeordneten verstecken.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie verstecken sich, wenn es brenzlig wird, hinter dem Rücken Ihres Fraktionsvorsitzenden, Herrn Reinert.

(Michael Neumann SPD: Breites Kreuz!)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Das ist eines Ersten Bürgermeisters unwürdig.

(Viviane Spethmann CDU: Wir sind das Parlament!)

Die Antwort, die der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Reinert, sozusagen als Strohmann des Ersten Bürgermeisters, auf den Prominentenaufwurf gegeben hat, lässt tief blicken. Sie lässt nämlich erkennen, wie tief die Union gesunken ist.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Lieber Herr Reinert, Sie wissen, dass ich Sie als Kollege in Auseinandersetzungen sehr schätze.

(Bernd Reinert CDU: Das stimmt nicht!)

D

Aber was Sie da gestern zusammengeschrieben haben,

(Michael Neumann SPD: Das hat er doch nicht selbst geschrieben!)

wirft ein grelles Licht auf diese zusammengeschusterte und wacklige Konstruktion des CDU-Wahlrechts. Sie schreiben da beispielsweise von verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Volkswahlrecht. Natürlich verlieren Sie kein Wort darüber, worin diese Bedenken eigentlich genau bestehen sollen.

(Bernd Reinert CDU: Natürlich!)

– Das können Sie auch nicht. Es gibt nämlich keine. Selbst wenn es welche gäbe, hätten Sie diese vom Verfassungsgericht überprüfen lassen müssen.

(Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Warum denn?)

Stattdessen nehmen Sie hier selbst das Recht in die Hand. Das ist verfassungsrechtliche Selbstjustiz!

(Bernd Reinert CDU: Sind wir der Gesetzgeber oder sind wir nicht der Gesetzgeber?)

Schauen wir auf Ihre Behauptung, nach dem Volkswahlrecht gäbe es keine Möglichkeit, den Listenvorschlag einer Partei zu wählen oder sich damit einverstanden zu erklären. Das ist natürlich falsch. Das wissen wir hier auch alle.

(Bernd Reinert CDU: Listenreihenfolge!)

Natürlich können die Menschen nach dem jetzt geltenden Volkswahlrecht auch einfach ihr Kreuz für eine Partei statt fünf Kreuze für einzelne Kandidaten machen. Das ist bekannt. Das ist der Kern des Wahlrechts.

A *(Wolfgang Beuß CDU: Ist das armselig!)*
Da bin ich doch sehr stutzig geworden, Herr Kollege Reinert.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Farid Müller (fortfahrend): – Nein, er kann sich später äußern.

Herr Kollege Reinert, ich kenne Sie als ehrlichen Mann. Deswegen glaube ich nicht, dass Ihnen diese Unwahrheit irgendwie bewusst unterlaufen ist.

(Bernd Reinert CDU: Sie zitieren mich falsch und dann soll ich die Unwahrheit gesagt haben?)

Außerdem schauen auf solche Texte in der Regel mehrere Leute. Da bleibt also nur ein Schluss: Sie wissen es nicht. Sie haben offenbar keine Ahnung von diesem Volkswahlrecht. Die CDU-Fraktion hat es allem Anschein nach nämlich auch nicht, wie wir ja nun aus einer großen Tageszeitung in dieser Stadt zur Kenntnis nehmen konnten.

Da gab es nämlich einen PISA-Test für das Wahlrecht. Ihre Fraktion ist durchgefallen, Herr Reinert.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie wissen nur eines vom Volkswahlrecht. Es verschiebt die Macht von den Parteien zu den Bürgern und Bürgerinnen. Sie kennen nur einen Reflex: Zurückbeißen. Was Sie "kleine Korrekturen" nennen, ist in Wahrheit die größte Umverteilung von politischer Macht in dieser Stadt seit dem Krieg. Es ist ein Bärenienst, den Sie der Demokratie leisten. Diese Umverteilung ist illegitim und vermutlich auch verfassungswidrig.

B Rom ist an seiner Hybris und seiner Arroganz zugrunde gegangen, Hamburg wird dieses Schicksal erspart bleiben. Wir haben Gerichte, wir haben Wahlen.

(Wolfgang Beuß CDU: Und die GAL!)

Jede Mehrheit ist nur eine Mehrheit auf Zeit. Ihre maßlose Arroganz – da bin ich ganz sicher – wird nicht ohne Folgen bleiben. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Wer ist hier arrogant?)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass breitgetretener Quark Quark bleibt, Herr Müller, dann haben Sie es gerade nachgewiesen, und zwar sehr eindrucksvoll.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich trotzdem an einem Gefallen gefunden habe, Herr Müller, dann an dem Bild von Rom. Sie als Untergangsprophet, als kleiner Nero für Arme – das ist schon ein Bild, das ich mir durchaus vorstellen kann, Herr Müller.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte auch Sie bitten, beim parlamentarischen Sprachgebrauch zu bleiben.

(Bernd Reinert CDU: Er braucht es ja nicht zu wiederholen!)

Kai Voet van Vormizeele (fortfahrend): – Aber natürlich, ich hatte auch nicht vor, hier noch einmal Nero zu zitieren.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen und mich bei den vielen engagierten Menschen bedanken, die in den letzten Tagen – ich glaube, gestern im "Hamburger Abendblatt" – einen so hervorragenden Aufruf gestartet haben und so deutlich gesagt haben, dass sie sich für diese Stadt engagieren würden. Ich fände es schön, wenn sich viele Menschen für diese Stadt engagieren würden. Ich würde mich noch viel mehr freuen, wenn sie es denn tatkräftig täten, denn gut 40 Prozent derer sind noch nicht einmal Hamburger. Schön wäre es, indem sie künftig Hamburg unterstützen würden, wenn sie zum Beispiel ihre Steuern hier zahlen würden. Dann würden wir vieles von dem gerne umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wer meint, uns von außen Ratschläge geben und hier noch nicht einmal das Wahlrecht gebrauchen zu können, der nimmt sich selbst einen Teil der eigenen Begründung.

Aber einen Kommentar will ich gerne herausnehmen, weil ich finde, dass man den einen noch einmal deutlich herausarbeiten muss. Da gab es – nicht nur gestern, auch schon vor circa zwei Wochen – einen Kommentar des ehemaligen Ersten Bürgermeisters, Herrn Voscherau. Der wird dem einen oder anderen noch bekannt sein, Herrn Petersen mehr als anderen.

(Michael Neumann SPD: Spitzen Witz!)

Der hat schon vor zwei Wochen, am 23. September 2006, grundsätzlich seine Kritik an den Änderungen des Wahlrechtes formuliert. Er sagte zum geltenden Wahlrecht:

"Die Einzelheiten sind sehr kompliziert und in der Wahlkabine, fürchte ich, schwer praktikabel. Wenn wirklich ein sogenannter digitaler Wahlstift nötig sein sollte, der die Wahlentscheidung jedes Bürgers registriert, damit das Wahlrecht überhaupt funktioniert, hätte ich schwere Bedenken ..."

Ja, was denn jetzt, liebe Kollegen der SPD? Gestern war er noch Ihr Kronzeuge, aber vor zwei Wochen sagte er bereits, er habe schwere Bedenken, wenn ein digitaler Wahlstift gebraucht werde.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Das hat doch gar nichts mit dem Thema zu tun! – Dr. Andreas Dressel SPD: Lesen Sie es doch einmal zu Ende!)

Liebe Kollegen, hätten Sie vielleicht Herrn Voscherau einmal vorher informiert, hätten Sie ihm vorher gesagt, dass, wenn wir keinen Wahlstift oder ähnliche Methoden einsetzen, wir fast 50 000 Wahlhelfer in dieser Stadt brauchen würden. Dann, glaube ich, hätte Herr Voscherau vieles von dem nicht mehr erzählt, was er in diesem "Hamburger Abendblatt"-Artikel vorher klargemacht hatte. Aber er geht ja noch weiter. Er sagt nämlich auch noch – das finde ich bemerkenswert:

"... hätte ich schwere Bedenken gegen den Stift."

A Den müssen wir einsetzen, darüber herrscht in diesem Hause – bisher zumindest – über alle Fraktionen Einigkeit.

"Denn damit würde die Aufhebung des Wahlgeheimnisses technisch möglich, ..."

Das heißt, Sie, liebe Kollegen der SPD, benutzen einen Kronzeugen, der Ihnen vorwirft, dass Sie, wenn Sie diesen digitalen Wahlstift einsetzen, das Geheimnis der Wahl aufheben. Damit würden Sie bewusst gegen elementare Grundsätze des Wahlrechts, nämlich gegen das Wahlgeheimnis, verstoßen. Das nehmen Sie hin, da haben Sie keine Bedenken. Da bleibt Herr Voscherau Ihr Kronzeuge. Da ist er mit einem Mal nicht mehr relevant. Ich glaube, liebe Kollegen:

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Das nehmen Ihnen die Bürger nicht ab, was Sie da sagen!)

Herr Voscherau hat wenig gewusst, was er eigentlich erzählt. Herr Voscherau hätte sich lieber vorher über das informieren sollen, was eigentlich angesagt ist.

Das gilt auch noch für einen zweiten Punkt, den ich bemerkenswert finde. Herr Voscherau sagte heute Morgen, er würde erwarten, dass der Bürgermeister jetzt die Notbremse zieht. Ich kann verstehen, dass Herr Voscherau das denkt, weil es ein solches Instrumentarium einmal in unserer Verfassung gab. Nun weiß ich, die Kollegen der SPD brauchen ein paar Jahre länger, bis sie "up to date" sind. Aber zehn Jahre sind auch für Sie verdammt viel. Denn dieses Instrument der Verfassung haben wir 1996 gestrichen.

B (*Dr. Mathias Petersen SPD*: Er muss es nicht unterschreiben!)

Übrigens, der Bürgermeister, der damals diesen Akt unterschrieben hat, hieß Voscherau. Wahrscheinlich war er so überlastet bei seinen nächtlichen Sitzungen in seinem Büro, dass er nicht mehr in der Lage war, wahrzunehmen, was er gerade unterschreibt. Aber tatsächlich war er es.

(Beifall bei der CDU)

Es fällt mir schon ein bisschen schwer, zu akzeptieren, dass einer der prominentesten Hamburger Notare – also ein Institut für die Rechtswahrung dieser Stadt – offensichtlich die geltende Verfassung kaum oder gar nicht kennt. Das ist schon bedenklich, aber es gibt genug Leute, die ihn aufklären können, allen voran in der SPD-Fraktion. Da haben wir – wie wir heute Morgen gelesen haben – unseren großen Staatsrechtler Dressel. Der hat heute Morgen ein Institut erfunden, von dem ich immer noch so beseelt und so begeistert bin und das wirklich etwas ganz Tolles ist. Heute Morgen in der "Hamburger Morgenpost" verkündet Herr Dressel, dass der Bürgermeister hier jetzt endlich handeln müsse, dass der Bürgermeister seine Richtlinienkompetenz ausnutzen solle.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Genau!)

Mensch. Da muss ich sagen – nun bin ich schon seit ein paar Jahren Mitglied der Bürgerschaft –, dass der Bürgermeister uns gegenüber eine Richtlinienkompetenz hat, ist mir neu. Aber ich lerne ja noch.

(Beifall bei der CDU)

Nach dem ersten Schreck muss ich sagen: Das hat auch etwas für sich. Ich kann für meine Fraktion deutlich sa-

gen: Wenn wir eine solche Richtlinienkompetenz des Bürgermeisters gegenüber dem Parlament haben, fordere ich hiermit den Bürgermeister im Namen meiner Fraktion auf: Herr von Beust, üben Sie diese Kompetenz aus. Bringen Sie die SPD-Fraktion im Rahmen dieser Kompetenz dazu, Ihre Verantwortung für diese Stadt wahrzunehmen und heute Abend gemeinsam mit uns zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich gewinne zunehmend den Eindruck, dass die Kollegen der SPD dieser Aufforderung heute wahrscheinlich nicht Folge leisten werden, was ich bedaure. Aber vielleicht wird uns der Kollege Dressel nachher noch einmal erklären, wo denn die Richtlinienkompetenz des Bürgermeisters gegenüber dem Parlament liegt.

Ich sage es hier ganz deutlich, liebe Kollegen der SPD: Von solchen Verfassungsexperten, wie Sie es sind – Sie haben es uns immer wieder vorgeworfen und uns als moralische Verfassungsbrecher bezeichnet –, sind wir nicht bereit, uns das vorwerfen zu lassen. Sie haben bewiesen, dass Sie von der hamburgischen Verfassung wahrlich keine Ahnung haben, Sie haben sich aus diesem Rennen nun wirklich selbst herausgeworfen.

Lassen Sie mich noch einmal ganz kurz zu dem kommen, was wir eigentlich heute Abend hier debattieren.

(Beifall und Lachen bei der SPD und Zurufe von der SPD: Oh,oh!)

– Ich weiß: Das hören sie ungern.

Liebe Kollegen, es muss natürlich möglich sein, die vielen Äußerungen, die sie hier im Parlament relativ selten loslassen, noch einmal kurz zu kommentieren. Ich will das sehr deutlich tun.

Wenn wir schon bei der Verfassung sind, haben wir nicht nur das Vetorecht des Senats, das wir gar nicht mehr haben, oder gar die schon eben zitierte Richtlinienkompetenz des Bürgermeisters. Wir haben auch den Artikel 24 unserer Verfassung. Der sagt sehr deutlich, was die Aufgaben der Opposition in diesem Staate sind. Liebe Kollegen der SPD, darin steht nicht, dass Sie sich vor der Verantwortung in der Stadt drücken dürfen oder gar sollen. Sie tragen genauso viel Verantwortung in diesem Hause wie jeder andere Abgeordnete auch.

(*Manuel Sarrazin GAL*: Hätten Sie einmal vorher zugehört!)

Wir haben in den vielen Debatten, die wir in den letzten Wochen zum Thema Wahlrecht geführt haben, mehr als einmal deutlich gemacht, dass es viele Dinge in diesem Wahlrecht gibt, die zweifelhaft sind. Es gibt einige Dinge, die schlichtweg rechtswidrig und verfassungswidrig sind.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Welche denn, welche denn?!)

Wer das erkennt – das wissen Sie ganz genau, das erkennen auch viele Kollegen der SPD-Fraktion –, und nicht handelt, handelt verantwortungslos. Genau das tun Sie.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Ohlsen CDU*: Sehr richtig!)

Wir machen es uns mit dieser Verantwortung nicht leicht. Natürlich wäre es viel einfacher, es genau so zu machen wie die Kollegen der SPD und zu sagen: "Prima, durch-

A tauchen, abtauchen, wir fahren die Sache gegen die Wand."

Wir reden hier über die Stadt Hamburg. Wir alle haben gemeinsam die Verpflichtung, für das Wohl dieser Stadt zu sorgen. Genau diese Verpflichtung sagt uns auch, dass wir dieses Wahlrecht nicht einmal eben an die Wand fahren lassen dürfen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie fahren es an die Wand!)

Wir haben die Verpflichtung, für diese Stadt ein Wahlrecht zu schaffen, das einer Stadt ermöglicht, weiterhin agieren zu können und handlungswürdig zu sein. In diesem Sinne fordere ich Sie heute auf, gerade die Kollegen der SPD – es gibt bei Ihnen sehr viele, das wissen sie ganz genau, die ganz anders denken, als sie öffentlich bekunden –,

(Gerhard Lein SPD: Was ist dann mit Ihrer Fraktion?)

wenn Sie heute Mut haben, dann halten Sie sich heute einmal nicht an Ihre Fraktionsdisziplin. Wir sind da offensichtlich viel offener als Sie. Sie haben diesen Mut nicht, Sie bekennen sich nicht zu Ihrer Verantwortung. Sie ducken sich weg, während wir hier in dem Argumentehagel stehen. Haben Sie den Mut, bekennen Sie sich zu Ihrer eigenen Meinung. Dann, liebe Kollegen der SPD, kann man Sie wieder ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU – Werner Dobritz SPD: Hau ab! – Glocke)

B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Herr Dobritz, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. – Das Wort erhält der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Mann kann der Fraktionsführung der CDU nicht immer bei allen Entscheidungen Weisheit bescheinigen. Aber, ich glaube, es war eine weise Entscheidung Ihrer Fraktionsführung, Sie heute als ersten Redner reden zu lassen, weil ich glaube, dass kein anderer Ihrer Fraktion das Stichwort "Arroganz der Macht" so wundervoll glaubwürdig hätte darstellen können, wie Sie es in Ihrem Debattenbeitrag getan haben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir debattieren heute zum ich weiß nicht wievielten Male die Änderungsvorschläge der CDU-Fraktion zum Hamburger Wahlrecht. In vielen Sitzungen des Verfassungsausschusses, in Bürgerschaftsdebatten und zuletzt auch vor 14 Tagen bei der ersten Lesung war das ein Thema. Keines der zahlreichen Argumente gegen die Änderungen haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, wirklich aufgenommen, geschweige denn entkräftet.

(Harald Krüger CDU: Die werden von Mal zu Mal nicht besser!)

Im Gegenteil, Sie reduzieren Ihre Argumentation

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

– das hat Ihr Redner gerade, glaube ich, deutlich gemacht – im Kern auf eine zentrale Botschaft: Mehrheit ist Wahrheit.

Das ist die einzige Begründung, die Sie als CDU in Wirklichkeit geben. Sie sagen, Sie haben die Mehrheit hier im

C Hause und deswegen sind Sie von einem höheren Wissen, von einer höheren Einsicht geprägt. Deshalb glauben Sie zu wissen, was gut für die Stadt ist. Ich glaube, die Menschen wissen sehr wohl selbst, was für Hamburg und für sie selbst gut ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist auch der Grund, weshalb die Hamburgerinnen und Hamburger diese Begründung "Mehrheit ist Wahrheit" nicht bereit sind zu akzeptieren. Ich glaube, dieses Argument, das der ehemalige Fraktionsvorsitzende, Herr Freytag, ständig im Munde führte und zum Teil auch heute noch im Munde führt, wird Ihnen selbst noch einmal im Halse stecken bleiben.

Wir Sozialdemokraten haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir für ein anderes Wahlrecht stehen. Aber wir haben verstanden, dass unser damaliger Vorschlag nicht die Zustimmung des Volkes gefunden hat. Deshalb verteidigen wir heute auch in dieser Debatte nicht das beschlossene Wahlrecht, sondern wir verteidigen den Volksentscheid.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Genau um diese Frage geht es bei der Auseinandersetzung: Akzeptieren wir als Parlament, akzeptieren Sie als CDU-Fraktion und akzeptiert auch der Bürgermeister die Entscheidung des Volkes oder nicht?

(Karen Koop CDU: Man muss das trennen!)

D Die CDU-Fraktion scheint entschlossen zu sein, heute auch in der zweiten Lesung dieses verheerende Signal in die Stadt zu senden – nämlich das Signal, dass ihr das Volk und seine Entscheidungen gleich sind. Bei Ihnen ist eben nicht das Volk der Souverän, sondern die innerparteiliche Machtbalance Ihrer Partei, der CDU – koste es, was es wolle.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir als Fraktion der Sozialdemokraten hier im Rathaus und auch die GAL wollen ein gegenteiliges Bekenntnis ablegen. Wir wollen klarmachen, dass wir zu diesem Volksentscheid stehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir Sozialdemokraten bekennen uns dazu, dass wir dieses Wahlrecht weiß Gott nicht lieben. Wir wissen, dass es dort auch Widerstände gibt, dass sich auch in unserer Partei viel Gewohntes verändern würde und dass es Schmerzen geben würde. Aber dieses Wahlrecht ist das Ergebnis einer demokratischen Entscheidung unseres Volkes. Wir haben es als gute Demokraten zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das heißt: Wir als Hamburger Sozialdemokraten bekennen uns damit zur Verfassung, zur Moralität der Verfassung, zur Volkssouveränität und damit schlussendlich auch grundsätzlich zum Volksentscheid. Die Verantwortung liegt heute bei Ihnen, bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU und beim Bürgermeister, Herrn von Beust. Es stellt sich die Frage, ob auch dem Bürgermeister der machtpolitische Frieden der CDU wichtiger ist als die politische Kultur und dauerhaft auch die Frage der Bündnisfähigkeit mit anderen politischen Parteien in dieser Stadt.

A Deutlich wird so oder so: Wer in Hamburg eine andere Politik will, wer will, dass Volksentscheide wieder möglich werden, wer will, dass das Volk wirklich wieder entscheidet, der hat neben allen zu klärenden Verfassungsfragen nur eine Möglichkeit. Er muss den Ersten Bürgermeister, Herrn von Beust, beim Wort nehmen, denn er hat gesagt:

"Wem diese Entscheidung nicht passt, der mag mich 2008 abwählen."

Ich finde, in dieser Frage sollte Hamburg Herrn von Beust endlich beim Wort nehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wagen Sie die Entscheidung. Es ist keine leichte Entscheidung. Ich habe auch tiefen Respekt vor dem Kollegen der CDU-Fraktion, der die Kraft und den Mut hat, zu seiner Überzeugung zu stehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie mögen heute das Recht zu dieser Entscheidung haben, aber Recht haben Sie nicht.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Als ich Sie gerade gehört habe, Herr Voet van Vormizeele, habe ich mich nicht zum ersten Mal, aber auch gerade eben noch einmal gefragt, was Sie dazu veranlasst hat, diese Debatte mit so viel Polemik zu führen,

B

(Lachen bei der CDU)

und zwar Polemik nicht nur im Sinne von schönen Bildern, sondern im Sinne von tatsächlich verzerrenden Sachargumenten.

Ich will nur zwei Beispiele nennen. Sie haben hier auf den digitalen Wahlstift abgehoben, zu dem Herr Voscherau so tolle Bedenken gehabt haben soll und weshalb Sie sich bestätigt gefühlt haben. Warum ist ein digitaler Wahlstift notwendig? Weil an diesem Wahltag, den wir haben würden, wenn nach dem Volkswahlrecht abgestimmt würde, tatsächlich jede Wählerin und jeder Wähler zehn Stimmen abgeben könnte. Es wären eine Menge Stimmen auszuzählen. Um das zu beschleunigen und schneller das Ergebnis zu haben, brauchen wir diesen digitalen Wahlstift.

(*Karen Koop CDU:* Sagen Sie das doch mal Ihrem Kollegen Müller!)

Was bringt Ihr Wahlrecht? Zwölf Stimmen an einem Tag,

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Richtig! Weil wir an dem Kernbereich nichts mehr ändern!)

weil Sie zwar die Zahl der Stimmen für die Bürgerschaftswahl verringern, aber gleichzeitig wieder das rückgängig machen, was das Volkswahlrecht wollte, nämlich die Entzerrung der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen. Zwölf Stimmen, das macht einen digitalen Wahlstift nicht weniger notwendig. In der Sache total inkonsistent argumentiert und deswegen polemisch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweites Beispiel. Sie haben immer auf die Verfassungsbedenken abgehoben, dass das Wahlrecht verfassungswidrig sein könnte. Da kommt dann immer der Hinweis auf die durch das Gesetz erfolgende Verlängerung der Wahlperiode der bereits gewählten Bezirksversammlungen. Das ist ein Problem.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Deswegen haben wir Ihnen auch angeboten, über die Lösung dieses Problems zu reden.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Das ist kein Problem, das ist verfassungswidrig!)

Wir haben gesagt, dass wir sicherstellen wollen, dass das Ergebnis, das das Volkswahlrecht wollte, nämlich die Wahl zeitgleich zu den Europawahlen zu machen, dann auch umgesetzt wird und dazu brauchen wir eine Übergangsregelung. Ja, die ist notwendig geworden, weil – was die Volksinitiatoren beim Start ihres Wahlrechts nicht vorhersehen konnten – eine vorzeitige Bürgerschaftswahl stattfand. Sie wissen auch, dass das Gesetzgebungsverfahren für den Volksgesetzgeber so umständlich ist, dass eine nachträgliche Korrektur des Vorschlages nicht mehr möglich war. Da ist der Volksgesetzgeber benachteiligt. Wenn eine solche konsensuale Regelung nicht möglich ist, die das Ziel des Volksgesetzgebers beibehält und gleichzeitig eine saubere Lösung herbeiführt, dann ist das nicht unsere, sondern Ihre Schuld.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Verfassungswidrigkeit ist nicht unsere Schuld!)

Deswegen sage ich: Auch hier wieder sachwidrig argumentiert und deswegen polemisch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich frage mich auch, warum Sie das nötig haben. Natürlich, die Macht ist süß und verführerisch und die Versuchung, daran festzuhalten und Klauseln einzuführen, die einem das leichter machen, ist groß. Aber das ist nicht die einzige Motivlage in Ihren Köpfen. Ich weiß, dass bei Ihnen, Herr Voet van Vormizeele persönlich, und bei vielen die Überzeugung, dass unsere Demokratie tatsächlich die beste Regierungs- und Staatsform ist, die wir uns vorstellen können, sehr stark ist. Ich würde keinem von Ihnen, den ich hinreichend genau kenne, unterstellen, dass er kein überzeugter und glühender Anhänger der Demokratie wäre.

(Zuruf von der CDU: Da haben wir ja Glück gehabt!)

Ich weiß es, weil wir darüber diskutieren und in vielen Runden über die Frage gesprochen haben, wie wir mehr Demokratie auf der lokalen Ebene schaffen. Dafür haben wir sehr viel Energie verwandt. Es war sehr viel Herzblut dabei, auch bei den Abgeordneten der CDU. Das weiß ich. Gerade deswegen frage ich mich, woher diese Wut kommt.

(*Frank-Thorsten Schira CDU:* Wut?)

Woher kommt tatsächlich die Notwendigkeit, so polemisch zu argumentieren. Ich höre daraus, dass das Volkswahlrecht als Angriff empfunden wird, als Angriff auf die Parteien in ihrer Arbeit, auf Parteien, die – Herr Voet van Vormizeele betont es in jeder Rede fünfmal – Verantwortung wahrnehmen

C

D

A (Kai Voet van Vormizeele CDU: Das Parlament, über Parteien habe ich nicht gesprochen!)

– und im Parlament sitzen nun mal nur Parteien –, anders als dass tatsächlich die Parteien die Verantwortung ...

(Bernd Reinert CDU: Hier sitzen Fraktionen!)

– Herr Reinert, wenn Sie mir mitteilen wollten, dass Sie gerade aus der CDU ausgetreten sind, dann wäre das eine interessante Neuigkeit,

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

aber ich kann feststellen, dass hier nur Abgeordnete sitzen, die von Parteien entsandt worden sind. Etwas anderes haben wir in Hamburg noch nicht erlebt und wir würden es frühestens mit dem neuen Wahlrecht erleben. Tatsächlich ist dieses Wahlrecht eine Zumutung für die Parteien, weil die Parteien weniger Sicherheit in ihren Personalentscheidungen haben. Es ist eine Zumutung, aber es ist eben nicht gedacht als ein Wahlrecht, das sich gegen die Parteien richten würde. Das wäre auch schlimm, wenn es so wäre. Wir brauchen die Parteien als einen Ort, an dem Ideen reifen können. Wir haben es vorhin von Herrn Kopitzsch gehört. Diese drei Konzepte – "Wachsende Stadt", "Menschliche Metropole", "Kreative Stadt" –, die in dieser Stadt miteinander konkurrieren, im produktiven Wettstreit stehen, wären nicht denkbar, wenn wir es in dieser Stadt nur mit politischen Einzelkämpfern zu tun hätten. Wir brauchen Parteien, auch als einen Ort, an dem politische Talente heranreifen können, an dem sie an die politische Arbeit und die Übernahme von persönlicher Verantwortung herangeführt werden. Aber genau das will das Wahlrecht überhaupt nicht infrage stellen.

B Das Wahlrecht – ich muss es auch im Unterschied zu Herrn Neumann betonen, weil er hier nicht die Lanze für das Wahlrecht in der Sache brechen wollte, ich es aber hiermit tun will – ist getragen von der Überzeugung, die uns auch eint, dass die Demokratie tatsächlich die beste Form ist, die wir uns als Staatsform, als Regierungsform und als beste Form, Konflikte und Interessen miteinander in Einklang zu bringen, vorstellen können. Es ist getragen von der tiefen Überzeugung und von der Sorge um die Demokratie, dass sich die einfachen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und die Parteien immer weiter voneinander entfernen. Diese Sorge führt natürlich auch zu der Sorge, dass unsere Demokratie auf Dauer in Gefahr ist. Die Initiatoren für das neue Wahlrecht sind glühende Anhänger unserer Demokratieform und sie wollen dafür sorgen, dass das Band zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und Parteien wieder enger wird. Deswegen ist es so schade, wenn Sie, von denen ich weiß, dass Sie überzeugte Demokraten sind, dieses Angebot der Bürgerinnen und Bürger, ein engeres Band zu knüpfen, ausschlagen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es ist nicht nur eine Zumutung für die Parteien, es ist auch eine Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wählerinnen und Wähler. Niemand kann sich nach dem neuen Wahlrecht, wenn es tatsächlich angewendet würde, hinsetzen und sagen, die da oben machen sowieso, was sie wollen, das ist mir alles egal, sondern jeder ist in der Pflicht, sich vor Ort über die Kandidaten in den Wahlkreisen kundig zu machen. Jeder ist in der Pflicht, sich auch über die Kandidatinnen und Kandidaten kundig zu machen, die auf der Landesliste stehen und jeder Abgeordnete muss dann dieses Wechselspiel aufnehmen, aber es lebt eben auch von der Initiative der Bürge-

rinnen und Bürger, die dann auch die Fragen stellen, die auf die Kandidatinnen und Kandidaten zukommen. Wenn das tatsächlich passieren würde, dann müssten auch die Wählerinnen und Wähler mehr leisten. Aber das Wahlrecht sagt, wir wollen diese beidseitige Zumutung. Deswegen ist es so schade. Es ist wirklich bezeichnend: Dann kommt eine Liste von fünf Einwänden gegen das geltende Wahlrecht, wo gesagt wird, da ist es rechtswidrig, da ist es problematisch und so weiter. Aber zu den zwei zentralen Punkten äußern Sie sich gar nicht mehr. Die zwei zentralen Punkte, wo Sie dieses zu knüpfende Band schon zerschlagen, bevor es überhaupt erst richtig unter Spannung geraten konnte, sind die Abschaffung der offenen Landesliste, also die Einführung der gebundenen Landesliste, und diese enorm hohe Relevanzschwelle, die sicherstellen wird, dass tatsächlich eine effektive Auswahl in den Wahlkreisen nicht mehr stattfinden wird. Ich finde das extrem schade und Sie tun sich selber keinen Gefallen damit und werden sich selber nicht gerecht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Jäger.

(Michael Neumann SPD: Hallo, Herr Jäger!)

Dr. Manfred Jäger CDU: – Hallo, Herr Neumann.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Steffen, dass Sie sich nach der Rede von Herrn Müller hier hinstellen und uns Polemik vorwerfen, finde ich – gelinde gesagt – zumindest verwunderlich.

(Beifall bei der CDU)

Dann erwähnen Sie hier die Übergangslösung, die Sie bei der Verlängerung der Wahlperiode für die Bezirksversammlungen gern mitgemacht hätten. Sie wissen doch ganz genau, dass auch jede Übergangslösung zu einer Verlängerung geführt hätte und dass das genauso verfassungs- oder rechtswidrig gewesen wäre.

(Christa Goetsch GAL: Das stimmt nicht! – Katja Husen GAL: Das werden Sie jetzt anders machen!)

Da müssen Sie doch aber bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir debattieren heute erneut die Wahlrechtsänderung, aber Neues ist Ihnen dazu nicht eingefallen. Sie haben die altbekannten Klischees vom Wahlrechtsraub, der Arroganz der Macht und dem rechtlichen und moralischen Verfassungsbruch aufgewärmt wie die Witwe Bolte ihren Sauerkohl.

(Beifall bei der CDU – Harald Krüger CDU: Richtig!)

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, was gibt Ihnen eigentlich das moralische Recht, uns zu verurteilen? Sie werfen uns vor, wir würden uns nicht an Recht und Gesetz halten. Schauen Sie doch bitte einmal in Ihr eigenes Spiegelbild. Da rufen diverse Abgeordnete von SPD und GAL mit ihrem sogenannten Appell zum offenen Rechtsbruch auf. Und das ist nicht meine Meinung, denn die Herren Neumann und Dressel werden nicht müde, in der Presse zu verkünden, dass die Aufforderung zum Rechtsbruch keine Lösung sei.

- A Ein weiteres Thema ist die Umsetzung des geänderten Gesetzes über die Mitgliedschaft in den Deputationen. Hier lassen Sie es zu, dass Abgeordnete weiter tätig sind, obwohl diese nach dem Gesetz nicht mehr amtieren dürften. Stellen Sie doch in diesem Bereich erst einmal gesetzmäßige Zustände her, ehe Sie uns verurteilen.

(Beifall bei der CDU)

Sie messen mit zweierlei Maß. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD und der GAL, das Recht ist nicht disponibel. Sie können sich nicht die Rosinen herauspicken und uns beim Wahlrecht anklagen, für sich aber das Recht beanspruchen, sich nur dort an Gesetze zu halten, wo es Ihnen passt.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus gibt es zwischen unseren Änderungen des Wahlrechts und Ihren Rechtsverstößen einen entscheidenden Unterschied. Wir handeln rechtmäßig und im Rahmen der Verfassung.

(*Michael Neumann SPD*: Das wird sich noch zeigen! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Nein.

Ich bin überzeugt, dass das Hamburgische Verfassungsgericht unseren Gesetzentwurf bestätigen wird. Das Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichts zum LBK ist insoweit eindeutig. Ich habe daraus in meiner letzten Rede hier ausführlich zitiert und möchte das deswegen nicht wiederholen.

B

Eingehen möchte ich jedoch noch kurz auf den Grundsatz der Organtreue. Dieser Grundsatz besagt, dass jedes Verfassungsorgan in Wahrung seiner eigenen Kompetenz auf Rechte und Interessen anderer Verfassungsorgane Rücksicht zu nehmen hat. Er führt aber nicht zu einer Kompetenzerweiterung. Insoweit können aus diesem Grundsatz keine erweiterten Rechte gegenüber der Bürgerschaft hergeleitet werden.

Der Grundsatz der Organtreue verpflichtet die Bürgerschaft dazu, im parlamentarischen Entscheidungsverfahren das Ergebnis des Volksentscheids inhaltlich und in seiner politischen Zielsetzung zu berücksichtigen, das heißt in die Abwägung einzubeziehen und sich gewissenhaft damit auseinanderzusetzen. Dieser Verpflichtung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Bürgerschaft nachgekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben das Wahlrecht mehrfach debattiert.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Immer noch nicht, Herr Präsident.

Präsident Berndt Röder: Bleibt es auch weiterhin dabei?

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Ja.

C

Der Verfassungsausschuss hat eine öffentliche Anhörung und eine Expertenanhörung durchgeführt. Die Grundzüge des Wahlrechts bleiben – auch wenn Sie anderes sagen – erhalten. Es wird weiterhin Mehrmandatswahlkreise geben. Das Panaschieren und Kumulieren bleibt auf den Wahlkreislisten erhalten. Die Anzahl der in Wahlkreisen zu vergebenden Mandate bleibt gleich. All das zeigt, dass die CDU den Volksentscheid ernst nimmt. Wir haben uns ausführlich mit dem Wahlrecht der Initiative auseinandergesetzt und Änderungen nur dort vorgenommen, wo sie unerlässlich waren.

(Beifall bei der CDU)

Eines muss ich auch einmal ganz deutlich sagen: Es waren im Endeffekt nur 21 Prozent der Wahlberechtigten. Ich will damit nicht infrage stellen, dass das Gesetz damit rechtmäßig zustande gekommen ist.

(*Katja Husen GAL*: Doch, genau das wollen Sie!)

– Nein, das will ich nicht und das können Sie mir auch nicht unterstellen. Aber es ist nicht das gesamte Volk, das diese Entscheidung getroffen hat. Das muss man auch einmal sagen dürfen.

(Beifall bei der CDU – Unmutsäußerungen bei der SPD und der GAL)

Eine Bemerkung zum Abschluss.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

D

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Auch eine von Herrn Müller nicht.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gilt das auch für weitere Zwischenfragen?

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Ja, ich bin sowieso gleich fertig.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Sie werfen uns immer wieder vor, wir würden im Alleingang handeln. Wir stehen zu unserer Verantwortung für diese Stadt, während sich die SPD dieser entzieht und das unterscheidet uns. Wenn Sie regieren würden, meine Damen und Herren von der SPD, würden Sie dieses Wahlrecht auch ändern,

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Warten wir es ab, es dauert nicht mehr lange!)

aber Sie hätten dann in uns eine Opposition gehabt, die mit Ihnen zusammen zu einer Lösung im Dienste der Stadt gekommen wäre. Sie haben sich für den Populismus entschieden – leider.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Duden.

Barbara Duden SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Voet van Vormizeele, ich glaube, Ironie, die teilweise in Ihrer Rede mitschwang, ist in der Frage des-

A sen, was wir heute zu entscheiden haben, eindeutig der falsche Zungenschlag und das steht Ihnen in dieser Debatte auch nicht zu.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was Sie hier als Argumentenhagel bezeichnet haben und was der Kollege Jäger auch noch einmal versucht hat, in seiner Folgerede deutlich zu machen, ist eigentlich, dass Sie hilflos argumentieren und versuchen, von dem, was vermutlich bei vielen von Ihnen Bauchweh verursacht, abzulenken. Neues zum Wahlrecht ist in dieser Frage nicht gekommen.

(Bernd Reinert CDU: Von Ihnen auch nicht!)

Besonders ärgerlich finde ich in dieser Frage, dass immer wieder diese 21 Prozent bemüht werden, 21 Prozent aller Leute, die sich für dieses Wahlrecht entschieden haben. In der Folge dieser Argumentation müssten wir weitere Bankreihen einrichten, und das wäre dann die Fraktion der Nichtwähler, weil diese dann die größte Fraktion in diesem Hause wäre. Dann müssen Sie sich natürlich auch die Frage gefallen lassen, wenn es nicht 21 Prozent gewesen wären, sondern vielleicht 25, 26 oder 27 Prozent, ob Ihnen das dann gereicht hätte. Ich glaube, diese Argumentation ist für Sie brandgefährlich und die würde ich auch nicht weiter wählen. Sie müssen sich klarmachen, dass Ihre Abgeordneten heute vor einer ganz schweren Frage in diesem Punkt stehen.

(Harald Krüger CDU: Ihre auch!)

Ich glaube, dass wir keine weitere, inhaltsreiche Debatte zu dieser Frage führen müssen. Das haben wir alle 14 Tage getan. Wir müssen hier heute deutlich machen, wo die CDU in dieser Stadt steht.

B

(Karen Koop CDU: Sie müssen das gar nicht! – Bernd Reinert CDU: Wo stehen Sie denn?)

Ich habe selten das Gefühl, dass ich Uwe Bahnsen mit einem Kommentar so vorbehaltlos unterstützen kann, der heute getitelt hat: "Weg in die Isolation".

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie lassen mit dieser Frage Bündnispartner und vielleicht auch eine komfortable absolute Mehrheit hinter sich, aber das werden die Strategen, die Sie heute in diese Debatte geschickt haben, sicher auch wissen.

Wir haben in dieser Debatte immer wieder über Respekt und Verantwortung geredet, aber – und das Lachen finde ich da sehr unpassend – das heißt, dass Sie trotz vieler Wiederholungen, die wir gemacht haben, in Wirklichkeit nicht begriffen haben, worüber wir heute hier diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wo sind die Ansprüche der CDU-Fraktion geblieben, diese Verantwortung und diesen Respekt vor sich herzutragen, so ernst zu nehmen, dass man sagt: Das ist in Ordnung, wir respektieren es und versuchen es einmal. Das wäre Respekt gewesen, das wäre Verantwortung gewesen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das wäre verantwortungslos gewesen!)

Dieser Frage stellen Sie sich nicht. Sie sagen, das Volk hat entschieden, aber Respekt und Verantwortung reklamieren wir in anderer Art und Weise für uns.

C Wir haben in den Diskussionen der vergangenen Wochen immer wieder gesagt: Lassen Sie die Finger davon. Lassen Sie uns gemeinsam gucken, was dieses Wahlrecht bringt, auch mit der Tatsache, dass viele Abgeordnete von uns vielleicht ein nicht so komfortables Rückfahrticket haben wie sie es jahrelang gewohnt waren. Das wäre möglich gewesen. Da hätten wir, glaube ich, alle zusammen in dieser Stadt bei der Frage, wie wir mit dem neuen Wahlrecht umgehen, auch in den Spiegel gucken können und auch den Bürgern sagen können, das ist in Ordnung so, wir versuchen es.

Doch jetzt ist alles anders. Es gibt einen Appell von 33 Leuten im "Hamburger Abendblatt" und ich fand im Übrigen die Einlassung, dass von diesen 33 einige nicht in Hamburg wohnen, ziemlich schmalbrüstig. Das macht doch deutlich, dass das, was heute hier diskutiert wird, weit über die Stadtgrenzen dieser Stadt hinaus

(Wolfhard Ploog CDU: Eine Weltstadt!)

die Leute unruhig macht und sie dazu zwingt, eine Meinung zu haben und uns Hamburgern in dieser Frage zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Von daher würde ich mich an Ihrer Stelle niemals darüber aufregen, dass 33 vielleicht keine Hamburger sind oder nächstes Mal vielleicht auch nicht wählen gehen können. Ich kann mir vorstellen, dass Sie nicht hören wollen, was hochverdiente SPD-Bürgermeister dieser Stadt Ihnen in Sachen Wahlrecht mitgeben wollen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

D Das merke ich auch an Ihrem Geraune. Das ist in Ordnung. Aber jeder Einzelne von ihnen hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, warum Sie es eigentlich sein lassen sollten. Aber wenn die Crème de la Crème der Politikwissenschaftler Deutschlands – ich nenne nur Greven, Gessenharter, Wiesendahl, Decker, von Alemann, Walter, Raschke –, die bestimmt nicht innerhalb einer Klammer stehen, dass sie alle Freunde von Rotgrün sind, Ihnen mit geballter Kompetenz sagen, lassen Sie die Finger davon, dann, glaube ich, ist die Debatte, die Sie heute versucht haben zu führen, völlig unnötig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie können heute die Notbremse ziehen.

(Wolfhard Ploog CDU: Ziehen Sie sie doch!)

Eigentlich ist es ganz einfach. Sie müssen als Abgeordnete nur noch einmal in sich gehen und gucken, welche Argumente es in Wahrheit gegeben hat und mit welchem großem Unbehagen ich eigentlich hier stehe und "Ja" sage. Heute hat schon in der Presse gestanden, dass wir uns einen heftigen Schlagabtausch liefern werden. Wenn wir das tun würden, wenn wir in dieser Frage auch die Stimme erheben müssen, gegen unheimlich viele Zwischenrufe andiskutieren müssen,

(Karen Koop CDU: Sie sind doch die Zwischenruferfraktion!)

dann hätten wir als Parlament eine Fünf verdient, weil diese Frage wirklich die Umfrage dessen ist, was wir hier diskutieren könnten. Deshalb hoffe ich, dass rüberkommt, dass wir in dieser Frage eine ernsthafte Debatte führen

- A und dass wir glauben, dass es nicht um einen Schlagabtausch geht, sondern auch um Nachdenklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Nachdenklichkeit ist im Übrigen nichts, was einen Abgeordneten auf die Negativliste bringt. Nachdenklichkeit in jeder Entscheidung ist das, was Abgeordnete auf eine Positivliste bringt. Wenn Sie das mit nach Hause nehmen, ist das schon mal eine gute Sache.

(*Bernd Reinert CDU*: Das sagen Sie mal in Ihre Richtung!)

Sie stärken mit dieser Entscheidung, die heute gefällt wird, die Politikverdrossenheit und Sie eröffnen in Wahrheit das Spiel mit der Stimme für radikale Parteien in Bezirksversammlungen. Das müssen Sie einfach wissen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Harald Krüger CDU*: Jetzt ist aber wirklich Schluss!)

Jeder Einzelne von Ihnen hat die Chance, "Nein" zu sagen, sich gegen den Weg in die politische Isolation zu entscheiden. Ich will als einen versöhnlichen Vergleich noch einmal bringen: In Hamburg gibt es zurzeit das Filmfest und wenn es dort einen Preis gäbe, der "Steigern von Politikverdrossenheit" heißt, dann hätten Sie als CDU-Fraktion alle Preise eingheimst, die dort zu vergeben wären.

Wir, das Parlament insgesamt, erleben das Durchziehen einer zynischen Politik gegenüber dem Volkswillen Hamburgs und ich hoffe, Sie wissen, was Sie tun. Die meisten CDU-Abgeordneten waren vor 14 Tagen noch nicht das, was man Fachleute nennen könnte. Abgeordnetenwatch zeigt im Übrigen bis zu dem heutigen Tag, dass die meisten Abgeordneten auch am Tag der Abstimmung über diese Frage entweder Formbriefe vor sich sehen, es vorziehen, nicht zu antworten oder hoffen, dass es irgendwie vorübergeht. Halten Sie inne, sagt die Initiative, halten Sie inne, sagen wir auch. Wenn es Bedenken aus Ihrer Fraktion gegeben hätte, dass irgendetwas, was Volkes Wille entschieden hat, verfassungsrechtlich bedenklich wäre – das sage ich auch den Abgeordneten in den hinteren Reihen –, dann hätten Ihre vorderen Fraktionsspitzen sofort den Weg an den Sievekingsplatz angetreten und hätten nicht bis zur heutigen Diskussion gewartet.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wolf Lepenies hat am Sonntag den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekommen, ein Soziologe, der vielen von uns nicht bekannt ist. Er hat gesagt:

"Ansteckend kann die Demokratie nur wirken, wenn sie nicht routiniert betrieben oder anderen mit Gewalt aufgezwungen wird ..."

Von Ihnen geht keine Ansteckungsgefahr aus.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich hoffe nach dem heutigen Tag auf eine Diskussion, die nicht abbricht, auf Initiativen, die trotzdem noch den Mut und die Zeit und das Engagement haben, weiter über diese Frage zu diskutieren und ich hoffe, dass die Wähler ein langes und gutes Gedächtnis haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Voet van Vormizeele, Sie hatten sich gegen Kritik von außen gewehrt, von diesen Prominenten, welche nicht in Hamburg wohnen würden. Ich wäre an Ihrer Stelle in der CDU-Fraktion ganz ruhig. Ich erinnere mich da an einen Kollegen von Ihnen, der hier mitregiert hat. Der ist dann zurückgetreten, weil ihm vorgeworfen wurde, der Herr habe seit Jahren nicht mehr in Hamburg gewohnt.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Nun kommen Sie doch mal zum Thema!)

Der hat hier mitregiert, meine lieben Damen und Herren. Seien Sie doch ein bisschen stiller, wenn es darum geht, dass sich Leute von außen angeblich in Hamburger Affären einmischen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Was mich ein wenig ärgert, ist diese Überheblichkeit, die Sie an den Tag legen und dass Sie eigentlich um die Sache herumreden und immer nur vorgeschobene Argumente auf den Tisch legen. Sie reden von Verantwortung für die Stadt, die Sie jetzt dazu bringe, dieses Gesetz zu ändern. Das Wohl der Stadt sei in Gefahr. Mit anderen Worten: Sie glauben, Sie wüssten besser, was gut für die Stadt sei als das Volk, das das beschlossen hat. Das ist letztlich Ihr zentrales Argument. Ich frage jeden Einzelnen von Ihnen: Wer von Ihnen will für sich in Anspruch nehmen, dass er oder sie klüger ist, es besser weiß, mehr Lebenserfahrungen hat. Wer von Ihnen kann das ruhigen Gewissens tun. Wenn Sie ehrlich sind, glaube ich, würde niemand – zumindest in der Öffentlichkeit – solch eine Arroganz an den Tag legen. Deswegen kommen Sie mit all diesen vorgeschobenen Argumenten. Es ist doch wirklich das Problem, dass Sie sich hier über das Volk hinwegsetzen und das eigentliche Argument verschweigen. Das eigentliche Argument liegt so simpel darin, dass Sie Angst um Ihren Abgeordnetensitz haben. Das ist die ganz einfache und simple Wahrheit.

Bisher war Ihr Mandat davon abhängig, ob irgendjemand in Ihrer Partei in einem Hinterzimmer den Daumen für Sie hebt oder senkt.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Woher wissen Sie das eigentlich? Das ist doch eine Arroganz!)

Da hatten Sie eine relative Sicherheit, dass Sie mit Gehorsam, Frau Koop, Ihren Sitz in der nächsten Legislaturperiode wiederbekommen.

(*Karen Koop CDU*: Das ist Geschichte! Wann kapiieren Sie das mal!)

Nach dem neuen Wahlrecht wäre das nicht mehr so einfach. Da können Sie nicht mit Gehorsamkeit gegenüber Ihrer Parteispitze dafür sorgen, dass Sie in der nächsten Legislaturperiode auch einen schönen, trockenen Sitz in der Bürgerschaft haben. Ich darf da nur an das Verfassungsgerichtsurteil von, ich glaube, es war 1993, erinnern. Da hat man Ihnen, Herr Beuß, Brief und Siegel gegeben, dass Ihre Partei nicht in der Lage ist, sich an die Grundregeln der innerparteilichen Demokratie zu halten.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – Zuruf von der CDU)

A – Das ist überhaupt nicht lächerlich. Das war das Verfassungsgericht, das das festgestellt hat.

Jetzt haben Sie die neue Situation. Sie müssen also kämpfen. Es ist nicht mehr so sicher, dass Sie, wenn Sie einmal irgendwo auf einer Liste gelandet sind, damit auch tatsächlich in die Bürgerschaft kommen. Das war der Sinn des neuen Wahlrechts.

Das beinhaltet ein gewisses Risiko und dieses Risiko wollen Sie offenbar als einzelne Abgeordnete nicht eingehen. Sie haben schlichtweg die Hosen gestrichen voll, dass Sie nicht mehr in der nächsten Bürgerschaft sitzen. Daher machen Sie hier heute diesen Angriff auf das Wahlrecht. Das ist doch die simple Wahrheit.

(Beifall bei der GAL – Zurufe von der CDU)

Zum Stichwort Organtreue: Das ist – glaube ich – etwas anderes und Sie, Herr Dr. Jäger, waren es wohl, der sich auf das Urteil zum LBK bezogen hatte. Sie müssen auch nicht zuhören. Aber ich will trotzdem einmal versuchen, Ihnen das näherzubringen.

Es ist etwas anderes, wenn das Parlament sich über einen normalen "Volksentscheid" hinwegsetzt. Das ist schon schlimm genug. Aber es ist doch noch ein qualitativ anderer Vorgang, wenn das Parlament sich sozusagen erdreistet, sich über die Regeln hinwegzusetzen, die der Volksgesetzgeber für die Zusammensetzung des Parlamentes gegeben hat. Sie müssen doch einsehen, dass hier auch rechtlich andere Anforderungen gelten müssen, denn das Wahlrecht ist doch in seinem Kern sehr viel näher an der Verfassung dran als ein ganz normales Gesetz, das wir hier in fast jeder Bürgerschaftssitzung verabschieden, weil es nämlich die Grundzüge des Parlamentarismus regelt. Und das einzige Organ, dem Sie treu sind, ist aus meiner Sicht Ihrer Hochnäsigkeit wegen Ihre hohe Nase.

B

(Beifall bei der GAL)

Als Letztes möchte ich noch die 21 Prozent der Wahlberechtigten erwähnen,

(Wolfgang Beuß CDU: Maßlos!)

die für eine ausreichende Legitimation nicht genügen würden und weshalb es nicht so schlimm sei, wenn Sie sich jetzt darüber hinwegsetzen würden. Sie haben sinngemäß ausgeführt, dass es nur 21 Prozent der Wahlberechtigten gewesen seien und von daher kommt dieses Argument von nur 21 Prozent. Sie repräsentierten hier mehr. So habe ich Sie verstanden, Herr Dr. Jäger.

(Harald Krüger CDU: Das haben wir doch gar nicht gesagt, verdammt noch mal!)

Jetzt möchte ich Sie einmal an eine Situation erinnern, die noch nicht so lange her ist. Das war im Jahre 2001. Seinerzeit hatten wir eine Wahlbeteiligung von circa 70 Prozent. Auf Ihre Partei sind damals ungefähr 26 Prozent der Stimmen gefallen. Das heißt, es wurde im Jahre 2001 ein Bürgermeister gewählt, den ungefähr 18,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt haben. So ist dieser Bürgermeister an die Macht gekommen, mit 18,5 Prozent Zustimmung. Sie sagen jetzt, 21 Prozent der Wahlberechtigten in einem Volksentscheid seien keine ausreichende Legitimation. Dann rechnen Sie doch noch einmal nach. Ihre Rechenkünste reichen weder für PISA noch für eine andere Studie.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zurufe von der CDU)

C

Frau Duden hatte vorhin die Analogie zum Film gebracht und kurzfristig war am Rathaus ein kleines Ankündigungsplakat "Wahlrechtsbetrug" aufgehängt. Ich glaube, dass wir heute leider feststellen müssen, dass sich diese Show, die Sie hier mit allen vorgeschobenen Argumenten abliefern, leider tatsächlich bewahrheitet. Was hier passiert, ist nichts weiter als ein gigantischer Betrug am Volk.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Maaß,

(Christian Maaß GAL: Ich bin kein Doktor!)

– Na gut, vielleicht wird es doch noch was, Herr Maaß.

(Christian Maaß GAL: Ist schon gut, Herr Professor Reinert!)

Wer hier heute eine Show abzieht, ist nun dankenswerterweise durch Ihren Verweis auf die Aktion vor Beginn der Sitzung deutlich geworden.

(Farid Müller GAL: Das war schlichte Verzweiflung!)

Aber lassen Sie uns das Thema einfach noch einmal ganz ruhig und sachlich betrachten. Hier möchte ich direkt auf Herrn Neumann zurückkommen, der in markigen Worten sagte: "Wir verteidigen den Volksentscheid, nicht das Wahlrecht". Sehen Sie, Herr Neumann, hier liegt genau das Problem.

D

(Uwe Grund SPD: Da liegt gar kein Problem!)

Sie entscheiden aus taktischen Motiven heraus, dass Ihnen das Wahlrecht an dieser Stelle eindeutig unwichtig ist, weil es für Sie sehr viel einfacher ist, zu erklären: "Wir machen den Volksentscheid und an einem Volksentscheid wird nicht gerüttelt". Das ist die Linie von Herrn Dr. Petersen, der das seinerzeit beim LBK lauthals verkündet hat und das holt Sie heute wieder ein.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Das ist eine bössartige Unterstellung! – Beifall bei der CDU)

Das Wahlrecht, dessen Existenz Sie hier heute durch Ablehnung unserer Änderungsvorschläge fortschreiben wollen, können Sie tatsächlich nicht verteidigen und damit – hier sind auch die Worte Mehrheit und Verantwortung gefallen –

(Dr. Mathias Petersen SPD: Und das Wort LBK!)

entziehen Sie sich Ihrer Verantwortung.

(Zuruf von Farid Müller GAL)

– Herr Müller, im Vorwege, es gilt dasselbe. Vielen Dank für den Versuch, aber Sie dürfen auch nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Wolfgang Beuß CDU: Er muss draußen bleiben!)

Sie nehmen den einfachen Ausweg und erklären, dass über Einzelheiten und Änderungen am Wahlrecht gar nicht gesprochen wird. Mehrheit ist nicht Wahrheit, Herr Neumann. Das wissen wir hier alle. Aber Mehrheit ist

- A Verantwortung und wenn man die Möglichkeit hat und die Notwendigkeit sieht, dann muss man auch handeln.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Jetzt kommt es raus!)

Wir haben die parlamentarische Mehrheit. Sie haben hierbei Ihre Mitwirkung versagt und daher stehen wir in der Pflicht, zu handeln.

(Beifall bei der CDU)

Dann ist der Kollege Müller auf meine Antwort auf den Appell einiger Prominenter eingegangen. Ich fand es – ehrlich gesagt – bezeichnend, mit welcher Methodik Herr Müller hier wieder argumentiert hat. Er zitiert mich falsch und daraus leitet er einen gravierenden Vorwurf ab.

(Wolfgang Beuß CDU: So ist er!)

– Lieber Herr Müller, ich lese Ihnen noch einmal wörtlich vor, was ich hier in der ersten Frage an diese Initiative angesprochen habe, ich zitiere:

"Finden Sie es richtig, dass die Wähler keine Möglichkeit haben, sich mit der von einer Partei vorgeschlagenen Listenreihenfolge einverstanden zu erklären?"

Ob man das richtig oder falsch findet, ist eine Bewertungsfrage. Aber hier heißt es "Listenreihenfolge" und nicht – wie Sie ausgeführt haben –, dass der Wähler die Möglichkeit hat, sich für eine Liste auszusprechen. Das ist nun wirklich – sagen wir es einmal so – rhetorisch unsauber,

(Dr. Till Steffen GAL: Das ist aber ein schwerer Vorwurf, Herr Reinert!)

- B denn ich möchte mir eine Unterhaltung mit dem Präsidenten ersparen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen, bei dem Herr Müller auf meine fünf Fragen antwortet. Das ist die Frage 3, ich zitiere:

"Finden Sie es richtig, dass eine Partei zwar die Mehrheit der Stimmen erhält, aber möglicherweise nicht die Mehrheit der Sitze?"

Herr Müller, jetzt legen wir einmal Ihre Worte auf die Goldwaage, denn ich habe hier Ihre Presseerklärung von gestern.

(Thilo Kleibauer CDU: Die hat er schon vergessen!)

Dort schreibt Herr Müller in der Antwort, ich zitiere:

"Behauptung 3 ist arrogant."

Und dann kommt der erste Satz, ich zitiere:

"Eine Mehrheitssicherungsklausel gibt es nicht einmal im Bundestag".

Das stimmt. Jetzt kommt Satz 2, ich zitiere:

"Sie nützt nur der absoluten Mehrheit der CDU."

Herr Müller, was verrät das über Ihre Erwartungen, wie die nächste Wahl ausgeht? Offenbar, dass die CDU wieder vorn liegt.

(Beifall bei der CDU)

Hiermit sind wir dann doch wieder in einem Boot, Herr Müller.

Politikverdrossenheit entsteht, wenn Probleme ungelöst bleiben. Aber Probleme können auch ungelöst bleiben, weil durch eine Wahl ein handlungsunfähiges Parlament entsteht und dann ist es in der Tat unsere Aufgabe, im Vorfeld alles Mögliche dafür zu tun, dass Hamburg auch nach der nächsten Wahl im Jahre 2008 ein handlungsfähiges Parlament hat. Ob dann Sie oder Sie oder wir die Mehrheit bilden beziehungsweise gemeinsam oder in anderen Konstellationen, überlassen wir bitte schön dem Wähler. Aber wir treffen hier die Vorsorge, dass auch die nächste Bürgerschaft Politik für die Stadt machen kann. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Dressel.

(Hans-Detlef Rook CDU: Ich bin gespannt!)

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ein ganz neuer Begriff von Vorsorge, den wir eben von Herrn Reinert gehört haben. Hier kann man nur erwidern, dass die Hamburger Bürgerinnen und Bürger auf Ihre Vorsorge gut und gern verzichten können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie dann noch hier anfangen, sich über die Kritik und Fragen, die zu dieser Mehrheitssicherungsklausel völlig berechtigt gestellt werden – man kann auch Berlusconi-Klausel hierzu sagen –, lustig zu machen und als mit absoluter Mehrheit regierende Fraktion mit Ironie dieses Thema einer Mehrheitssicherungsklausel anzufassen, ist das schon ziemlich perfide.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Am 13. Oktober vor fast genau 60 Jahren – wir haben heute diesen Anlass feierlich begangen – wählten die Hamburgerinnen und Hamburger nach dem Zweiten Weltkrieg zum ersten Mal eine frei gewählte Bürgerschaft und wir haben hier heute – wie ich finde – mit einer sehr würdigen Veranstaltung dieses Ereignis begangen, wobei Ihnen offenbar der Applaus bei der Rede doch etwas im Halse zu stecken drohte.

(Bernd Reinert CDU: Da sprach ja auch der SPD-Abgeordnete!)

– Ja, aber vielleicht sollten Sie trotzdem ein bisschen zugehört haben, denn das wäre sinnvoll gewesen.

Nur einige Stunden später überreichen Sie von der CDU-Fraktion der Bürgerschaft und den Bürgern dieser Stadt Ihr ganz persönliches Geschenk zum 60. Geburtstag, und zwar ein demontiertes und an einigen Stellen – muss man sogar sagen – manipuliertes Wahlgesetz, das offenbar Ihre eigene Fraktion nicht einmal versteht.

(Wolfgang Ploog CDU: Was heißt denn manipuliert?)

Das ist ein perfides und vergiftetes Geburtstagsgeschenk.

Die Umstände dieses Gesetzgebungsverfahrens, der Bruch des Volksentscheids und dann das Wegducken des Bürgermeisters in einer zentralen Frage der Demokratie dieser Stadt, sind diesem Hause unwürdig.

(Viviane Spethmann CDU: Sie auch!)

C

D

A Gerade an einem Tag, an dem wir dem demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg unsere Referenz erweisen, das Wahlrecht nach dem Gusto einer Partei zurechtzubasteln, ist nichts anderes als eine politische Schande für dieses Haus.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nach dem Diätendesaster 1991 und nach der Wahlannullierung 1993 müsste doch eigentlich allen Beteiligten klar sein, dass die demokratische Kultur und der politische Frieden in dieser Stadt sowie der überparteiliche Konsens in zentralen Fragen, die unsere Spielregeln miteinander berühren, so hohe Güter sind, dass man diese nicht mit Füßen treten darf. Trotz aller Warnungen und Appelle aus der gesamten Stadt tun Sie es trotzdem. Sie treten den politischen Frieden in dieser Stadt mit Füßen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

"Es ist unübersehbar geworden, dass wichtige Elemente dieses Gesetzes in breiten Kreisen der Bevölkerung auf Unverständnis und entschiedene Ablehnung stoßen. Das Inkrafttreten dieses Gesetzes geschieht ohne jede Akzeptanz der überwiegenden Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger. Der politische Frieden in dieser Stadt ist in Gefahr."

Nachstehend möchte ich ein Zitat weiterführen und Sie werden gleich sehen, wie ich das auflöse, ich zitiere weiter:

"Als politische Verantwortungsträger kann uns eine solche Entwicklung nicht gleichgültig lassen. Gerade angesichts der großen Zukunftsaufgaben, die vor unserer Stadt liegen, darf eine sich beschleunigende fundamentale Legitimationskrise der Legislative und in der Folge zwangsläufig auch der Exekutive nicht hingenommen werden."

B

Warum lese ich Ihnen das vor? Das hat Dr. Henning Voscherau, der damalige Erste Bürgermeister, am 6. Dezember 1991 erklärt, als er beim unmoralischen Diätengesetz in diesem Rathaus die Notbremse zog.

Wenn der heutige Bürgermeister den Willen und den Mut hätte, in Bezug auf dieses unmoralische Wahlgesetz Schaden von der Stadt und von der Demokratie abzuwenden, dann müsste er hier die politische Notbremse ziehen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Welche denn, Mensch? – Beifall bei der SPD und der GAL)

Keine Verfassung verbietet dem Bürgermeister, sich Ihnen gegenüber durchzusetzen und zu erklären, dass er die Richtlinienkompetenz hat. Diese Kompetenz hat er in der Verfassung, um dafür zu sorgen, dass dieses Gesetz gestoppt wird.

(Unmutsrufe von der CDU)

Das hat er nicht getan, sondern er hat sich weggeduckt und Sie gewähren lassen. Daher trägt er für diese Sache genauso die Verantwortung wie Sie.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Solche Experten brauchen wir mehr in Hamburg, vielen Dank!)

Er hat sich hiermit ganz klar von dem Anspruch verabschiedet, Bürgermeister für alle in dieser Stadt zu sein und ist nur noch der Diener seiner Partei.

(Beifall bei der SPD)

Die Änderung im Wahlrecht, Ihre Wahlrechtsdemontage, geschehe – so heißt es in Ihrer Gesetzesbegründung – ich zitiere:

"... nicht willkürlich, sondern aus wohlwollenden Gründen des Gemeinwohls."

Diese Worte muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Man kann natürlich sagen, dass Sie Recht haben. Willkürlich sind Ihre Änderungen tatsächlich nicht, aber Sie haben sie dahingehend manipuliert, dass es der Funktionärskaste am Leinpfad ins Konzept passt. Das ist die Wahrheit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie dann heute so häufig den Begriff der Organtreue benutzen – Herr Maaß hat diesen Begriff auch schon so schön angebracht –, dann kann man davon ausgehen, dass die Organtreue offenbar nur noch gegenüber dem CDU-Landesvorstand gilt.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Dieses rein parteipolitische Hinbiegen des Gesetzes zeigt noch einmal, wie die wahre Begründung für dieses Gesetz lautet und auch das ist ein Grund, der hier noch einmal öffentlich genannt werden muss. Die Wahrheit liegt effektiv tiefer. Ihre absolute Mehrheit scheint Ihnen bei dieser Frage nach zweieinhalb Jahren schon zu Kopfe gestiegen zu sein. Normalerweise passiert so etwas eigentlich immer erst im Endstadium, aber das hat Sie hier schon sehr früh erwischt.

(*Gesine Dräger SPD*: Das ist vielleicht das Endstadium! – *Olaf Ohlsen CDU*: Das ist doch platt!)

Aufgrund der Machtversessenheit, die sich hier durch Ihr Gesetz zieht, sind Sie an dieser Stelle einen ganz entscheidenden Schritt zu weit gegangen. Dieses Gesetz, das Sie hier heute in zweiter Lesung beschließen wollen, wird Sie einholen, wird Sie nicht loslassen und das wird mindestens bis zur Wahl Ihre politische Fußfessel bleiben. Darauf können Sie sich gefasst machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole hier gern noch einmal den Satz des Hamburgischen Verfassungsgerichts, der Ihnen 1993 in das Stammbuch geschrieben worden ist.

(Zuruf von der CDU)

– Ich weiß, dass Sie das überhaupt nicht gern hören, wenn man Sie an dieses Urteil erinnert, weil es schwarz auf weiß belegt hat, dass Sie nicht in der Lage sind, demokratische Spielregeln einzuhalten.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Sie sind doch neuerdings der Experte der SPD-Fraktion! Dann reden Sie doch mal ein Machtwort!)

Ich sage Ihnen noch einmal, was das Verfassungsgericht ausgeführt hat, ich zitiere:

"Die große Mehrheit der wahlberechtigten Bürger wählt nur solche Personen, deren demokratische Glaubwürdigkeit außer Zweifel steht."

Das sollte Ihnen jedenfalls zu denken geben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

C

D

A **Christa Goetsch** GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon befremdlich und auch enttäuschend, dass Sie sich, meine Damen und Herren von der CDU – ob das nun Herr Reinert oder ganz besonders auch Herr Voet van Vormizeele ist – entweder in Details verzetteln, die überhaupt nicht die Wichtigkeit dieses Tages und dieser Entscheidung deutlich machen oder aber sich wirklich in polemisch hilfloses, fast "Small Talk"-artiges Geschwätz versteifen. Hierbei muss man sich fragen, wie ernst nehmen Sie als Parlament eigentlich diese Entscheidung, bei der es in dieser Bundesrepublik Deutschland wirklich einmalig ist, dass sich eine absolute Mehrheit über einen Volksentscheid gerade im Kontext eines Wahlrechts hinwegsetzt?

Ich könnte einfach aus der Erfahrung als Lehrerin sagen, dass ich sehr oft bei Schülerinnen und Schülern erlebt habe, dass sie lachen – was hier auch passiert ist –, wenn es um ernste Themen geht, mit denen sie ganz schlecht umgehen können oder anscheinend unsicher sind und nicht wissen, wie sie darauf reagieren sollen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ach, Frau Goetsch!)

Bei Ihnen habe ich es aber mit erwachsenen Menschen zu tun und das ist schon sehr bedauerlich.

Dann kommen Sie mit dem Vergleich der Witwe Bolte und dem Sauerkraut, der natürlich etwas schräg ist. Hier liegen Sie natürlich vollkommen falsch, denn gerade aufgewärmtes Sauerkraut schmeckt besonders gut oder auch das Choucroutes im Elsass. Man kann hier – glaube ich – dieses Kraut nicht oft genug aufwärmen, um Ihnen deutlich zu machen, wie wichtig und ernsthaft es hier heute Abend um diese Entscheidung geht.

B (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ob es juristisch rechtens ist, was Sie mit Ihrer absoluten Stimmenmehrheit machen, das wird möglicherweise das Hamburgische Verfassungsgericht entscheiden. Dass es aber nicht redlich ist, einen Volksentscheid mit parlamentarischer absoluter Mehrheit auszuhebeln, steht jetzt schon fest.

Ich möchte Sie nicht aus der Verantwortung entlassen, ohne Ihnen einen Satz von Bertrand Russell mitzugeben, der unterstreicht, dass Sie noch einmal überlegen sollten, was Sie hier eigentlich tun, ich zitiere:

"Ein Demokrat braucht nicht zu glauben, dass eine Mehrheit immer eine weise Entscheidung treffen wird. Woran er aber glauben soll, ist die Notwendigkeit, dass ein Mehrheitsbeschluss, ob klug oder unklug, angenommen werden muss, bis die Mehrheit einen anderen Beschluss gefasst hat."

Die Mehrheit hat einen anderen Beschluss gefasst, Herr Reinert, und nicht die Bewertung dieses Beschlusses. Nicht Ihre Meinung ist wichtig, ob es richtig oder falsch ist, sondern Sie müssen diese Mindestanforderung an demokratischen Spielregeln erfüllen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der GAL)

Dass es langsam einsam um Sie wird, haben wir schon gehört. Man hat das Gefühl, dass Sie und der Senat die Einzigen sind, die noch darauf beharren. Es ist nicht nur die parlamentarische Opposition, die deutlich macht, dass es hier um eine schwerwiegende Entscheidung geht, sondern es ist im Augenblick auch ein Bündnis von vielen

Bürgerinnen und Bürgern von verschiedenen Parteien und selbst in Ihrer eigenen Fraktion gibt es auch andere Meinungen, die Sie in irgendeiner Form auf Linie gebracht haben. Es ist von dem Appell der Persönlichkeiten gesprochen worden, die erklären, ich zitiere:

"Das Wahlrecht ist das Fundament unserer Demokratie. Daher darf es nicht von einer Partei allein verändert werden."

Das ist korrekt, meine Damen und Herren von der CDU. Sie handeln in diesem Punkt nicht verantwortungsvoll und nicht im Sinne der Demokratie in Hamburg, wenn Sie das Wahlrecht im Alleingang ändern. Ich kann nur immer wieder betonen, dass Sie das nicht durchführen dürfen, nur um Ihre Machtbasis abzusichern.

Sie isolieren sich und beschädigen Ihre Fraktion sowie Ihre Partei. Sinngemäß von Max Weber, aber auch von Frau Duden heißt das: Sie werden sich für die voraussichtbaren Folgen Ihres Handelns verantworten müssen. Überlegen Sie noch einmal und denken Sie nach.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Finck.

Henning Finck CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier nun als CDU-Fraktion eine Reihe von moralischen Ratschlägen erhalten. Ich denke, ich bin einer der jüngeren Abgeordneten hier im Hause und möchte eigentlich nur drei Dinge zur Wortwahl sagen. Ich weiß, dass wir in der Diskussion teilweise sehr hart miteinander umgehen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, zur Durchdringung des Raumes wäre es hilfreich, das Pult etwas hochzufahren. Dann sind Sie näher am Mikrofon.

Henning Finck (fortfahrend): Als junger Abgeordneter möchte ich etwas zu dem Umgang sagen. Wir sind als CDU-Fraktion hier heute mehrfach mit Moralien beträufelt worden. Lassen Sie mich einmal drei Dinge zur Wortwahl sagen, die mich als Jungabgeordneten doch irgendwo sehr zum Nachdenken angeregt haben.

(*Michael Neumann SPD*: Da lacht sogar der Bürgermeister mit dem jungen Abgeordneten!)

Sie haben immer wieder betont, dass wir darüber nachdenken sollen, was Sie ausführen. Lassen Sie uns doch einmal ganz kurz über den Wahlrechtsraub nachdenken. Was unterstellen Sie uns hier eigentlich? Durch unsere Wahlrechtsänderung wird das, was einen Wahlrechtsraub ausmacht, nämlich, dass die Leute nicht mehr wählen können, gerade nicht stattfinden.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Nicht so wählen können, wie Sie wollen!)

Sie haben uns einen Putsch unterstellt. Bisher hören wir in den Nachrichten von einem Putsch immer nur dann, wenn irgendwo Panzer vorfahren und das Militär Parlamente stürmt.

Hier wurde soeben von Betrug am Volk gesprochen. Ein Betrug ist die Täuschung über Tatsachen. Ich kann Ihnen

C

D

A darauf nur erwidern, dass wir mit dieser Wahlrechtsänderung wirklich ehrlich umgehen. Ob Sie ehrlich sind, sollten Sie sich einmal fragen. Ich glaube, für die Wortwahl – und das sollten Sie mir als Demokraten auch zugestehen – müssten Sie sich eigentlich bei uns entschuldigen.

(Beifall bei Jörg Hamann CDU)

Lassen Sie mich noch ein Wort zur 5-Prozent-Hürde sagen, die wir in den Bezirken wieder einführen. Sie verweigern sich auch an dieser Stelle und das ist nicht gut. Ich habe mal als Abgeordneter im Bezirk Mitte mit Leuten von der DVU im Parlament zu tun gehabt.

(Michael Neumann SPD: Sie haben doch mit Schill koalitiert, wo ist das Problem?)

Wenn wir das so belassen und die 5-Prozent-Hürde nicht wieder einführen, dann würden Sie undemokratischen Parteien, wie der NPD und der DVU, Tür und Tor öffnen.

Ihre ganze Inszenierung – gerade durch die Wortwahl wird das auch sehr deutlich – ist sehr populistisch. Ich finde sie – und das sage ich Ihnen als Demokrat und nicht als Parteipolitiker – nicht nur falsch, sondern auch unredlich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Noch ein Versuch. Es gibt zwei wesentliche Begründungen für Wahlen

B (Klaus-Peter Hesse CDU: Nur zwei?)

und zwei Kriterien, die in der Literatur immer wieder eine Rolle spielen.

Das eine Kriterium drückt Popper so aus, dass er sagt: Wahlen sind dazu da, dass man gewaltfrei eine Regierung durch eine andere ablösen kann.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das bleibt hoffentlich auch so!)

An diesem Punkt "gewaltfrei" hängt, dass das Verfahren, in dem das geschieht, eine sehr hohe Legitimation haben muss. Ansonsten wird die Gewaltfreiheit gefährdet. Und das ist das Thema, das wir hier haben.

Hier hat die Bevölkerung dieser Stadt über ein Wahlverfahren diskutiert und es hat sich die denkbar höchste Legitimation, nämlich die Legitimation des Volksgesetzgebers, für ein Verfahren ausgesprochen. Gleichzeitig nehmen Sie jetzt als Teil des Parlaments dieses legitimierte Verfahren wieder zurück. Hiermit gefährden Sie aber in gewisser Weise die friedensstiftende Rolle von Wahlen. Sie nehmen ein Stück der durch Volksgesetzgebung errungenen Legitimation zurück.

Das ist das erste Mal in der ganzen Geschichte der Bundesrepublik, dass der Volksgesetzgeber in dieser Angelegenheit ein Wahlrecht beschlossen hat. Und das torpedieren Sie. Das ist ein sehr schwerwiegender Eingriff und ist gerade unter solchen Kriterien, wie Poppers friedensstiftender Wirkung, durchaus von Bedeutung. Sie merken es daran, wie wir uns aufregen und wie hoch die Emotionslage ist. Wir werden uns zwar nicht kloppen, aber Sie müssen davon ausgehen, dass das tatsächlich die Legitimation zurückdrängt.

(Beifall bei der GAL)

C

Das zweite Argument zugunsten von Wahlen ist in der klassischen Formulierung von John Dewey. Das läuft darauf hinaus zu sagen: Wahlen sind vor allen Dingen dazu da, um Öffentlichkeit immer wieder neu zu produzieren, immer wieder Bürgerinnen und Bürger in einen Prozess der Auseinandersetzung und der Diskussion über das Wohl des Gemeinwesens aktiv einzubeziehen.

Die Wahlen, die wir gegenwärtig durchführen, tragen häufig wenig dazu bei, weil sie weitgehend entpolitisierte Veranstaltungen sind, wo zwei oder drei Personen die gesamte Entscheidung an sich ziehen und wir uns wenig mit Sachfragen auseinandersetzen.

Das Wahlrecht, das die Initiative vorgeschlagen hat, führt dazu, dass es zwar um mehr Personen geht, damit aber die Personenfrage als großes Symbol eine viel geringere Rolle spielt

(Karen Koop CDU: Genau das Gegenteil!)

und stattdessen sehr viel mehr eine konkrete Auseinandersetzung vor Ort zwingend ist, wenn man ein Mandat gewinnen will.

(Zuruf von der CDU)

– Doch, natürlich.

Sie alle, die Sie da sitzen, können dann nicht mehr mit dem Kopf, der da gerade saß, die Wahlen gewinnen. Denn das haben Sie getan. Sie müssen es mit Ihrem eigenen machen, stellen Sie sich das vor.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D

Das ist eine erhebliche Erschwernis.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das haben wir gerade verhindert!)

Schließlich hat dann – das knüpft ein bisschen an das Poppersche Argument an – Herr Reinert gesagt, Sie täten das alles aus Sorge darum, dass auch die nächste Bürgerschaft Politik für die Stadt machen könne.

(Karen Koop CDU: Handlungsfähigkeit!)

Das heißt, Sie unterstellen, das Wahlrecht, das die Initiative durchgesetzt hat, würde möglicherweise ein Parlament hervorbringen, das keine regierungsfähigen Mehrheiten mehr hätte. – Wodurch denn eigentlich?

(Bernd Reinert CDU: Durch systematische Fehler!)

Stellen Sie sich einmal vor, auch das Wahlrecht der Initiative würde nur in seltenen Ausnahmefällen die Möglichkeit schaffen, dass nicht parteilich gebundene Abgeordnete in Wahlkreisen vielleicht einmal – vielleicht wären das ein, zwei oder drei in der gesamten Stadt – durchkämen, ohne von einer Partei nominiert zu sein. Die Rolle der Parteien wäre damit gar nicht angetastet. Die 5-Prozent-Regelung bleibt für die Bürgerschaftswahl erhalten. Das heißt, das Parlament hätte eine ähnliche Zusammensetzung nach der Stärke der Parteien, es könnte nur sein, dass es personell aufgemischt würde, weil die Bürgerinnen und Bürger das eine Gesicht interessanter oder klüger oder besser finden als das, was jetzt hier sitzt. Es ist doch ein legitimes Verlangen, eine solche Möglichkeit zu bekommen. Sie können aber nicht eine Gefahr für die Republik oder die Stadt ausrufen, wenn es passiert, dass Leuten Ihre oder Ihre oder meine Nase nicht mehr gefällt.

A Das ist für die Stadt völlig ungefährlich. Die Regierungsfähigkeit der Stadt hängt davon ab, dass tatsächlich Blöcke der Willensbildung existieren. Das wird auch weiterhin der Fall sein. Das wird auch mit dem noch bestehenden Wahlrecht der Fall sein.

(Bernd Reinert CDU: Nein, mit unseren Änderungen wird es so!)

– Nein, dann wird es nicht mehr der Fall sein, weil Sie dann wieder die Nasen festsetzen. Das ist genau das, was die Bürgerinnen und Bürger nicht wollen, was sie gerade abgeschafft sehen wollten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Schließlich, um es noch einmal mit einem Bild zu verdeutlichen: Wenn sie sagen, es ginge auch um den Grundsatz der Organtreue, kommt mir da etwas anderes in den Kopf. Ich habe immer die Assoziation "Organspende". Wissen Sie, welches Organ Sie opfern? – Nicht Ihres, nicht unseres, sondern das Organ "Volksgesetzgeber". Den spenden Sie in den Missmut und in die Unlust hinein. Dieses Organ "Volksgesetzgeber" – was soll denn der eigentlich noch für eine Bedeutung haben, wenn er machen kann, was er will und von Ihnen so oder so gewatscht wird. So überzeugend sitzen Sie alle auch nicht da,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie auch nicht!)

dass die dann sagen würden: "Das sind sehr plausible Lehrer, die mich da watschen, und darum nehme ich die Ohrfeige hin."

B (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Nein, diese Rolle haben Sie nicht. Und weil das so ist, gefährden Sie wirklich etwas von der Legitimationsgrundlage unserer politischen Verfahren. Das ist schlecht.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt einer Rücküberweisung der Drucksache 18/4889 an den Verfassungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/5111. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das Erstere war die Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen.

Nun zum Bericht des Verfassungsausschusses aus der Drucksache 18/4889. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft, des Gesetzes über die Wahl zu den Bezirksversammlungen, des Bezirkswahlgesetzes aus Drucksache 18/4339 in der Neufassung in der vom Ausschuss geänderten Fassung war am 27. September 2006 mit der vorher mit Drucksache 18/5060 beschlossenen Änderung in namentlicher Abstimmung in erster Lesung angenommen worden. Der Senat hat einer sofortigen zweiten Lesung zugestimmt. Mindestens ein Fünftel der anwesenden Mitglieder dieses Hauses hatte dann dagegen Widerspruch erhoben. Für die heutige zweite Lesung hat die SPD-Fraktion gemäß Paragraf 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt. Frau Martens und Frau Thomas werden Sie gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie das am

27. September 2006 in erster Lesung beschlossene Gesetz mit den soeben angenommenen Änderungen in zweiter Lesung beschließen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit "Ja", wenn sie es ablehnen wollen, mit "Nein". Wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit "Enthaltung". Ich darf nun Frau Martens bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

– Es wäre hilfreich, wenn nur diejenigen, die gefragt werden, jetzt auch antworten.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.* – Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Es sind alle aufgerufen worden. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet. Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt werden.

(Die Stimmenauszählung wird vorgenommen.)

Unterbrechung: 20.13 Uhr

Wiederbeginn: 20.16 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Abstimmung liegt jetzt vor. Ich bitte Sie, sich wieder zu setzen.

Bei der Abstimmung über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft, des Gesetzes über die Wahl zu den Bezirksversammlungen und des Bezirkswahlgesetzes aus der Drucksache 18/4339 in der Neufassung mit den am 27. September 2006 und den eben beschlossenen Änderungen gab es 62 Ja-Stimmen, 57 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. – Damit ist dieses Gesetz in zweiter Lesung angenommen worden.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 29 auf, die Drucksache 18/5063, Antrag der CDU-Fraktion: Fußball-WM-Sause auf dem Heiligengeistfeld – Public Viewing und Fan-Fest zur Fußball-EM 2008.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Fußball-WM-Sause auf dem Heiligengeistfeld –
Public Viewing und Fan-Fest zur Fußball-EM 2008
– Drucksache 18/5063 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass diese Debatte entfällt. Wir kommen direkt zur Abstimmung. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 18/5063 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 30 auf, die Drucksache 18/5067, Antrag der SPD-Fraktion: Gesundheitsvorsorgebestimmungen in Hamburger Kitas endlich umsetzen!

* Einzelergebnisse siehe Anlage 2 Seite 3466

**A [Antrag der Fraktion der SPD:
Gesundheitsvorsorgebestimmungen in Hamburger
Kitas endlich umsetzen! – Drucksache 18/5067 –]**

Diesen Antrag möchte die GAL-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Veit, bitte.

Carola Veit SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen zurück zu den Kindern, mit denen wir den Nachmittag auch begonnen haben. – Die Senatorin ist leider nicht da. Den Staatsrat habe ich eben noch gesehen, aber jetzt ist er wohl auch weg. Das ist schade.

(*Wolfgang Ploog CDU:* Wen suchen Sie denn noch?)

– Wunderbar, Klaus-Peter. Wenn dann alle sitzen, können wir auch anfangen.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, lieber Senat, Sie kündigen hier immer wieder Hilfen für Kinder und Familienförderungen an, aber Sie setzen Ihre Ankündigungen nur überaus zögerlich um, wenn überhaupt – wir haben es vorhin schon gehört –, während alle Ihre Streichmaßnahmen unvermindert Bestand haben, was wir hier auch immer wieder beklagen.

Doch das sind nur die offensichtlichen Folgen Ihrer CDU-Politik in dieser Stadt. Das, was sich in den benachteiligten Stadtteilen unter der Oberfläche abspielt, ist eigentlich noch schlimmer. So kommen zum Beispiel in sozial schwierigeren Stadtteilen fast 50 von 1000 Kindern zu früh zur Welt. In den stabileren Lagen sind es ein Drittel weniger, nur 35. 30 Prozent mehr Kinder aus sozial benachteiligten Vierteln haben häufig Kopfschmerzen. Doppelt so viele Jungen aus benachteiligten Vierteln haben bis zum fünften Geburtstag einen Verkehrsunfall. Die Zahl der Kinder, die nicht zu den Vorsorgeuntersuchungen kommen, ist bei Arbeitern und arbeitslosen Eltern doppelt so hoch wie im Hamburger Durchschnitt. 5 Prozent aller Kinder erleben emotionale Misshandlungen und Vernachlässigung, wobei die Dunkelziffer hier enorm hoch ist. Das sind alles messbare, zählbare und objektive Daten. So steht es um einen Teil der Kinder in unserer Stadt.

Natürlich bleibt das nicht ohne Folgen. Die sozialen, gesundheitlichen und körperlichen Nöte der Kinder schlagen auf ihre Entwicklung nieder. In der Jenfelder Schule in der Oppelner Straße zum Beispiel bekamen 90 Prozent der Kinder bei der vorjährigen Einschulungsuntersuchung einen negativen Befund hinsichtlich ihrer sprachlichen und motorischen Entwicklung. Auch Gesundheit hat etwas mit Chancen zu tun, meine Damen und Herren von der CDU. Da reicht es auch nicht, zu warten, bis 2008 der Arzt kommt.

Wir alle sind uns hier einig, dass Kindertagesstätten gute Voraussetzungen dafür bieten, gefährdete Lebenslagen von Kindern frühzeitig zu erkennen und auch kompetente Unterstützung für Eltern zu organisieren. Kitas haben schon jetzt zunehmend die Funktion von niedrigschwelligen Anlaufstellen für Familien und Eltern.

Seit Januar 2005 ist das maßgeblich von Zigttausend Hamburger Eltern und von uns Sozialdemokraten initiierte Kinderbetreuungsgesetz, das KibeG, in Kraft. Mehr als ein ganzes zusätzliches Jahr haben wir dem Senat danach noch Zeit gegeben, um die wichtigen Regeln zur

Gesundheitsvorsorge von Kindern umzusetzen, die darin festgeschrieben sind und diese sind auch gar nicht kompliziert. So soll sichergestellt werden, so steht es im KibeG, dass wenigstens bei allen Kindern, die in einer Kita angemeldet werden, ihre altersgemäßen Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt wurden, oder in der Kita durchgeführt werden. Außerdem soll erreicht werden, dass die Eltern auf die empfohlenen Schutzimpfungen hingewiesen werden und – ganz wichtig – die Eltern sollen in Fragen der Gesundheitsvorsorge nicht nur beraten, sondern auch unterstützt werden. Dass die Kitas einen hohen Bedarf haben, hat unsere Kita-Umfrage gerade wieder ergeben. Das ist eine große Aufgabe, dafür braucht es Zeit und zusätzliches Personal und sicher auch Weiterbildung und Geld. Aber so steht es im Gesetz, das wir hier alle gemeinsam beschlossen haben. Das hätten Sie, Frau Senatorin, zum 1. Januar 2006, also längst, umsetzen müssen. Geschehen ist nichts.

(Beifall bei der SPD)

Am 20. Dezember 2005, wenige Tage bevor es hätte passieren sollen, antwortete der Senat auf eine Kleine Anfrage zu dem Thema:

"Die Planungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen."

Das war schon erschreckend. Aber wenn der Senat dann am 15. September dieses Jahres, gewissermaßen eine ganze Schwangerschaft später, antworten muss, dass eine Rechtsverordnung über die vorgeschriebenen Untersuchungen nun überhaupt erst vorgesehen sei, dann ist das eine Schlaperei und ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und bei *Katja Husen GAL*)

Wir sitzen hier doch nicht im Kasperletheater, wir beschließen doch hier nicht einvernehmlich Gesetze, damit Sie sie hinterher nach Gutdünken befolgen können oder nicht und umsetzen oder nicht, ganz wie es Ihnen passt, Frau Senatorin. Wir haben uns vor gut einem Jahr in einem Sonderausschuss und auch hier im Plenum mit dem Schicksal von Jessica auseinandergesetzt. Sie ist heute schon wieder mehrfach angesprochen worden. Ziemlich fassungslos hatten wir damals alle gemeinsam zur Kenntnis genommen, dass das Nichthandeln oder das viel zu zögerliche Handeln von Behörden am Tod des kleinen Mädchens mit verantwortlich war. Wir haben dann überlegt, wie man es erreichen könnte, dass Vernachlässigungen, Misshandlungen und dergleichen früher erkannt werden können. Wir haben unsere Hoffnungen nicht nur in das Schülerregister gesetzt, sondern auch auf die U-Untersuchung und unter anderem auch auf die Gesundheitsvorsorge in den Kindertagesstätten. So steht es jedenfalls in dem Beschluss, den wir damals ebenfalls einstimmig gefasst haben. Das ist vorhin schon betont worden.

Frau Strasburger, oder vielleicht redet Herr Krüger, Sie werden es wahrscheinlich gleich ansprechen: Frau Schnieber-Jastram hat, maßgeblich unterstützt vom Kinderschutzbund, der ausschließlich ehrenamtlich organisiert ist und wesentlich durch Spenden finanziert wird, vor einigen Wochen in Hamburgs Kitas bunte Faltblätter verteilen lassen, die für die U-Untersuchungen werben.

"Hey, ich will zur U",

heißt es da. Man wird auf Deutsch und Türkisch auf die Vorsorgeuntersuchungen hingewiesen. Diese Aktion ist gut und schön, Frau Senatorin, und dem Kinderschutz-

C

D

- A bund gehört dafür gedankt, dass er sie umsetzt. Aber wir wissen doch alle, dass Appelle nicht ausreichen, um die Jessicas und Jennifers wirklich wirkungsvoll zu schützen und ihre Eltern tatsächlich zu erreichen. Solche Appelle ersetzen nicht die Umsetzung des hier gemeinsam beschlossenen Ziels, dass alle Kinder in den Tageseinrichtungen regelhaft ärztlich und zahnärztlich untersucht werden. Das wissen auch Sie, Herr Krüger, und das wissen auch Sie, Frau Senatorin. Eigentlich kann ich gar nicht begreifen, dass Sie unserem Antrag heute nicht direkt zustimmen wollen, sondern in den Ausschuss gehen und offensichtlich darauf warten wollen, bis Ihr Senat eventuell doch noch mit der Drucksache aus dem Quark kommt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dass wir also nun ein Jahr später wieder mit ansehen müssen, dass Ihr Senat Vorschriften und Gesetze nicht anständig umsetzt

(Klaus-Peter Hesse CDU: Unser Senat!)

und so das Wohl Hamburger Kinder fahrlässig gefährdet, ...

– Ja, Herr Hesse, ungefähr 10 000 Kinder sind, seitdem das Gesetz in Kraft ist, neu im Kita-System. Die sind alle nicht untersucht worden, beziehungsweise es wurde nicht überprüft, ob sie untersucht worden sind.

Es macht schon traurig und wütend, dass Sie sich so verhalten.

"Hamburg schützt seine Kinder",

- B heißt es bei Ihnen immer so schön und werbewirksam. Mein Gott, Frau Senatorin, dann tun Sie es doch endlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Krüger hat das Wort.

Harald Krüger CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Veit, zunächst einmal möchte ich Ihnen und Ihrer Fraktion dafür danken, dass Sie uns mit Ihrem Antrag Gelegenheit geben, über ein erfolgreiches Vorhaben des Senates zu berichten – Vielen Dank.

Die Umsetzung der ärztlichen und zahnärztlichen Untersuchungen in Kitas ist sicherlich unstrittig. Frau Veit – da gebe ich Ihnen sogar Recht – hat darauf hingewiesen, wie wichtig diese Untersuchungen sind. Ich glaube, Sie werden uns auch nicht ernsthaft unterstellen, dass wir die Wichtigkeit nicht unterstreichen.

(Doris Mandel SPD: Warum tut Ihr denn einfach nichts?)

Das ist ganz im Sinne dessen, was der Sonderausschuss Vernachlässigte Kinder ermittelt hat, nämlich, dass es wichtig ist, den Entwicklungszustand von Kindern frühzeitig zu ermitteln, dass es darum geht, gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen einzuleiten, wenn es Defizite zu beobachten gibt. Die Anbindung an Kindertagesstätten, Frau Veit, da gebe ich Ihnen Recht, ist ganz gewiss sinnvoll, weil eventuelle Defizite und Notwendigkeiten, beispielsweise therapeutisch tätig zu werden, hier besonders schnell erkannt werden können. Ganz klar, die Kinder sind jeden Tag dort, werden von den Mitarbeitern in

ihrer Alltagssituation gesehen. Dann bietet es sich auch an, wenn Kindertagesstätten mit Ärzten zusammenarbeiten. C

Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass die Bundesratsinitiative, Untersuchungen bereits im frühkindlichen Alter durchzuführen, eine Hamburger Initiative gewesen ist.

(Doris Mandel SPD: Das ist doch völlig klar!)

Es ist daher auch völlig selbstverständlich, dass die Gesundheitsvorsorgebestimmungen der Kinderbetreuung in Hamburg auch umgesetzt werden.

Die Haltung Hamburgs zu diesem Thema ist ganz eindeutig. Das haben sogar die Antragsteller benannt, denn die entsprechenden Regelungen ergeben sich in der Tat auch schon allein aus dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst hier in Hamburg. Das, meine lieben Kollegen von SPD und Grünen, möchte ich noch einmal betonen: Dieses Gesetz ist über fünf Jahre alt, es ist von Ihrem Senat damals in Kraft gesetzt worden. Eins möchte ich allerdings sehr deutlich sagen: Wenn Sie es nicht versäumt hätten, in diesem Gesetz die Ausgestaltung der Untersuchungen zu formulieren, hätten wir heute gar nicht die Notwendigkeit, neue Regelungen schaffen zu müssen. Das heißt, Sie haben vor fünf Jahren ein Gesetz geschaffen, aber dummerweise vergessen, zu erklären, wie es durchgeführt werden soll.

(Beifall bei der CDU – Gerhard Lein SPD: Habt Ihr es damals beantragt?)

– Nein, wir haben das nicht beantragt, aber es fehlte bei Ihnen. Wir haben erst einmal ein neues Gesetz formuliert. D

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Da gab es eine Wahl!)

– Ja, die Wahl ist auch erfolgreich ausgegangen.

Die Deputation hat dieses Thema – das wissen Sie genauso gut wie ich, weil auch Sie dort Vertreter haben – erst vor vier Wochen beraten, das ist also einen Monat her. Dass die Ausgestaltung anschließend nicht innerhalb von vier Wochen geschehen kann, dürfte auch Ihnen klar sein. Wie gesagt, Sie haben es vor fünf Jahren noch nicht einmal zu Ende gebracht. Gerade heute hat es wieder ein Abstimmungsgespräch gegeben. Es geht nämlich um eine Abstimmung zwischen der Gesundheitsbehörde, der Finanzbehörde und den Bezirksamtsleitern, die im Moment gerade neue Hürden aufbauen. Meines Wissens ist die Mehrzahl der Bezirksamtsleiter Ihrer Partei zugehörig. Wenn Sie das Ganze beschleunigen wollen, sprechen Sie doch einfach einmal mit Ihren Kollegen, vielleicht ist das eine Möglichkeit.

Die Bereitstellung der Mitarbeiter – das, liebe Frau Veit, ist Ihnen vom Senat auf Ihre Kleine Anfrage auch mitgeteilt worden – wird bereits in den nächsten Wochen passieren. Von daher verstehe ich Ihre Aufregung auch nicht ganz. Ganz klar ist: Die Überprüfung des Allgemeinzustandes und insbesondere des Entwicklungsstandes, der sprachlichen und motorischen Fähigkeiten, des Sehvermögens und der Zahngesundheit sind äußerst wichtig. Die Vorlage von Vorsorgeheft und Impfausweis sind wichtige Möglichkeiten, um zum Beispiel zu überprüfen, ob alle empfohlenen Impfungen durchgeführt worden sind. Diese Hinweise führen zu Maßnahmen bei den Eltern und bei den Kindertagesstätten. Das alles ist unbestritten. Ich bin ganz sicher, dass die Kindertagesstätten trotz des unbestrittenen organisatorischen Aufwandes – Sie haben

A nach Geld gefragt, den Finanzbedarf sehe ich nun wirklich nicht – diese Aktionen unterstützen werden. Die vorgeschriebenen Eingangsuntersuchungen sind nicht nur wichtig, sondern sie sind auch konkrete Hilfestellungen für die Kitas. Die kurzfristige Umsetzung steht also bevor, der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss ist ganz sicher der richtige Ort, um über die Umsetzung zu berichten. Von daher werden wir der Überweisung an diesen Ausschuss sicherlich zustimmen. Hamburg wird, das werden Sie feststellen, auch in dem Bereich, der die Betreuung von Kindern betrifft, sehr vorbildlich sein. Ich erinnere in dem Zusammenhang an den Anspruch auf eine fünfständige Betreuung, die aus Hamburg hervorgegangen ist. Sie, liebe Frau Veit, sollten sich vielleicht einmal bei den anderen Bundesländern umsehen, wie dort die Untersuchungen von Kindern in Kindertagesstätten organisiert sind. Ich würde Ihnen empfehlen, einfach einmal bei den SPD-geführten Ländern anzufangen. Das geht relativ schnell, denn so viele gibt es davon nicht mehr.

(Lachen bei *Michael Neumann SPD*: Super, Herr Krüger!)

Dann werden wir anschließend feststellen, dass Hamburg wieder einmal eine sehr vorbildliche Rolle einnimmt.

Bei aller Wichtigkeit des Themas ist der Antrag selbst aber leider gegenstandslos. Zur zügigen Umsetzung habe ich ihnen gerade etwas erzählt. Dass die lückenlose Teilnahme ein Selbstgänger ist, ist so platt, das brauchen wir hier nicht zu erwähnen. Dass die Daten natürlich vom ersten Tag an ausgewertet werden, sieht das Gesetz sogar so vor. Dass dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst nachgekommen wird, ich denke, darüber brauchen wir nicht zu streiten. Dass der Bericht der Bürgerschaft im Ausschuss genau der richtige Ort ist, ist auch klar. Von daher können Sie sich dann dort von Tatsachen belehren lassen. Während die SPD noch fordert, hat der CDU-Senat bereits gehandelt.

B

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Blömeke hat das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Krüger, von Handeln kann hier nicht die Rede sein. Ich bin jedes Mal wieder erstaunt, dass sich meistens die Mitglieder Ihrer Fraktion hier hinstellen, sehr viel erzählen und meistens ist es Lobhudelei, wie in diesem Fall auch. Aber zum Kernpunkt des Antrags kommen Sie nur peripher. Wir wollen noch einmal die Fakten zusammenfassen.

Sie haben gesagt, dass die Deputation vor vier Wochen getagt hat. Ja, da gebe ich Ihnen recht. Um es aber noch einmal ganz deutlich zu sagen: Am 1. Januar 2005 ist das Kindertagesbetreuungsgesetz verabschiedet worden, in dem stand, dass ab 1. Januar 2006 die Gesundheitsvorsorge stattfinden soll. Was passiert in diesem Senat? Es passiert gar nichts. Der 1. Januar 2006 vergeht, ohne dass wir irgendetwas hören.

Ich teile die Empörung meiner Kollegin Veit, wenn ich in der Schriftlichen Kleinen Anfrage von Frau Veit, die am 15. September 2006 gestellt wurde, lesen muss, dass man noch plant und dass das Personal ab dem 1. Oktober 2006 bereitgestellt wird. Zehn Monate sind mit selbigem Nichtstun vergangen und alles, was Sie sagen kön-

nen, ist: Wir sind führend hierin, wir betreiben Gesundheitsvorsorge. Ich könnte das jetzt auf ein Wort reduzieren, weil alle Fußball gucken wollen oder etwas anderes vorhaben. Ich halte das für peinlich. Das ist eine Verschleppung von wichtigen Dingen, gerade weil wir heute in der Debatte zu zwei wichtigen Themen hören konnten, dass hier nichts passiert. Das ist zum einen das Thema "Hamburg schützt seine Kinder" und dann das Thema Gesundheitsvorsorge. Ich musste eben beim Wahlrecht hören, wie schnell die CDU sein kann, wenn es um gesetzlichen Änderungen geht und sie dann sagt, wir müssen Vorsorge treffen, damit die Bürger ...

C

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Frau Blömeke, entschuldigen Sie, aber Plauderrunden auf den Gängen bitte ich einzustellen.

Christiane Blömeke (fortfahrend): Liebe Kollegen, ich kann es verstehen. Ich habe noch 20 Minuten Redezeit, aber ich will diese nicht ausschöpfen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das wäre auch nicht zu ertragen!)

Ich verspreche Ihnen, dass ich gleich fertig bin, wenn Sie jetzt zuhören.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist eine gute Information!)

Die Vorsorge beim Wahlrecht war Ihnen so wichtig, dass sie heute durchgesetzt werden konnte. Die Vorsorge für die Gesundheit der Kinder ist Ihnen nicht so wichtig, die verschleppen Sie und das passt genau in die Kategorie, wenn ich hören muss, dass eine Sprachentwicklungsstudie – das ist eine Anfrage, die wir gestellt haben – seit einem Jahr in der Behörde liegt und ein Jahr lang ausgewertet wird. Ein wirklich wichtiges Thema vergammelt in der Behörde. So ist dieser Senat.

D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/5067 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diesem Überweisungsbegehren einstimmig entgegengekommen.

Ich rufe Punkt 21 auf, Drucksache 18/5029, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Keine Diskriminierung von Menschen mit Behinderung beim Erwerb von Bahn-Tickets.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/4608:

Keine Diskriminierung von Menschen mit Behinderung beim Erwerb von Bahn-Tickets! (SPD-Antrag) – Drucksache 18/5029 –]

Es wurde Einvernehmen hergestellt, dass diese Debatte entfällt.

Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig der Fall.

A Ich rufe Punkt 16 auf, Drucksache 18/5047, Bericht des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/5047 –]**

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 295/06 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei einigen Enthaltungen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 449/06 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war mehrheitlich der Fall.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig der Fall.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter C an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig.

B

Ich rufe Punkt 6 auf, Drucksache 18/4882, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Verordnetes Personalkarussell bei unserer Hamburger Polizei – Ausdruck konsequenter Personalentwicklung oder kompletter Planlosigkeit?

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Verordnetes Personalkarussell bei unserer
Hamburger Polizei – Ausdruck konsequenter
Personalentwicklung oder kompletter Planlosigkeit?
– Drucksache 18/4882 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses Begehren ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Ich rufe Punkt 18 auf, Drucksache 18/4997, Bericht des Verfassungsausschusses: Zehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Bericht des Verfassungsausschusses
über die Drucksache 18/4590:
10. Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien
und Hansestadt Hamburg (Antrag der CDU-, SPD-
und GAL-Fraktion) – Drucksache 18/4997 –]**

Das zehnte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg aus Drucksache 18/4590 hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 27. September 2006 in erster Lesung beschlossen.

C

Nach Artikel 51 unserer Verfassung sind zu einem die Verfassung ändernden Gesetz zwei übereinstimmende Beschlüsse der Bürgerschaft erforderlich, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens 13 Tagen liegen muss.

Ich stelle fest, dass zwischen dem 27. September 2006 und heute mindestens 13 Tage liegen. Außerdem müssen beide Beschlüsse bei Anwesenheit von drei Vierteln der gesetzlichen Mitgliederzahl und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten gefasst werden.

Das Sitzungspräsidium hat sich davon überzeugt, dass mindestens 91 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Wer nun das zehnte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg in der am 27. September 2006 beschlossenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig der Fall.

Für das Gesetz haben mehr als zwei Drittel der anwesenden Mitglieder gestimmt. Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 22 auf, Drucksache 18/5039, Bericht des Innenausschusses: Verwehrplatz Tiefstack – Mehr Augenmaß beim Abschleppen und mehr Kundenfreundlichkeit auf dem Verwehrplatz mit Verwehrplatz Tiefstack-Rothenburgsort – Beim Abschleppen zur Verhältnismäßigkeit zurückkehren und die Bevölkerung in Rothenburgsort schützen und Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs in Hamburg.

D

**[Bericht des Innenausschusses über die Druck-
sachen 18/3462: Verwehrplatz Tiefstack – Mehr
Augenmaß beim Abschleppen und mehr Kunden-
freundlichkeit auf dem Verwehrplatz (GAL-Antrag)
18/3532: Verwehrplatz Tiefstack-Rothenburgsort –
Beim Abschleppen zur Verhältnismäßigkeit zurück-
kehren und die Bevölkerung in Rothenburgsort
schützen (SPD-Antrag)
18/3620: Überwachung des ruhenden und fließenden
Verkehrs in Hamburg (CDU-Antrag)
– Drucksache 18/5039 –]**

Die SPD-Fraktion möchte den Bericht zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte sich Ziffer 1 der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich der Fall.

Wer stimmt Ziffer 2 der Ausschussempfehlung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich der Fall.

Wer möchte Ziffer 3 der Ausschussempfehlung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei einer Vielzahl von Enthaltungen.

* Siehe Anlage 3 Seite 3468

- A Ich rufe Punkt 31 auf, Drucksache 18/5068, Antrag der SPD-Fraktion: 100 Jahre Verkehrsknoten Hauptbahnhof: Kapazitäten erweitern und Attraktivität weiter erhöhen.

C

**[Antrag der Fraktion der SPD:
100 Jahre Verkehrsknoten Hauptbahnhof:
Kapazitäten erweitern und Attraktivität weiter
erhöhen – Drucksache 18/5068 –]**

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 32, Drucksache 18/5069, Antrag der SPD-Fraktion: Erfolgsgeschichte des Planetariums im Stadtpark fortsetzen – Besseres und günstigeres Konzept umsetzen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Erfolgsgeschichte des Planetariums im Stadtpark
fortsetzen – Besseres und günstigeres Konzept
umsetzen – Drucksache 18/5069 –]**

Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache an den Kulturausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig der Fall.

Damit ist die Sitzung beendet und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss: 20.40 Uhr

B

D

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Jens Kerstan und Dr. Heike Opitz.

Anlage 1

Zu Punkt 3

(Siehe Seite 3431)

**Wahl von 27 Abgeordneten für die Regionalkonferenz 2006
zur Metropolregion Hamburg
– Drucksache 18/5074 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Barbara Ahrons	116	99	8	8	1
Niels Böttcher	116	100	9	7	–
Bernd Capeletti	116	98	9	8	1
Henning Finck	116	90	14	12	–
Heiko Hecht	116	89	16	11	–
Dr. Natalie Hochheim	116	102	5	9	–
Hans Heinrich Jensen	116	101	8	7	–
Rüdiger Kruse	116	102	6	7	1
Hans Lafrenz	116	99	8	9	–
Wolfgang Müller-Kallweit	116	97	9	10	–
Olaf Ohlsen	116	104	6	6	–
Hans-Detlef Roock	116	102	9	5	–
Dr. Diethelm Stehr	116	98	9	9	–
Herbert Winter	116	96	11	9	–
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Ingrid Cords	116	113	2	1	–
Gesine Dräger	116	110	3	3	–
Ingo Egloff	116	109	6	1	–
Uwe Grund	116	102	10	4	–
Gerhard Lein	116	104	7	5	–
Jan Quast	116	105	6	4	1
Dr. Monika Schaal	116	101	12	3	–
Rüdiger Schulz	116	106	7	3	–
Karin Timmermann	116	108	5	3	–
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Jens Kerstan	116	89	13	13	1
Claudius Lieven	116	96	6	14	–
Jörg Lühmann	116	96	6	13	1
Christian Maaß	116	85	16	14	1

Anlage 2

(siehe Seite 3459)

**Namentliche Abstimmung
über die Drucksache 18/4889, Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 18/4339:
Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen
und Drucksache 18/5060, Antrag der Fraktion der CDU: Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft**

<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>	<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>
Ahrons, Barbara	Ja	Goetsch, Christa	Nein
Bestmann, Tanja	Nein	Goldberg, Thies	Ja
Beuß, Wolfgang	Ja	Grapengeter, Jens	Ja
Bliebenich, Bettina	Ja	Gregersen, Martina	Nein
Blömeke, Christiane	Nein	Grund, Uwe	Nein
Boeddinghaus, Sabine	Nein	Güclü, Nebahat	Nein
Böttcher, Niels	Ja	Hamann, Jörg	Ja
Böttger, Olaf	Ja	Harlinghausen, Rolf	Ja
Böwer, Thomas	Nein	Hecht, Heiko	Ja
Brinkmann, Petra	Nein	Heinemann, Robert	Ja
Brüning, Dr. Barbara	Nein	Heintze, Roland	Ja
Buss, Wilfried	Nein	Hesse, Klaus-Peter	Ja
Capeletti, Bernd	Ja	Hilgers, Dr. Andrea	Nein
Claußen, Bruno	Nein	Hochheim, Dr. Natalie	Ja
Cords, Ingrid	Nein	Hoth, Dietrich	Ja
Dees, Hans-Christoff	Nein	Husen, Katja	Nein
Dietrich, Lars	Ja	Jäger, Dr. Manfred	Ja
Dobritz, Werner	Nein	Jensen, Hans Heinrich	Ja
Dräger, Gesine	Nein	Jürs, Vera Antonia	Ja
Dressel, Dr. Andreas	Nein	Kerstan, Jens	
Duden, Barbara	Nein	Kienscherf, Dirk	Nein
Eggers, Karin	Ja	Kleibauer, Thilo	Ja
Egloff, Ingo	Nein	Klooß, Rolf-Dieter	Nein
Ehlers, Inge	Ja	Köncke, Gudrun	Nein
Engels, Hartmut	Ja	Koop, Karen	Ja
Ernst, Britta	Nein	Kraxner, Stefan	Ja
Fiedler, Luisa	Nein	Kretschmann-Johannsen, Lutz	Nein
Finck, Henning	Ja	Krüger, Harald	Ja
Fischer, Lydia	Ja	Kruse, Rüdiger	Ja
Frank, Günter	Nein	Lafrenz, Hans	Ja
Frankenberg, Egbert von	Ja	Langhein, Dr. A. W. Heinrich	Ja
Freistedt, Marino	Ja	Lappe, Dr. Verena	Nein
Frommann, Jörn	Ja	Lein, Gerhard	Nein
Fuchs, Michael	Ja	Lemke, Dittmar	Ja
Gienow, Hanna	Ja	Lieven, Claudius	Nein

<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>	<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>
Lüthmann, Jörg	Nein	Veit, Carola	Nein
Maaß, Christian	Nein	Voet van Vormizeele, Kai	Ja
Machaczek, Bettina	Ja	Vogt-Deppe, Silke	Nein
Maier, Dr. Willfried	Nein	Wankum, Andreas C.	Ja
Mandel, Doris	Nein	Warnholz, Karl-Heinz	Ja
Martens, Brigitta	Ja	Wersich, Ekkehart	Ja
Marx, Wolfgang	Nein	Winter, Herbert	Ja
Mattner, Dr. Andreas	Ja	Zuckerer, Walter	Nein
Meyer-Kainer, Marita	Ja		
Möller, Antje	Nein		
Müller, Farid	Nein		
Müller-Kallweit, Wolfgang	Ja		
Neumann, Michael	Nein		
Niedmers, Ralf	Ja		
Ohlsen, Olaf	Ja		
Özoguz, Aydan	Nein		
Petersen, Dr. Mathias	Nein		
Ploog, Wolfhard	Ja		
Pumm, Erhard	Nein		
Quast, Jan	Nein		
Reinert, Bernd	Ja		
Riecken, Jan Peter	Nein		
Röder, Berndt	Ja		
Rogalski-Beeck, Karin	Nein		
Roock, Hans-Detlef	Ja		
Rosenfeldt, Jenspeter	Nein		
Rusche, Dietrich	Ja		
Sardina, Alexander-Martin	Ja		
Sarrazin, Manuel	Nein		
Schaal, Dr. Monika	Nein		
Schäfer, Dr. Martin	Nein		
Schira, Frank-Thorsten	Ja		
Schmidt, Jürgen	Nein		
Schulz, Rüdiger	Nein		
Spethmann, Viviane	Ja		
Stapelfeldt, Dr. Dorothee	Nein		
Steffen, Dr. Till	Nein		
Stehr, Dr. Diethelm	Ja		
Strasburger, Stefanie	Ja		
Thomas, Elke	Ja		
Timmermann, Karin	Nein		
Trepoll, André	Ja		

Anlage 3

(siehe Seite 3463)

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 11. Oktober 2006

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs.-Nr.	Gegenstand
14	18/4966	Stärkere Einbeziehung der China-Aktivitäten in die Planungen zur HafenCity und Vorbereitung eines Freiraumwettbewerbs „China Garden HafenCity“ auf dem Gebiet des geplanten Lohse-parks
15	18/4999	15. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 4.–5. September 2006 in Reykjavik, Island
20	18/5028	Bericht des Europaausschusses
24	18/5041	Bericht des Innenausschusses
25	18/5042	Bericht des Haushaltsausschusses
26	18/5043	Bericht des Haushaltsausschusses
27	18/5044	Bericht der Härtefallkommission
28	18/5048	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs.-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
5	18/4881	Nachlassende Anstrengungen im Kampf gegen HIV und AIDS in Hamburg?	SPD	Gesundheitsaus-schuss
13	18/5009	Haushalt 2005/2006 Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ (SIP) hier: Haushaltsjahr 2006, Einzelplan 3.2 Behörde für Wissenschaft und Forschung, DESY Hamburg – Zukunftsprojekt XFEL, Nachbewilligung von Planungsmitteln in Höhe von 1078 Tsd. Euro beim Titel 3410.893.06	SPD	Haushaltsaus-schuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs.-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
19	18/4994	Europaausschuss	Europa in die Herzen tragen! – Öffentlichkeitsarbeit für Europa in Hamburg